

**Revision  
des Landkreises  
Waldeck-Frankenberg**



**Schlussbericht**

über die Prüfung des

**Jahresabschlusses  
zum 31.12.2018**

der

---

**Gemeinde Diemelsee**

---

**Information und Kontakt:**

Landkreis Waldeck-Frankenberg

- Revision –

Postadresse:

Südring 2 - 34497 Korbach

Besucheradresse:

Auf dem Hagendorf 1, 34516 Vöhl-Dorfitter

Tel.: 05631 / 954 - 246

Fax: 05631 / 954 - 9246

E-Mail: [revision@lkwafkb.de](mailto:revision@lkwafkb.de)

[www.landkreis-waldeck-frankenberg.de](http://www.landkreis-waldeck-frankenberg.de)

Facebook: [www.facebook.de/landkreiswafkb](http://www.facebook.de/landkreiswafkb)

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Vorbemerkungen .....</b>	<b>7</b>
<b>2</b>	<b>Angaben zur geprüften Kommune .....</b>	<b>8</b>
2.1	Allgemeine Angaben.....	8
2.2	Art der Haushaltswirtschaft .....	9
2.3	EDV-Verfahren für das Finanzwesen.....	9
<b>3</b>	<b>Grundsätzliche Prüfungsfeststellungen .....</b>	<b>10</b>
3.1	Stellungnahme der Revision zur Beurteilung der Lage und des Verlaufs der Haushaltswirtschaft durch die Kommune.....	11
3.2	Stellungnahme der Revision zu entwicklungsbeeinträchtigenden Tatsachen .....	12
3.3	Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung .....	16
3.4	Unregelmäßigkeiten in der Haushalts- und sonstigen Verwaltungsführung .....	17
<b>4</b>	<b>Angaben zur Prüfung .....</b>	<b>17</b>
4.1	Prüfungsauftrag .....	17
4.2	Gegenstand der Prüfung.....	18
4.2.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan .....	18
4.2.2	Jahresabschluss.....	18
4.3	Prüfungsunterlagen und Auskunftserteilung .....	19
4.4	Prüfungsplanung.....	20
4.5	Prüfungsdurchführung .....	21
4.5.1	Ort und Zeitpunkt der Prüfung.....	21
4.5.2	Prüfungsinhalte.....	21
4.5.3	„Eingeschränkte Jahresabschlussprüfung“ .....	23
4.6	Schlussbesprechung.....	24
4.7	Schlussbericht.....	24
4.7.1	Allgemeines .....	24
4.7.2	Vorlage des Schlussberichtes an die Gemeindevertretung .....	27
<b>5</b>	<b>Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft.....</b>	<b>27</b>
5.1	Prüfungsdurchführung und Prüfungsergebnis .....	27
5.2	Vorläufige Haushaltsführung.....	28
5.3	Haushaltssatzung, Haushaltsplan.....	28
5.3.1	Ergebnishaushalt.....	29
5.3.1	Ergebnishaushalt (Fortsetzung).....	30
5.3.2	Finanzhaushalt .....	31
5.3.3	Kreditermächtigung / Kreditaufnahmen für Investitionen u. ä. ....	32
5.3.4	Kassen- / Liquiditätskredite .....	36
5.3.5	Verpflichtungsermächtigungen.....	36



5.3.6	Gemeindesteuern .....	36
5.3.7	Stellenplan .....	38
5.3.8	Haushaltssicherungskonzept .....	38
5.3.9	Interne Leistungsverrechnungen.....	39
5.3.10	Aufsichtsbehördliche Genehmigung .....	39
5.4	Einhaltung des Haushaltsplanes.....	39
5.4.1	Fortschreibung der Haushaltsansätze.....	39
5.4.2	Plan-Ist-Vergleich .....	40
5.4.3	Deckung von Haushaltsüberschreitungen.....	43
5.4.4	Übertragung von Haushaltsmitteln .....	44
5.5	Ausübung der Berichtspflicht .....	45
5.5.1	Unterjährige Ausübung der Berichtspflicht .....	45
5.5.2	Bericht zum Jahresabschluss .....	45
5.6	Verfügungsmittel .....	46
<b>6</b>	<b>Feststellungen und Erläuterungen zum Jahresabschluss.....</b>	<b>46</b>
6.1	Feststellungen zur Rechnungslegung .....	46
6.2	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen .....	47
6.3	Internes Kontrollsystem .....	47
6.4	Inventur .....	48
6.5	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses .....	48
6.6	Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....	49
6.6.1	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses .....	49
6.6.2	Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen.....	49
6.6.3	Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen .....	49
6.6.4	Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen.....	50
6.7	Anhang zum Jahresabschluss .....	50
6.8	Rechenschaftsbericht .....	50
6.9	Vorgänge nach Schluss des Haushaltsjahres.....	51
<b>7</b>	<b>Feststellungen zur Vermögensrechnung (Bilanz).....</b>	<b>52</b>
7.1	Gesamtdarstellung der Vermögens- und Schuldenlage.....	52
7.2	Anlagevermögen.....	53
7.2.1	Immaterielle Vermögensgegenstände.....	53
7.2.2	Sachanlagen.....	53
7.2.3	Finanzanlagevermögen .....	55
7.2.4	Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen.....	56
7.3	Umlaufvermögen.....	56
7.3.1	Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe .....	56
7.3.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren .....	57
7.3.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.....	57
7.3.4	Flüssige Mittel.....	59
7.4	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten.....	59
7.5	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag .....	59

7.6	Eigenkapital .....	60
7.6.1	Netto-Position .....	61
7.6.2	Rücklagen und Sonderrücklagen .....	61
7.6.3	Ergebnisverwendung .....	62
7.7	Sonderposten .....	63
7.7.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse .....	63
7.7.2	Sonstige Sonderposten .....	64
7.8	Rückstellungen .....	65
7.9	Verbindlichkeiten.....	66
7.9.1	Anleihen .....	66
7.9.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen.....	67
7.9.3	Weitere Verbindlichkeiten .....	68
7.10	Entwicklung der Schulden.....	69
7.11	Passive Rechnungsabgrenzungsposten.....	70
<b>8</b>	<b>Feststellungen zur Ergebnisrechnung.....</b>	<b>72</b>
8.1	Gesamtdarstellung der Ertragslage .....	72
8.2	Entwicklung der Jahresergebnisse .....	73
8.3	Aufwandsdeckungsgrad.....	73
8.4	Verwaltungsergebnis .....	74
8.4.1	Ordentliche Erträge.....	74
8.4.2	Ordentliche Aufwendungen.....	75
8.4.3	Personalaufwandsquote .....	76
8.4.4	Stellenbesetzungsgrad .....	77
8.5	Finanzergebnis .....	77
8.6	Außerordentliches Ergebnis.....	78
8.7	Kostenrechnende Einrichtungen .....	79
8.7.1	Kostenrechnende Einrichtungen nach KAG .....	79
8.7.2	Sonstige Kostenrechnende Einrichtungen .....	85
<b>9</b>	<b>Feststellungen zur Finanzrechnung.....</b>	<b>86</b>
9.1	Darstellung der Finanzlage .....	86
9.2	Bestand der Liquiditätskredite.....	87
9.3	Fremde Zahlungsmittel .....	87
<b>10</b>	<b>Gesamtabschluss .....</b>	<b>88</b>
10.1	Allgemeines .....	88
10.2	Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses.....	88
10.2.1	Nachrangigkeitsprüfung zum Ende des Berichtsjahres .....	89
10.2.2	Nachrangigkeitsprüfung zum Ende des Vorjahres .....	89
10.3	Vorlage des Gesamtabchlusses zur Prüfung .....	89

10.4	Neue Rechtslage zur Aufstellung des Gesamtabchlusses.....	90
<b>11</b>	<b>Sonstige Prüfungshandlungen.....</b>	<b>90</b>
11.1	Kassenprüfungen.....	90
11.2	Fach- und Schwerpunktprüfungen.....	91
11.3	Sonderprüfungsaufträge nach § 131 Abs. 2 HGO .....	92
<b>12</b>	<b>Abschließendes Prüfungsergebnis.....</b>	<b>92</b>
<b>13</b>	<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>94</b>
<b>14</b>	<b>Anlagen zum Schlussbericht.....</b>	<b>96</b>

## 1 Vorbemerkungen

1. Das Land Hessen hat den Prozess der Einführung eines neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystems (NKRS) durch die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 07.03.2005 mit Wirkung vom 01.04.2005 eingeleitet und mit dem Erlass der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik („GemHVO-Doppik“) vom 02.04.2006 fortgesetzt. Diese Entwicklung wurde durch die Änderung der HGO durch Gesetz vom 16.12.2011 sowie der GemHVO-Doppik und Umbenennung in „Gemeindehaushaltsverordnung“ („GemHVO“) durch Verordnung vom 27.12.2011 weitergeführt.
2. Im Mai 2008 sowie im November 2009 wurden zu allen Vorschriften der GemHVO-Doppik Verwaltungsvorschriften (VV) erlassen, welche Richtlinien für die Anwendung und Auslegung der in der GemHVO-Doppik verwendeten Rechtsbegriffe enthalten und das Verständnis der gemeindehaushaltsrechtlichen Vorschriften erleichtern sollen.  
Mit Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 22.01.2013 wurden „Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung“ bekannt gegeben, die eine einheitliche Anwendung der haushaltsrechtlichen Vorschriften erleichtern sollen und die zuvor gültigen Verwaltungsvorschriften ersetzen.
3. Die HGO in der Fassung vom 07.03.2005 sieht für die Kommunen im Hinblick auf die Ausgestaltung ihres Haushalts- und Rechnungswesens eine Wahlmöglichkeit vor, so dass dieses entweder nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung oder aber nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung („Doppik“) geführt werden kann.  
Spätestens mit Wirkung zum 01.01.2009 musste die Umstellung auf eines der beiden vorgenannten Systeme erfolgen.
4. Durch die Änderung der HGO vom 16.12.2011 wurde diese Wahlmöglichkeit abgeschafft, so dass die kommunale Haushaltswirtschaft in Hessen künftig ausschließlich nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen ist.
5. Im weiteren zeitlichen Verlauf wurden wiederholt Änderungen an den rechtlichen Grundlagen für das kommunale Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen vorgenommen, die allerdings zu keinen grundlegenden Veränderungen führten.

6. Die Regelungen des Haushalts- und Rechnungswesens mit doppelter Buchführung orientieren sich im Wesentlichen an den bereits aus der Kameralistik bekannten Regelungen für die Haushaltsplanung und den Haushaltsvollzug sowie an den kaufmännischen Standards des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der „Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung“. Dabei werden wichtige kommunale Besonderheiten berücksichtigt, indem vom Inhalt der handelsrechtlichen Vorschriften abgewichen wird.<sup>1</sup>
7. Maßgeblich für die Anwendbarkeit der im Zeitablauf wiederholt überarbeiteten Vorschriften des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens ist das betreffende Haushaltsjahr bzw. der Stichtag, zu dem der Jahresabschluss erstellt wurde.

## **2 Angaben zur geprüften Kommune**

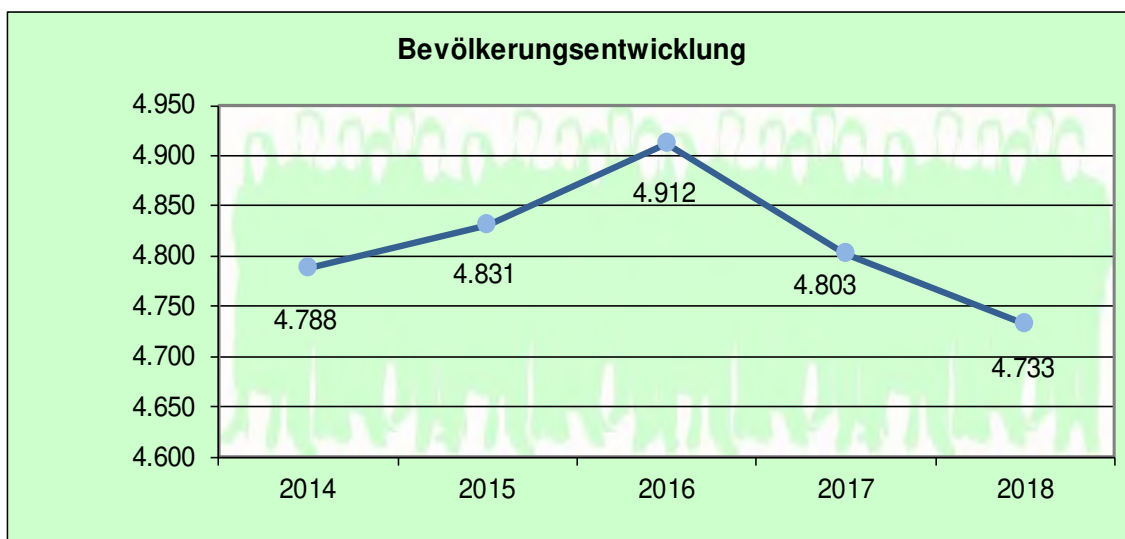
### **2.1 Allgemeine Angaben**

8. Die Gemeinde Diemelsee (nachfolgend als „Gemeinde“ bezeichnet) besteht aus den Ortsteilen Adorf, Benkhausen, Deisfeld, Flechtdorf, Giebringhausen, Heringhausen, Ottlar, Rhenegege, Schweinsbühl, Stormbruch, Sudeck, Vasbeck und Wirmighausen. Die Gemeinde umfasst eine Fläche von 121,56 km<sup>2</sup>, der Verwaltungssitz befindet sich in Adorf, Am Kahlenberg 1.
9. Die Gemeindevertretung bestand zum Stichtag des Jahresabschlusses gemäß § 38 Abs. 1 HGO aus 23 Gemeindevertretern. Von der Möglichkeit des § 38 Abs. 2 HGO, die Anzahl der Gemeindevertreter zu reduzieren, wurde kein Gebrauch gemacht.
10. Der Gemeindevorstand besteht aus dem Bürgermeister, dem Ersten Beigeordneten und weiteren vier Beigeordneten. Bürgermeister der Gemeinde Diemelsee ist seit dem 04.09.2005 Herr Volker Becker.
11. Die Zahl der Einwohner der Gemeinde hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt:

---

<sup>1</sup> Vgl. Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze, Landtagsdrucksache 16/2463 vom 06.07.2004, Seite 29





## 2.2 Art der Haushaltswirtschaft

12. Die Haushaltswirtschaft der Gemeinde ist nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen (§ 92 Abs. 2 HGO).

## 2.3 EDV-Verfahren für das Finanzwesen

13. Die Gemeinde verwendete zur Ausführung der Haushaltswirtschaft im Berichtsjahr und zur Erstellung des entsprechenden Jahresabschlusses das von ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen - vertriebene EDV-gestützte Buchführungssystem „infoma newsystem<sup>®</sup>, Version 7“.
14. Prüfzertifikate der TÜV Informationstechnik GmbH, Essen, vom
- 19.12.2014 für die Programmversion „newsystem<sup>®</sup> NKR/NKFsystem, Version 7“, (gültig bis zum 31.12.2017),
  - 12.01.2018 für die Programmversion „Infoma newsystem, Version 7“, (gültig bis zum 31.12.2020)
- liegen uns vor.
15. Grundlage der Zertifizierung waren entsprechende Prüfberichte der SqpÖV (Softwarequalität und -prüfung in der Öffentlichen Verwaltung), Meißen, sowie der mit einer Arbeitsgruppe der hessischen kommunalen Rechnungsprüfungs- bzw. Revisionsämter abgestimmte „Anforderungskatalog für Fachprogramme in der Öffentlichen Verwaltung“ des OKKSA e. V., Dresden.

16. Eine nach § 131 (1) Nr. 4 HGO a. F. und dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 18.02.2010 / 04.05.2016 geforderte Prüfung der Software durch ein kommunales Prüfungsamt liegt aktuell für Hessen nicht vor. Auf Grund der vorliegenden Zertifikate einer anderen Prüfungseinrichtung ist der Einsatz dieser Software in Anwendung der Ausnahmeregelungen in Ziffer II. der o. a. Erlasse nach unserer Einschätzung aber auch ohne vorherige Prüfung durch ein kommunales Prüfungsamt rechtlich möglich. Durch die Änderung der HGO vom 16.05.2020 (GVBl. Nr. 26 vom 15.05.2020) wurde die Regelung, nach der die Prüfung finanzrelevanter EDV-Verfahren durch ein kommunales Rechnungsprüfungsamt zu erfolgen hat, aufgehoben.

### **3 Grundsätzliche Prüfungsfeststellungen**

17. Grundsätzliche Prüfungsfeststellungen bedürfen einer den übrigen Ausführungen vorangestellten Berichterstattung, um die Berichtsadressaten auf wichtige Sachverhalte aufmerksam zu machen.<sup>2</sup>
18. In diesem Zusammenhang ist durch die Revision
- eine Stellungnahme zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und des Verlaufs der Haushaltswirtschaft durch den Gemeindevorstand sowie zu den Aussagen über Tatsachen, welche die zukünftige Entwicklung der Gemeinde gefährden können, abzugeben und
  - über Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung und der Verwaltungsführung zu berichten.
19. Die Stellungnahme der Revision zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und des Verlaufes der Haushaltswirtschaft durch den Gemeindevorstand sowie zu möglichen entwicklungsgefährdenden Tatsachen erfolgt aufgrund der im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichtes gewonnenen Erkenntnisse.  
Die nachfolgende Stellungnahme der Revision ist so abgefasst, dass sie den Berichtsadressaten als Grundlage ihrer eigenen Einschätzungen der Lagebeurteilung dienen kann.

---

<sup>2</sup> Vgl. IDR Prüfungsleitlinie 260: „Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen“, Seite 7 ff.



### **3.1 Stellungnahme der Revision zur Beurteilung der Lage und des Verlaufs der Haushaltswirtschaft durch die Kommune**

20. Der Rechenschaftsbericht sowie die sonstigen Jahresabschlussunterlagen enthalten nach Auffassung der Revision folgende Kernaussagen des Gemeindevorstandes zur wirtschaftlichen Lage der Gemeinde sowie zum Verlauf der Haushaltswirtschaft im Berichtsjahr:

*„Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2018 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,5 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen, das Wachstum hat aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP jeweils um 2,2 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 über dem Durchschnittswert der letzten Jahre von +1,2 % liegt. (...) Der Jahresabschluss 2018 weist in der Ergebnisrechnung ein Jahresergebnis in Höhe von 766.405,95 Euro aus. Im Vergleich zum Ergebnis des Haushaltsplanes 2018 in Höhe von 63.430,00 Euro beträgt die Veränderung 702.975,95 Euro.*

*Insgesamt kann das Rechnungsjahr 2018 (...) positiv bezeichnet werden. Es darf aber nicht darüber hinweggesehen werden, dass die im Haushaltsplan 2018 vorgesehenen Investitionen nicht komplett durchgeführt wurden. Diese müssen auf die nachgelagerten Haushaltsjahre verteilt und finanziert werden.“*

Nachfolgend wird im Rechenschaftsbericht das Jahresergebnis 2018 im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres sowie im Vergleich zur Haushaltsplanung 2018 in tabellarischer Form dargestellt.

#### **„Verwaltungsergebnis**

*Das Verwaltungsergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der laufenden Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung Defizite entstehen. Die Finanzierungstätigkeit (Finanzerträge und Finanzaufwendungen wie z. B. Zinsen) bleibt bei dieser Betrachtung zunächst außen vor. Langfristig gesehen ist ein positives Verwaltungsergebnis zwingend notwendig, um eine Überschuldung zu verhindern.*

*Das Verwaltungsergebnis schließt in Höhe von 307.078,41 € ab. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres beträgt die Veränderung +362.028,48 €. Gegenüber dem geplanten Verwaltungsergebnis ergibt sich eine Abweichung in Höhe von +172.998,41 €.*



### **Finanzergebnis**

Neben dem Verwaltungsergebnis steht das Finanzergebnis in Höhe von -54.329,00 €. Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um -25.108,62 € und gegenüber dem Haushaltsplan um +47.551,00 € verändert.

### **Ordentliches Ergebnis**

Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis ergeben das Ordentliche Ergebnis, was mit 252.749,41 € abschließt und vom Vorjahresergebnis um 336.919,86 € abweicht.

Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung +220.549,51 €.

### **Jahresergebnis**

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 513.656,54 € in das Jahresergebnis ein.

Das Jahresergebnis 2018 beträgt somit 766.405,95 € und verändert sich zum Vorjahresergebnis um 763.037,39 €. Gegenüber dem geplanten Jahresergebnis in Höhe von 63.430,00 € (inkl. HH-Reste 32.200,00 €) ergibt sich eine Abweichung in Höhe von +734.205,95 €.“

Es werden jedoch keine inhaltlichen Gründe für den dargestellten Verlauf der Haushaltswirtschaft angegeben.

Weiterhin wird im Rechenschaftsbericht auf die Entwicklung der Rücklagen sowie der einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten eingegangen. Ebenfalls werden die wesentlichen Veränderungen erläutert.

21. Die vorstehenden Kernaussagen des Gemeindevorstandes zur wirtschaftlichen Lage und zum Verlauf der Haushaltswirtschaft im Berichtsjahr stellen nach Auffassung der Revision insgesamt eine im Wesentlichen zutreffende Beurteilung der Lage der Gemeinde dar. Die Analyse der Haushaltsführung deckt sich mit den in diesem Bericht wiedergegebenen Prüfungsergebnissen der Revision.

## **3.2 Stellungnahme der Revision zu entwicklungsbeeinträchtigenden Tatsachen**

22. Nach Auffassung der Revision enthalten der Rechenschaftsbericht und die sonstigen Jahresabschlussunterlagen des Gemeindevorstandes die nachstehenden Kernaussagen im Hinblick auf mögliche entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen:

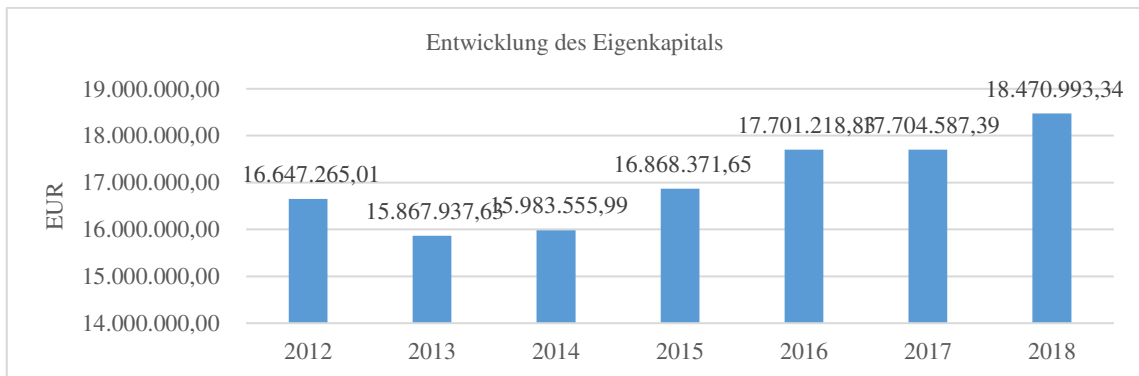


**„Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital**

Ausgehend von den Jahresergebnissen lassen sich Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals ableiten.

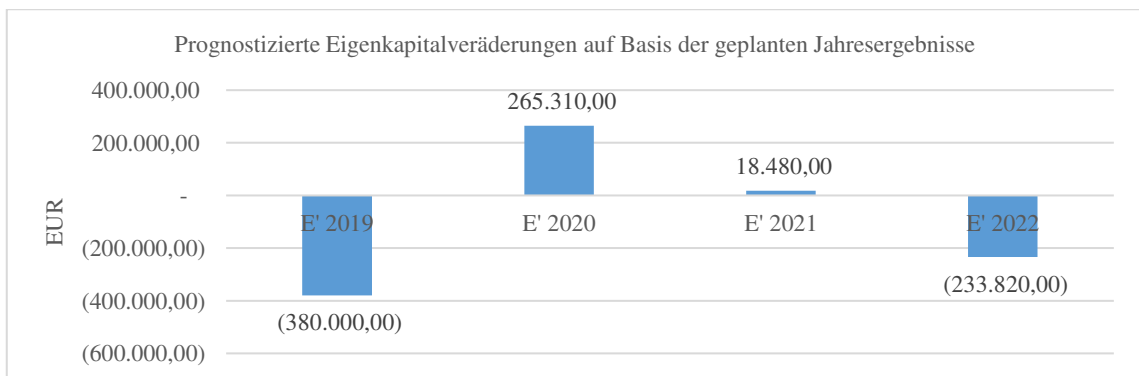
Grundsätzlich gilt: Überschüsse stärken das Eigenkapital und Fehlbeträge gehen zu Lasten des Eigenkapitals.

Nachfolgend wird die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals in den zurückliegenden Jahren dargestellt. Ausgehend von den Jahresergebnissen der Haushaltsplanung im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung lassen sich Prognosen zur weiteren Entwicklung des Eigenkapitals anstellen.



**Jahresergebnisse verändern das Eigenkapital**

Die folgende Aufstellung zeigt die nach jetzigem Kenntnisstand geplanten zukünftigen Jahresergebnisse. Aus ihnen lässt sich ableiten, in welcher Höhe sich in etwa das bilanzielle Eigenkapital pro Jahr (nicht kumulativ) verändern wird.



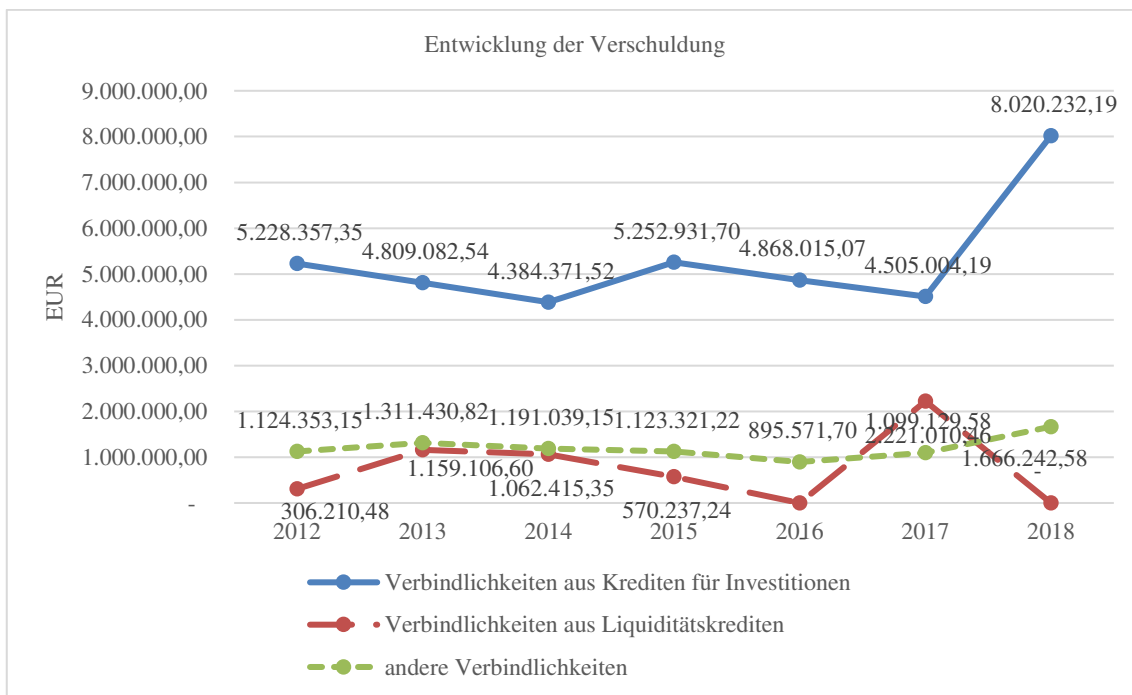
**Entwicklung der Verschuldung**

Das Jahresergebnis hat ebenso Auswirkungen auf die Verschuldung. Dargestellt wird die Entwicklung der Verschuldung in den zurückliegenden Perioden, wobei insbesondere nach langfristig finanzierten Investitionskrediten und kurzfristigen Liquiditätskrediten unterschieden wird.



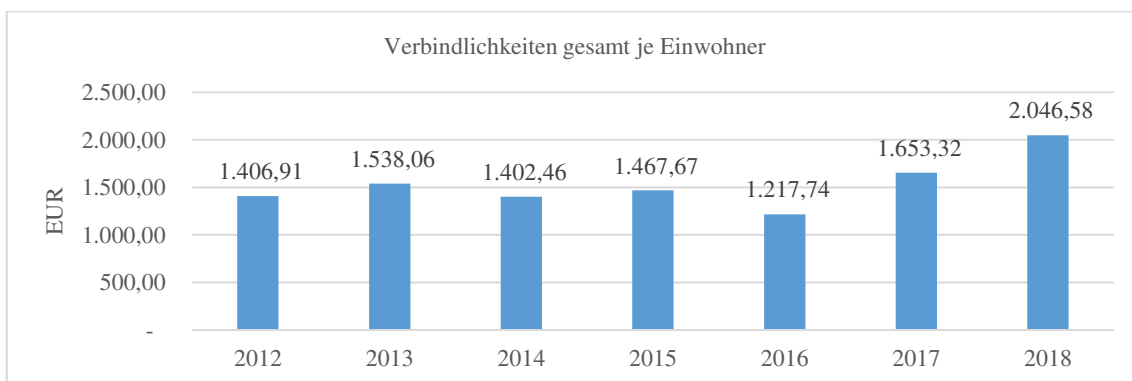
**Entwicklung der Verbindlichkeiten (in Tausend EUR)**

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	5.228.357,35	4.809.082,54	4.384.371,52	5.252.931,70	4.868.015,07	4.505.004,19	8.020.232,19
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	306.210,48	1.159.106,60	1.062.415,35	570.237,24	-	2.221.010,46	-
andere Verbindlichkeiten	1.124.353,15	1.311.430,82	1.191.039,15	1.123.321,22	895.571,70	1.099.129,58	1.666.242,58
<b>Verbindlichkeiten Gesamt</b>	<b>6.658.920,98</b>	<b>7.279.619,96</b>	<b>6.637.826,02</b>	<b>6.946.490,16</b>	<b>5.763.586,77</b>	<b>7.825.144,23</b>	<b>9.686.474,77</b>

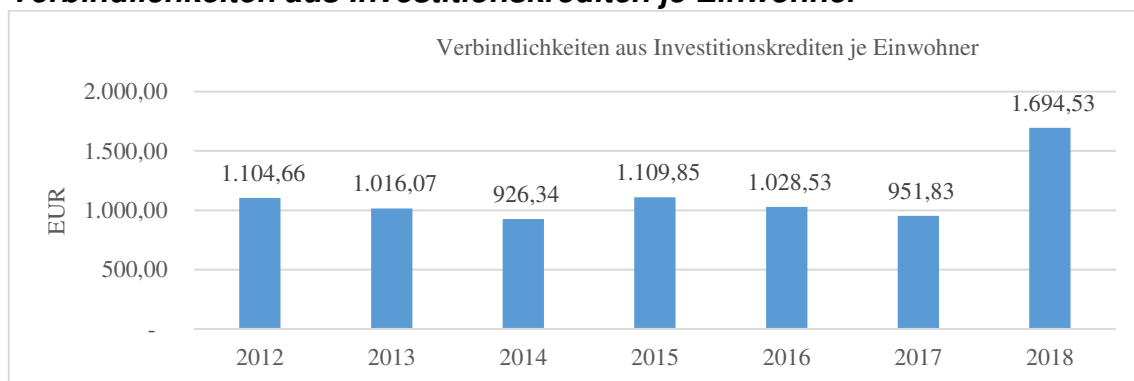


**Verschuldung je Einwohner**

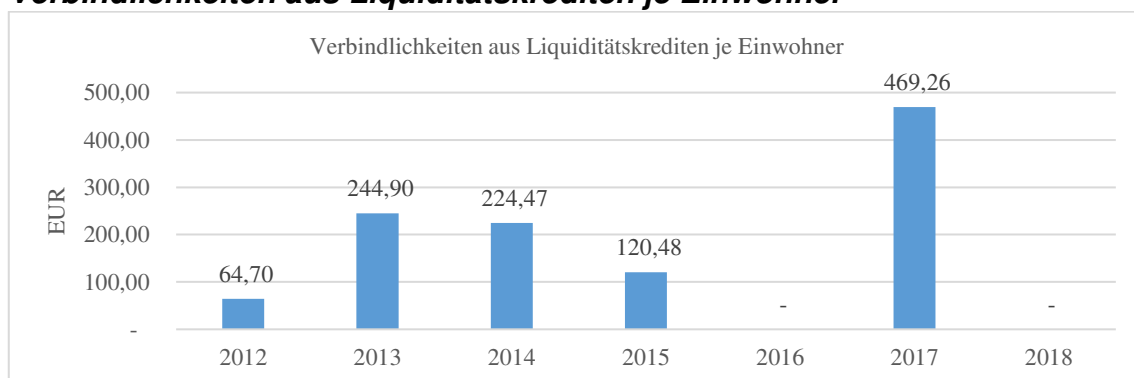
Um die örtliche Situation besser einschätzen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an. Dargestellt werden die Verbindlichkeiten insgesamt sowie die darin enthaltenen Investitions- und Liquiditätskredite bezogen auf einen Einwohner.



### **Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten je Einwohner**



### **Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten je Einwohner**



### **Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur**

*Die Einschätzung der weiteren Bevölkerungsentwicklung ist Grundlage für jede Art von strategischer Planung in Kommunalverwaltungen. Bedingt durch den allgemeinen demografischen Trend haben die meisten deutschen Kommunen einen Bevölkerungsrückgang sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung zu verzeichnen. Dies erfordert für die Zukunft eine Anpassung der kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Senioren.*

*Die Entwicklung der Bevölkerung nach Anzahl und Altersaufbau ist nur bedingt kommunal beeinflussbar. Der gesamtgesellschaftliche Trend zu einer schrumpfenden und immer älter werdenden Gesamtbevölkerung ist heute unumkehrbar, wobei die örtlichen Ausprägungen durchaus stark variieren können.*

*Die Anzahl derer, die durch Erwerbseinkommen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaften, wird langfristig schrumpfen; der Anteil derer, die auf staatliche Transferleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, wird steigen. Dies wird unweigerlich zu einer weiteren Belastung der staatlichen und kommunalen Finanzsysteme führen.*



*Die zentrale Frage der örtlichen Politik ist daher nicht, ob der Prozess aufgehalten werden kann. Vielmehr geht es um den hierdurch entstehenden Anpassungs- und Gestaltungsbedarf, d.h. wann und in welchem Maße eine quantitative und inhaltliche Neuausrichtung der kommunalen Dienstleistungspalette erfolgen muss.“*

Nachfolgend wird die Entwicklung der Einwohnerzahlen nach Altersgruppen sowie die Veränderungen nach Altersgruppen in den letzten fünf Jahren grafisch dargestellt. Die Entwicklung der Bevölkerung sowie die Veränderung der Altersstruktur stellt die Gemeinde als potentielle Risiken dar. Auch werden als Risiken vonseiten der Gemeinde die Entwicklung des Jahresergebnisses, des Eigenkapitals sowie der Verschuldung benannt, ebenso mögliche Negativentwicklungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Konkrete Gegenmaßnahmen zu den erfassten Risiken werden nicht angeführt.

23. Die Darstellung der zukünftigen Entwicklung sowie deren Chancen und Risiken durch den Gemeindevorstand erscheinen aus Sicht der Revision plausibel. Nach den Feststellungen der Revision wurden die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt und gewichtet.
24. Tatsachen, welche die Entwicklung der Gemeinde wesentlich beeinträchtigen können, hat die Revision bei der Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt.

### **3.3 Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung**

25. Im Rahmen unserer Prüfung wurden folgende Unrichtigkeiten und Verstöße im Hinblick auf die rechtlichen Regelungen zur Rechnungslegung festgestellt.
26. Die Verpflichtung zur Erstellung des Jahresabschlusses (inklusive Anlagen) sowie des Rechenschaftsberichtes ergibt sich aus § 112 Abs. 9 HGO. Danach soll der Jahresabschluss innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufgestellt sein. Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte durch Beschluss des Gemeindevorstandes am 09.09.2019 und somit nicht fristgerecht.
27. Die Kompatibilität der Richtlinien mit den gesetzlichen Bestimmungen wurde überprüft und ergab keine Beanstandungen.





### **3.4 Unregelmäßigkeiten in der Haushalts- und sonstigen Verwaltungsführung**

28. Im Rahmen unserer Prüfung wurden folgende Unrichtigkeiten und Verstöße im Hinblick auf die rechtlichen Regelungen zur Haushalts- und Verwaltungsführung außerhalb der Rechnungslegung festgestellt.
29. Im Rahmen des Haushaltsvollzuges wurden über- und außerplanmäßige Aufwendungen durch den Gemeindevorstand bewilligt und der Gemeindevertretung zur Kenntnis gegeben. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass die entsprechenden Haushaltsansätze der Ergebnisrechnung nicht fortgeschrieben wurden und somit im Rahmen des Haushaltsvollzugs kein endgültiger Überblick über die tatsächlich noch zur Verfügung stehenden Mittel gegeben ist.
30. Auch war die im Berichtsjahr erfolgte Aufnahme langfristiger Kredite zur Finanzierung von Investitionen, Investitionsfördermaßnahmen sowie zur Umschuldung auf Grund der Subsidiarität der Kreditaufnahme nicht in vollem Umfang zulässig.
31. Weiterhin wurde festgestellt, dass eine klare Trennung zwischen Anordnungs- und Kassenwesen gemäß § 6 Abs. 1 GemKVO nicht gegeben ist. Ein systemisches Berechtigungskonzept, in dem die Programmszugriffsberechtigungen geregelt und den gesetzlichen Vorgaben zuwiderlaufende Berechtigungen ausgeschlossen werden, wird seitens der Gemeinde nicht verwendet.

## **4 Angaben zur Prüfung**

### **4.1 Prüfungsauftrag**

32. Jeder Landkreis hat ein Rechnungsprüfungsamt (nachfolgend: „Revision“) einzurichten (§ 52 Abs. 2 Hessische Landkreisordnung (HKO)), welches die Prüfungsaufgaben im Sinne der §§ 128 und 131 HGO<sup>3</sup> bei dem Landkreis und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, für die kein eigenes Rechnungsprüfungsamt besteht (vgl. § 129 HGO), wahrzunehmen hat.

---

<sup>3</sup> Die Regelungen des sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung (§§ 92 – 134 HGO) gelten für den Landkreis entsprechend (§ 52 Abs. 2 HKO), so dass bei den weiteren Ausführungen zur besseren Lesbarkeit dieses Berichtes jeweils nur auf die Rechtsgrundlagen der HGO Bezug genommen wird.



33. Somit besteht bereits kraft gesetzlicher Regelung ein Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Gemeinde Diemelsee und es bedarf insoweit keiner individuellen Beauftragung jeder einzelnen Prüfung. Zum Inhalt der Jahresabschlussprüfung verweisen wir auf die Ausführungen unter den Textziffern (Tz.) 4.5.2 und 4.5.3 dieses Berichtes.
34. Lediglich für Prüfungshandlungen im Sinne des § 131 Abs. 2 HGO ist ein besonderer Prüfungsauftrag erforderlich. Wir verweisen insoweit auf die Ausführungen unter Tz. 11.3 dieses Schlussberichtes.

## **4.2 Gegenstand der Prüfung**

### **4.2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan**

35. Die Kommune hat für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen (§ 94 Abs. 1 HGO), die der Aufsichtsbehörde zusammen mit dem Haushaltsplan spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden soll (§ 97 Abs. 4 HGO).  
Die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung erfolgte am 09.02.2018, die Bekanntmachung am 02.03.2018 und die Auslegung fand in der Zeit vom 05.03.2018 bis 13.03.2018 statt.  
Der Haushaltsplan, eine Anlage zur Haushaltssatzung, bildet die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Kommune (§ 95 Abs. 1 HGO).
36. Die Genehmigung der genehmigungspflichtigen Bestandteile der Haushaltssatzung erfolgte durch Verfügung der Aufsichtsbehörde vom 16.02.2018.
37. Eine Nachtragshaushaltssatzung (§ 98 HGO) wurde im Berichtsjahr nicht erlassen.

### **4.2.2 Jahresabschluss**

38. Die Gemeinde ist gemäß § 112 Abs. 1 HGO verpflichtet, für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Der Gemeindevorstand soll den Jahresabschluss gemäß § 112 Abs. 9 HGO innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufstellen. Der Beschluss über die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte in der Sitzung am 09.09.2019 und damit nicht fristgerecht.



### **4.3 Prüfungsunterlagen und Auskunftserteilung**

39. Den Ausgangspunkt der Prüfung bildete der ebenfalls durch uns geprüfte und durch die Gemeindevertretung am 29.05.2020 beschlossene Jahresabschluss zum 31.12.2017.
40. Unerledigte Feststellungen aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses bestanden nicht.
41. Der vom Gemeindevorstand durch Beschluss vom 09.09.2019 aufgestellte und vom Bürgermeister am 22.08.2019 unterzeichnete Entwurf des Jahresabschlusses wurde der Revision am 23.09.2019 mit den nachfolgend aufgeführten Unterlagen zur Prüfung vorgelegt:
- Vermögensrechnung (Bilanz) nach dem vorgeschriebenen Muster 20 zu § 49 GemHVO,
  - Ergebnisrechnung nach dem vorgeschriebenen Muster 15 zu § 46 GemHVO,
  - Finanzrechnung (direkt und indirekt) nach den vorgeschriebenen Mustern 16 und 17 zu § 47 GemHVO
  - Anhang zum Jahresabschluss mit den Angaben nach § 50 GemHVO,
  - Rechenschaftsbericht mit den Angaben nach § 51 GemHVO,
  - Nachweise, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses und des Anhangs erforderlich waren,
  - Bücher und Dokumente einschließlich der zum Verständnis der Buchführung erforderlichen Organisationsunterlagen,
  - Belege über Geschäftsvorfälle, die für die Erstellung des Jahresabschlusses relevant und nachweisungsspflichtig waren.
42. Die Daten des Buchführungssystems wurden zusätzlich in digitaler Form zur Verfügung gestellt, sodass wir auch die Möglichkeiten der digitalen Prüfung unter Einsatz von Prüfungssoftware nutzen konnten.
43. Es galt die Inventurrichtlinie, die vom Gemeindevorstand am 22.04.2008 beschlossen wurde und zum gleichen Zeitpunkt in Kraft getreten ist sowie das Konzept zur Vermögenserfassung und Bewertung der Gemeinde Diemelsee vom 16.06.2008. Die Inventurrichtlinie und das Konzept zur Vermögenserfassung und Bewertung wurden in unsere Prüfung einbezogen.



44. Als Auskunftspersonen wurden uns folgende Personen benannt:
- Herr Andre Horn
  - Frau Sandra Ammenhäuser
  - Herr Viktor Moor
  - Herr Rainer Fischer

Die Auskunftsbereitschaft der Verwaltung war uneingeschränkt gegeben.

45. Darüber hinaus lag uns eine durch den Bürgermeister am 18.09.2019 unterzeichnete Vollständigkeitserklärung zum Jahresabschluss 2018 vor.

#### **4.4 Prüfungsplanung**

46. Die Planung der Prüfung, über die wir hiermit berichten, erfolgte grundsätzlich in Übereinstimmung mit den Regelungen in Ziffer 3.2 der IDR Prüfungsleitlinie 200<sup>4</sup>.
47. Die Prüfung wurde gemäß eines risikoorientierten Prüfungsansatzes so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss und seiner Anlagen vermittelten Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.
48. Entsprechend des risikoorientierten Prüfungsansatzes wurde eine am Risiko der Gemeinde ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Daraus wurde ein prüffeldbezogenes Prüfungsprogramm entwickelt, das anhand von ausgewählten Prüfungsschwerpunkten Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegte und für die Prüfung der Gemeinde als ausreichend betrachtet werden kann.
49. Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Prüfer wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.
50. Die Prüfungsplanung, einschließlich der sich daraus ergebenden Prüfungsstrategie, erfolgte auf der Grundlage der von der Revision des Landkreises Waldeck-Frankenberg eingesetzten Prüfungssoftware.
51. Die Details der Prüfungsplanung sind in unseren Arbeitspapieren dokumentiert.

---

4 IDR Prüfungsleitlinie 200 „Leitlinien zur Durchführung von kommunalen Jahresabschlussprüfungen“



## **4.5 Prüfungsdurchführung**

### **4.5.1 Ort und Zeitpunkt der Prüfung**

52. Die - soweit nicht anders angegeben - stichprobenartig durchgeführte Prüfung des Jahresabschlusses begann am 15.05.2020 und ist mit der Ausfertigung dieses Schlussberichtes abgeschlossen. Die Prüfung erfolgte sowohl im Rathaus der Gemeinde als auch am Sitz der Kreisverwaltung in Korbach bzw. Vöhl.

### **4.5.2 Prüfungsinhalte**

53. Rechtliche Grundlagen für die Durchführung der Prüfung sind insbesondere § 128 HGO sowie die Bestimmungen zur kommunalen Haushaltswirtschaft. Soweit die Vorschriften der HGO, der GemHVO sowie die Hinweise zu einem konkreten Sachverhalt keine Regelungen enthalten, können bei der Beurteilung von Zweifelsfragen die entsprechenden handels- und steuerrechtlichen Regelungen sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung einbezogen werden.<sup>5</sup>
54. Der Inhalt und die Ausgestaltung der Buchführung, die Erstellung des Jahresabschlusses, bestehend aus der Vermögensrechnung (Bilanz), der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie des Anhangs und des Rechenschaftsberichtes, liegen in der Verantwortung des Gemeindevorstandes.
55. Der Jahresabschluss ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen und muss klar und übersichtlich gegliedert sein. Er hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten.
56. Aufgabe der Revision ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungshandlungen ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, des Inventars und des Rechenschaftsberichtes abzugeben.
57. Gemäß § 128 Abs. 1 HGO ist der Jahresabschluss mit allen Unterlagen insbesondere daraufhin zu prüfen, ob
1. der Haushaltsplan eingehalten wurde,
  2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,

---

<sup>5</sup> vgl. Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 20.02.2007 / 22.01.2013



3. bei den Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde,
  4. die Anlagen zum Jahresabschluss vollständig und richtig sind,
  5. die Jahresabschlüsse nach § 112 HGO ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune darstellen,
  6. der Bericht nach § 112 Abs. 3 HGO (Rechenschaftsbericht) eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Kommune vermittelt.
58. Die Prüfung hat auch die Gesetzmäßigkeit zu umfassen. Dabei soll festgestellt werden, ob die Vorschriften und Grundsätze des Gemeindefinanzrechts sowie des übrigen Kommunalrechts, einschließlich der lokalen Verfügungen und Richtlinien, eingehalten wurden.
59. Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss sowie den Rechenschaftsbericht ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze.
60. Die Prüfung beinhaltete auch die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses sowie des Anhangs (§ 50 GemHVO) und des Rechenschaftsberichtes (§ 51 GemHVO).  
Insbesondere wurde geprüft, ob der Jahresabschluss, der Anhang und der Rechenschaftsbericht unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der eingeräumten Wahlrechte ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage vermitteln.  
Führen besondere Umstände dazu, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild nicht vermittelt, so sind im Anhang zusätzliche Angaben zu machen.
61. Die Berechnung und Zahlbarmachung der Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen für alle Bediensteten der Gemeinde nach den beihilferechtlichen Vorschriften wurde mittels Verwaltungsvereinbarung auf die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK) übertragen. In dieser Verwaltungsvereinbarung ist ausdrücklich geregelt, dass die Festsetzungen der BVK von deren Rechnungsprüfungsabteilung nach den kommunalrechtlichen Vorschriften geprüft werden.  
Um Doppelprüfungen zu vermeiden, haben wir dieses Prüffeld bei unserer Prüfung daher unberücksichtigt gelassen.



62. Besondere inhaltliche Schwerpunkte der Prüfung waren:
- Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen
  - Zugänge bei den Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten
  - Technische Prüfung: Straßenerneuerung, Wasser- und Kanalbaumaßnahme Aartalstraße, Flechtdorf
  - Forderungsbestand und Wertberichtigungen
  - Zugänge bei den Sonderposten
  - Ausweis der passiven Rechnungsabgrenzungsposten
63. Die einzelnen Prüfungshandlungen sind in den Arbeitspapieren der Revision dokumentiert.

#### **4.5.3 „Eingeschränkte Jahresabschlussprüfung“**

64. Der überwiegenden Anzahl der durch die Revision des Landkreises Waldeck-Frankenberg zu prüfenden kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist es nicht gelungen nach der Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens auf Doppik - in der Regel zum 01.01.2009 - die rechtlichen Vorgaben zum Zeitpunkt der Aufstellung der Jahresabschlüsse (30.04. des Folgejahres) einzuhalten. Dieser Zustand bestand über mehrere Jahre fort und führte zu einem Stau in der Aufstellung der gemeindlichen Jahresabschlüsse.
65. Im Wesentlichen erst mit der Einführung eines Programmes zur finanziellen Förderung der Aufstellung von Eröffnungsbilanzen und nachfolgender Jahresabschlüsse sowie der restriktiveren Handhabung der Erteilung von Haushaltsgenehmigungen durch die Kommunalaufsichtsbehörden konnte dieser Stau bei der Aufstellung der doppelischen Jahresabschlüsse teilweise aufgelöst werden. Wie vorherzusehen war, führt die teilweise Auflösung dieses Staus nun aber zu einem Stau in der nachgelagerten Prüfung der Jahresabschlüsse.
66. Zur Bewältigung des Prüfungsstaus wurden die Rechnungsprüfungsämter mit Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 30.07.2014 / 29.06.2016 auf die Möglichkeit des Einsatzes von sachverständigen Dritten, die Reduzierung des Stichprobenumfangs und im Übrigen auf ihre Unabhängigkeit hingewiesen. Letztlich bleibt es somit jedem Rechnungsprüfungsamt selbst überlassen, eine Strategie zur Bewältigung des Staus in der Prüfung der gemeindlichen Jahresabschlüsse zu entwickeln.



67. Wir haben dieser Entwicklung dadurch Rechnung getragen, dass alle ab dem 01.08.2015 begonnenen gemeindlichen Jahresabschlussprüfungen vorübergehend auf der Basis des von uns erarbeiteten Konzeptes der „Eingeschränkten Jahresabschlussprüfung“ durchgeführt werden. Kernelemente dieses Prüfungskonzeptes sind:
- Verlagerung von Prüfungskapazitäten, so dass die Personalausstattung in der Gemeindeprüfung in Relation zur Anzahl der prüfungspflichtigen Gemeinden dem nordhessischen Durchschnitt (Stand: Mai 2015) entspricht.
  - Grundsätzlicher Verzicht auf Fachprüfungen im Sinne des § 128 Abs. 1 Nr. 3 HGO.
  - Reduzierung und Beschränkung der maximalen Prüfungsdauer in Abhängigkeit von der Gemeindegröße.
  - Grundsätzliche Beschränkung auf vorgegebene Prüfungshandlungen je Prüffeld.
  - Moderate Erhöhung der Nichtaufgriffsgrenzen.
68. Dieses Konzept der „Eingeschränkten Jahresabschlussprüfung“ basiert auf den bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter/innen der hessischen Rechnungsprüfungsämter am 04./05.11.2014 in Fulda beschlossenen „Mindeststandards zur Prüfung rückständiger Jahresabschlüsse bis einschließlich 2013“ mit aus unserer Sicht erforderlichen Anpassungen an die örtlichen Verhältnisse.

## **4.6 Schlussbesprechung**

69. Der nach Abschluss unserer Prüfung erstellte Entwurf des Schlussberichtes wurde der Gemeinde mit E-Mail vom 03.11.2021 übersandt. Darin wurde die Durchführung einer Schlussbesprechung angeboten; allerdings wurde seitens der Gemeinde auf die Durchführung einer Schlussbesprechung verzichtet.

## **4.7 Schlussbericht**

### **4.7.1 Allgemeines**

70. Die Revision hat das Ergebnis der Prüfung in einem „Schlussbericht“ zusammenzufassen (§ 128 Abs. 2 HGO), den wir hiermit vorlegen.



71. Die Erstellung unserer Prüfungsberichte erfolgt grundsätzlich unter Beachtung der allgemeinen Berufsauffassung der kommunalen Rechnungsprüfer, insbesondere der IDR Prüfungsleitlinie 260<sup>6</sup>.
72. Ziel der Berichterstattung ist es, dem sachkundigen Leser zu ermöglichen, sich selbst ein Urteil über das Verwaltungshandeln und die wirtschaftliche Situation der Gemeinde im Berichtsjahr zu bilden.
73. Grundsätzlich gilt für die nachstehenden Ausführungen, dass die dort angegebenen Werte und Sachverhalte den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Eventuelle Abweichungen von den gesetzlichen Vorgaben sind in den Ausführungen zu den jeweiligen Jahresabschlusspositionen beschrieben.
74. Der Jahresabschluss und die einzelnen Posten des Jahresabschlusses sind durch die Gemeinde in einem Rechenschaftsbericht und einem Anhang zu erläutern (§ 112 Abs. 3, 4 HGO), die unserem Bericht als Anlagen beigefügt sind. Um Wiederholungen zu vermeiden, beschränken wir uns bei der Darstellung der Prüfungsergebnisse daher grundsätzlich auf aus prüferischer Sicht wesentliche Feststellungen und ergänzende Anmerkungen. Prüfungsfeststellungen gelten dann als wesentlich, wenn sie wegen ihrer Größenordnung oder Bedeutung einen Einfluss auf den Aussagewert der Rechnungslegung für die Abschlussadressaten haben bzw. die wirtschaftliche Entscheidung der kommunalen Abschlussadressaten beeinflussen können.<sup>7</sup>  
Um aber die Aussagekraft und Dokumentationsfunktion dieses Berichtes nicht einzuschränken, lassen sich nicht in jedem Einzelfall Ausführungen zu bereits im Anhang bzw. Rechenschaftsbericht erwähnten Sachverhalten umgehen.
75. Bei der Erläuterung von Werten beschränken wir uns ebenfalls auf wesentliche Angaben, so dass wir diese im Text des Schlussberichtes grundsätzlich nur gerundet in Tausend Euro (TEUR) mit einer Nachkommastelle angeben. Dies kann im Einzelfall zu Rundungsdifferenzen führen.

---

<sup>6</sup> Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V. (IDR), Prüfungsleitlinie 260: „Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen“.

<sup>7</sup> IDR Prüfungsleitlinie 200 "Leitlinien zur Durchführung kommunaler Jahresabschlussprüfungen, S. 8, Rz. 27



76. Zur Darstellung rechnerisch negativer Sachverhalte, wie z. B. der Ermittlung eines Jahresfehlbetrages, haben wir uns an der allgemein üblichen Handhabung orientiert und diese mit einem negativen Vorzeichen versehen. Dies führt bei Kommunen, die ihr Rechnungswesen mit der Finanzbuchhaltungssoftware „newsystem<sup>®</sup> kommunal“ (nsk<sup>®</sup>) bzw. „Infoma newsystem<sup>®</sup>, Version 7“ abwickeln, zu einer - gegenüber aus dem System erzeugten Werten des Ergebnishaushaltes bzw. der Ergebnisrechnung - spiegelbildlichen Darstellung. In nsk<sup>®</sup> bzw. „Infoma newsystem<sup>®</sup>, Version 7 werden Erträge mit einem negativen Vorzeichen, Aufwendungen mit einem positiven Vorzeichen versehen und rechnerisch negative Sachverhalte somit positiv dargestellt.
77. Zur besseren Information der Berichtsadressaten können insbesondere grafische oder tabellarische Übersichten und auch die Verwendung von geeigneten Kennzahlen beitragen.<sup>8</sup> Soweit wir in diesem Schlussbericht Kennzahlen verwenden ist zu berücksichtigen, dass die Bezeichnung und Ermittlung von Kennzahlen in der Literatur durchaus uneinheitlich erfolgt. Bei einem Vergleich der in diesem Bericht dargestellten Kennzahlen mit anderen ist daher, selbst wenn diese Kennzahlen die gleiche Bezeichnung tragen, sehr genau auf die angegebenen Berechnungsgrundlagen zu achten.
78. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der besseren Lesbarkeit haben wir auf die wechselweise Nennung der weiblichen bzw. männlichen Form einzelner Begriffe verzichtet. Die gewählte Form schließt selbstverständlich die jeweils andere Geschlechtsform mit ein.
79. Die Einführung des neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystems führte nicht nur zu Änderungen im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, sondern auch das kommunale Prüfungswesen hat einen Wandel erfahren. Wir haben dem u. a. auch durch teilweise Änderungen im Aufbau, der äußeren Gestaltung und dem Inhalt der Berichterstattung über die Prüfungen im Sinne der §§ 128 und 131 HGO Rechnung getragen.  
Soweit dies erforderlich und sinnvoll erscheint, werden wir unsere Prüfungsberichte auch weiterhin regelmäßig anpassen und nehmen die damit einhergehende Unstetigkeit in der Berichterstattung bewusst in Kauf, um eine qualitative Verbesserung der Berichte zu erreichen.
80. Die Prüfung, über die wir hiermit berichten, ist mit der Ausfertigung dieses Schlussberichtes abgeschlossen. Die Feststellungen beruhen auf dem jeweils aktuellen Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Berichtsausfertigung. Davon abweichende Termine sind im Einzelfall angegeben.

---

<sup>8</sup> vgl. IDR Prüfungsleitlinie 260: „Leitlinien zur Berichterstellung bei kommunalen Abschlussprüfungen“, Seite 7, Rz. 20



#### **4.7.2 Vorlage des Schlussberichtes an die Gemeindevertretung**

81. Dieser Schlussbericht bildet die Grundlage für die Entscheidung der Gemeindevertretung über den Jahresabschluss sowie die Entlastung des Gemeindevorstandes und ist daher gemeinsam mit dem Jahresabschluss und ggf. dem Gesamtabchluss<sup>9</sup> durch den Gemeindevorstand der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen (§ 113 HGO).
82. Die Gemeindevertretung hat über den geprüften Jahresabschluss bis spätestens zum 31. Dezember des zweiten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres zu beschließen und gleichzeitig über die Entlastung des Gemeindevorstandes zu entscheiden (§ 114 Abs. 1 HGO).

### **5 Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft**

#### **5.1 Prüfungsdurchführung und Prüfungsergebnis**

83. Die Prüfung des Jahresabschlusses darf sich nicht allein darauf erstrecken, ob der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gebietskörperschaft unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelt. Durch die Prüfung ist vielmehr sicherzustellen, dass auch die haushaltsrechtlichen Vorschriften, die sich nicht explizit auf den Jahresabschluss beziehen, beachtet werden. Hierzu zählen insbesondere Vorschriften zu den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen, dem Haushaltssicherungskonzept, den Grundsätzen der Einnahmebeschaffung, der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan. Darüber hinaus sind ortsrechtliche Bestimmungen, wie z. B. Vergabedienstleistungen, Beitragssatzungen, Gebührensatzungen etc., zu beachten.
84. Im Rahmen der Berichterstattung über die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft ist eine Feststellung zu treffen, ob die Haushaltswirtschaft insgesamt den geltenden gesetzlichen Vorschriften entsprochen hat. Liegen grobe Verstöße gegen die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft vor, kann dies Auswirkungen auf den zu erteilenden Bestätigungsvermerk und den Entlastungsvorschlag für die Verantwortlichen haben.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Durch die Änderung der HGO vom 16.05.2020 (GVBl. Nr. 26 vom 15.05.2020) wurden die bisherigen Regelungen zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses dahingehend geändert, dass die Kommunen spätestens bis zum 31.12.2021 einen Gesamtabchluss aufstellen müssen, wobei Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern grundsätzlich von dieser Verpflichtung befreit sind (§§ 112a, b HGO n. F.).

<sup>10</sup> vgl. IDR Prüfungsleitlinie 720 „Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft“, Tz. 4 ff.



85. Als Ergebnis unserer Prüfung können wir feststellen, dass die Haushaltswirtschaft der Gemeinde im Berichtsjahr insgesamt den gesetzlichen Vorschriften entsprochen hat. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft verweisen wir auf die nachfolgenden Ausführungen.

## **5.2 Vorläufige Haushaltsführung**

86. Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, so darf die der Gemeinde nach § 99 HGO insbesondere
- nur die finanziellen Leistungen erbringen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind,
  - Steuern, deren Sätze jährlich festzusetzen sind, nach den Sätzen des Vorjahres erheben,
  - Kredite umschulden sowie
  - Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von bis zu einem Viertel der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Kredite aufnehmen.
87. Die Haushaltssatzung des Berichtsjahres wurde am 02.03.2018 öffentlich bekannt gemacht, so dass die vorstehenden Bestimmungen im Berichtsjahr in der Zeit vom 01.01.2018 bis 01.03.2018 zu beachten waren.
88. Unsere Prüfung führte insoweit zu keinen Feststellungen.

## **5.3 Haushaltssatzung, Haushaltsplan**

89. Nach § 95 HGO bildet der Haushaltsplan die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde. Er ist nach Maßgabe dieses Gesetzes und der hierzu erlassenen Vorschriften für die Haushaltsführung verbindlich. Die gesetzlichen Bestimmungen der HGO sowie die Bekanntmachungs- und Offenlegungsvorschriften zur Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung wurden bei der Haushaltsverabschiedung beachtet. Wir verweisen insoweit auf die nachfolgenden Ausführungen.
90. In der am 09.02.2018 beschlossenen Haushaltssatzung wurden für den Haushaltsplan nachfolgende Festsetzungen getroffen.

In Anlehnung an die amtlichen Muster zur GemHVO haben wir die Einzelpositionen der Haushaltsansätze des Ergebnis- und Finanzhaushaltes in den nachfolgenden Darstellungen jeweils dem tatsächlichen Jahresergebnis gegenübergestellt.

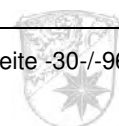
### 5.3.1 Ergebnishaushalt

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	4 - 3
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	367.640,00	369.997,81	2.357,81
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.392.950,00	2.392.838,72	-111,28
3	Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen	671.960,00	756.010,23	84.050,23
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
5	Steuern und steuerähnliche Erträge, Erträge aus gesetzlichen Umlagen	4.672.930,00	4.637.682,15	-35.247,85
6	Erträge aus Transferleistungen	126.760,00	142.103,99	15.343,99
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und allgemeine Umlagen	2.232.390,00	2.318.149,65	85.759,65
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	996.390,00	939.215,95	-57.174,05
9	Sonstige ordentliche Erträge	149.890,00	151.893,48	2.003,48
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>11.610.910,00</b>	<b>11.707.891,98</b>	<b>96.981,98</b>



**5.3.1 Ergebnishaushalt (Fortsetzung)**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	4 - 3
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>11.610.910,00</b>	<b>11.707.891,98</b>	<b>96.981,98</b>
11	Personalaufwendungen	1.451.440,00	1.429.278,22	-22.161,78
12	Versorgungsaufwendungen	293.500,00	295.843,67	2.343,67
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.136.500,00	2.888.335,66	-248.164,34
14	Abschreibungen	2.052.130,00	1.880.767,98	-171.362,02
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.414.900,00	1.553.132,53	138.232,53
16	Steueraufwendungen, einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	3.120.270,00	3.344.886,64	224.616,64
17	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.090,00	8.568,87	478,87
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>11.476.830,00</b>	<b>11.400.813,57</b>	<b>-76.016,43</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>134.080,00</b>	<b>307.078,41</b>	<b>172.998,41</b>
21	Finanzerträge	97.890,00	135.204,29	37.314,29
22	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	199.770,00	189.533,29	-10.236,71
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-101.880,00</b>	<b>-54.329,00</b>	<b>47.551,00</b>
24	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	11.708.800,00	11.843.096,27	134.296,27
25	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	11.676.600,00	11.590.346,86	-86.253,14
<b>26</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>32.200,00</b>	<b>252.749,41</b>	<b>220.549,41</b>
27	Außerordentliche Erträge	0,00	614.978,44	614.978,44
28	Außerordentl. Aufwendungen	0,00	101.321,90	101.321,90
<b>29</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>513.656,54</b>	<b>513.656,54</b>
<b>30</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>32.200,00</b>	<b>766.405,95</b>	<b>734.205,95</b>



### 5.3.2 Finanzhaushalt

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	4 - 3
1	Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.702.410,00	10.916.973,72	214.563,72
2	Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.621.830,00	9.413.244,45	-208.585,55
<b>3</b>	<b>Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>1.080.580,00</b>	<b>1.503.729,27</b>	<b>423.149,27</b>
4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.698.900,00	2.545.287,09	-153.612,91
5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.048.750,00	3.334.877,71	-6.713.872,29
<b>6</b>	<b>Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-7.349.850,00</b>	<b>-789.590,62</b>	<b>6.560.259,38</b>
7	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	6.380.390,00	4.002.000,00	-2.378.390,00
8	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen "Hessen-kasse"	514.500,00	484.772,00	-29.728,00
<b>9</b>	<b>Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>5.865.890,00</b>	<b>3.517.228,00</b>	<b>-2.348.662,00</b>
10	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	171.817,12	171.817,12
11	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	224.189,44	224.189,44
<b>12</b>	<b>Saldo aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen</b>	<b>0,00</b>	<b>-52.372,32</b>	<b>-52.372,32</b>
<b>13</b>	<b>Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Berichtsjahr</b>	<b>-403.380,00</b>	<b>4.178.994,33</b>	<b>4.582.374,33</b>



### 5.3.3 Kreditermächtigung / Kreditaufnahmen für Investitionen u. ä.

#### 5.3.3.1 Kreditermächtigung

91. Für die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung von Investitionen bzw. Investitionsfördermaßnahmen (ohne Umschuldung von Krediten) stand im Berichtsjahr folgende Haushaltsermächtigung zur Verfügung:

Nr.	Bezeichnung	EUR
1	2	3
1	Kreditermächtigung nach § 2 der Haushaltssatzung	4.146.390,00
2	+ verbliebene Kreditermächtigung aus dem letzten Haushaltsjahr	2.234.000,00
3	+ verbliebene Kreditermächtigung aus dem vorletzten Haushaltsjahr	0,00
4	+ Kreditaufnahme galt kraft rechtlicher Regelung als festgesetzt (z. B. im Rahmen des hessischen Sonderinvestitionsprogrammes)	0,00
<b>5</b>	<b>= Kreditermächtigung im Berichtsjahr</b>	<b>6.380.390,00</b>

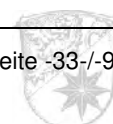




### 5.3.3.2 Kreditaufnahmen

92. Im Berichtsjahr wurde von der o. a. Kreditermächtigung wie folgt Gebrauch gemacht:

Nr.	Bezeichnung	EUR
1	2	3
1	Kreditermächtigung des Berichtsjahres insgesamt	6.380.390,00
2	- Kreditaufnahme Kreditmarkt	4.000.000,00
3	- Kreditaufnahme hessischer Investitionsfonds	0,00
4	- Kreditaufnahme Förderprogramme	0,00
5	- Sonstige Kreditaufnahmen	2.000,00
<b>6</b>	<b>= Verbleibende Kreditermächtigung</b>	<b>2.378.390,00</b>
7	- Übertragung Kreditermächtigung in das Folgejahr	2.370.000,00
<b>8</b>	<b>= nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung</b>	<b>8.390,00</b>



### 5.3.3.3 Kreditfinanzierungsbedarf

93. Kredite dürfen nur zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie zur Umschuldung von Krediten aufgenommen werden (§ 103 Abs. 1 HGO). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine Kreditaufnahme nur zulässig ist, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre (§ 93 Abs. 3 HGO).
94. Im Berichtsjahr ergab sich folgender Finanzierungsbedarf zur Aufnahme langfristiger Kredite:

Nr.	Bezeichnung	EUR
1	2	3
1	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (+/-)	1.503.729,27
2	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.545.287,09
3	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	484.772,00
4	+ Saldo aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (+/-)	-52.372,32
5	+ Erhöhung (+) / Reduzierung (-) des Bestandes an Kontokorrentkrediten gegenüber dem Vorjahr	-2.221.010,46
<b>6</b>	<b>= Verfügbare Zahlungsmittel im Berichtsjahr</b>	<b>1.290.861,58</b>
7	Auszahlungen für Investitionen	3.334.877,71
<b>8</b>	<b>Kreditbedarf (max. in Höhe der Investitionsauszahlungen)</b>	<b>2.044.016,13</b>
9	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	4.002.000,00
<b>10</b>	<b>Überhöhte Aufnahme langfristiger Kredite (soweit negativ)</b>	<b>-1.957.983,87</b>

95. Die im Berichtsjahr erfolgte Aufnahme langfristiger Kredite zur Finanzierung von Investitionen, Investitionsfördermaßnahmen sowie zur Umschuldung war auf Grund der Subsidiarität der Kreditaufnahme nicht in vollem Umfang zulässig.

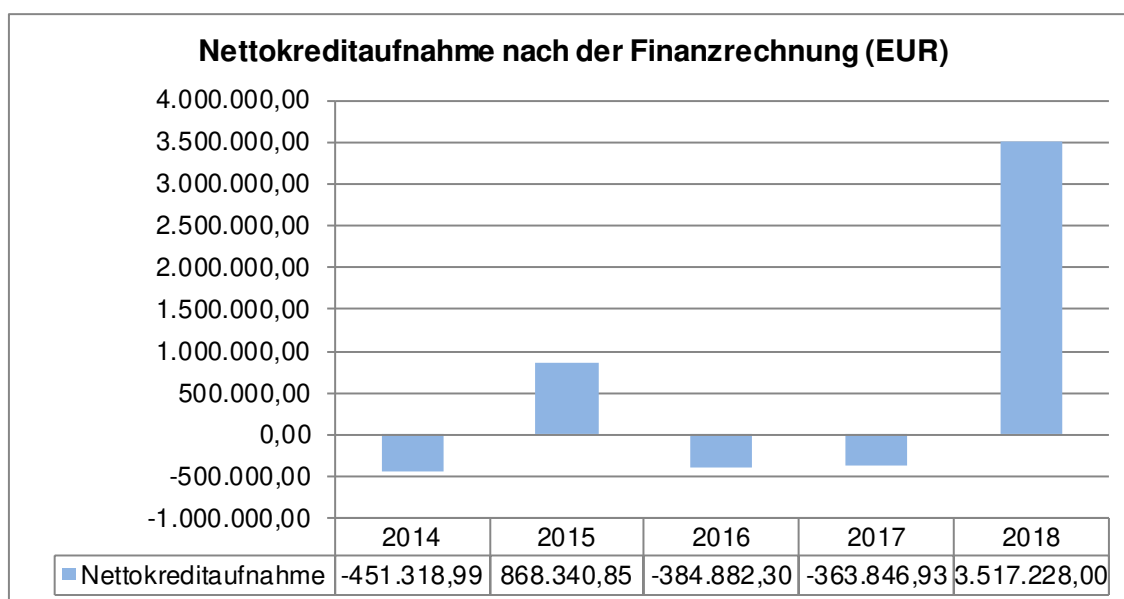


### 5.3.3.4 Nettokreditaufnahme nach der Finanzrechnung

96. Nach der Finanzrechnung ergab sich im Berichtsjahr folgende Nettokreditaufnahme<sup>11</sup>:

Nr.	Bezeichnung	EUR
1	2	3
1	Einzahlungen aus der Neuaufnahme von Krediten für Investitionen, Investitionsfördermaßnahmen und Umschuldungen	4.002.000,00
2	- Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten und zur Umschuldung	484.772,00
<b>3</b>	<b>= Nettokreditaufnahme (+) / Nettokredittilgung (-) nach der Finanzrechnung</b>	<b>3.517.228,00</b>

97. Auf Grund der unterschiedlichen Systematik in der Periodenabgrenzung kann die Darstellung der Nettokreditaufnahme / -kredittilgung nach der Finanzrechnung von der Darstellung in der Vermögensrechnung abweichen.
98. Die Entwicklung der Nettokreditaufnahme nach der Finanzrechnung ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:



<sup>11</sup> Kassenkredite zählen nicht zu den Kreditverbindlichkeiten (§ 58 Nr. 20 GemHVO)



### **5.3.4 Kassen- / Liquiditätskredite<sup>12</sup>**

99. Durch § 4 der Haushaltssatzung wurde der Höchstbetrag der Kassen- / Liquiditätskredite, die im Berichtsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden durften, auf 3.500,0 TEUR festgesetzt.
100. Im Berichtsjahr war es erforderlich, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen. Der Höchstbetrag an Kassen- / Liquiditätskrediten wurde im Berichtsjahr am 27.03.2018 mit 2.848,0 TEUR erreicht.
101. Die entsprechende Regelung der Haushaltssatzung wurde somit eingehalten.
102. Für die Inanspruchnahme von Kassen- / Liquiditätskrediten waren im Berichtsjahr Zinsen in Höhe von 1,9 TEUR zu entrichten.

### **5.3.5 Verpflichtungsermächtigungen**

103. Zur Sicherstellung der Durchführung mehrjähriger Investitionsmaßnahmen wurden gemäß § 3 der Haushaltssatzung Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 4.100,7 TEUR veranschlagt.  
Eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen ist dem Haushaltsplan beigefügt.
104. Im Berichtsjahr wurden folgende Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen:
  - Löschfahrzeug LF 10 KATS für die Feuerwehr Vasbeck in Höhe von 95,2 TEUR
  - Uferumgestaltung Diemelsee in Höhe von 751,8 TEUR

### **5.3.6 Gemeindesteuern**

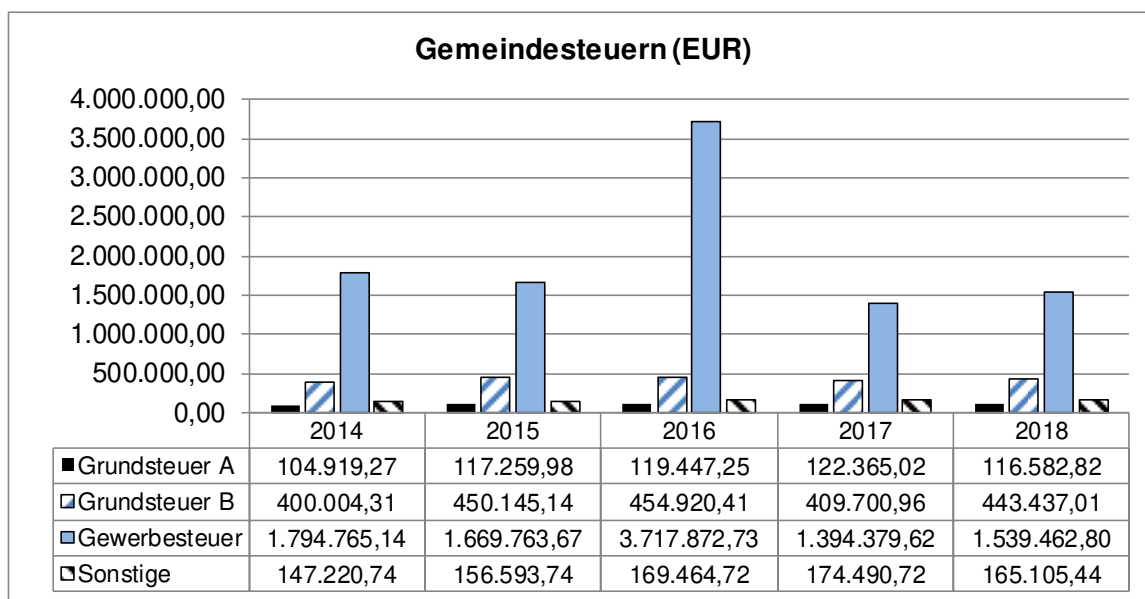
105. Die Steuersätze für die Gemeindesteuern wurden in § 5 der Haushaltssatzung für das Berichtsjahr wie folgt festgelegt:
  - Grundsteuer A 360 v. H.
  - Grundsteuer B 360 v. H.
  - Gewerbesteuer 360 v. H.

---

<sup>12</sup> Durch die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung mit Wirkung zum 01.01.2019 wurde der Begriff „Kassenkredite“ durch „Liquiditätskredite“ ersetzt.



106. Der Landesdurchschnitt lag für das Berichtsjahr in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse bei der Grundsteuer A bei 419 v. H., bei der Grundsteuer B bei 446 v. H. und bei der Gewerbesteuer bei 382 v. H.<sup>13</sup>
107. Die letztmalige Anpassung der Sätze der Gemeindesteuern erfolgte im Jahr 2015. Dabei wurden die Sätze der Grundsteuer A, der Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer jeweils von 320 v. H. auf 360 v. H. erhöht.
108. Die Entwicklung der Steuererträge ist der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen:



109. Unter den Sonstige Gemeindesteuern ist in diesem Bericht erstmalig auch die Zweitwohnungssteuer ausgewiesen, weshalb es bei den Sonstigen Gemeindesteuern zu Abweichungen in der Darstellung zu den Vorjahren kommt. Somit beträgt diese im Jahr 2014 132,0 TEUR, in 2015 140,1 TEUR, im Jahr 2016 140,0 TEUR sowie in 2017 146,3 TEUR. Im Berichtsjahr beläuft sich der Anteil auf 137,5 TEUR.

<b>Zweitwohnungssteuer nach Jahren</b>				
<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
132.015,73 EUR	140.092,05 EUR	140.006,15 EUR	146.298,29 EUR	137.525,09 EUR

110. Hinsichtlich der Gründe für die Veränderungen im Vorjahresvergleich verweisen wir auf die Ausführungen unter Tz. 8.4.1.

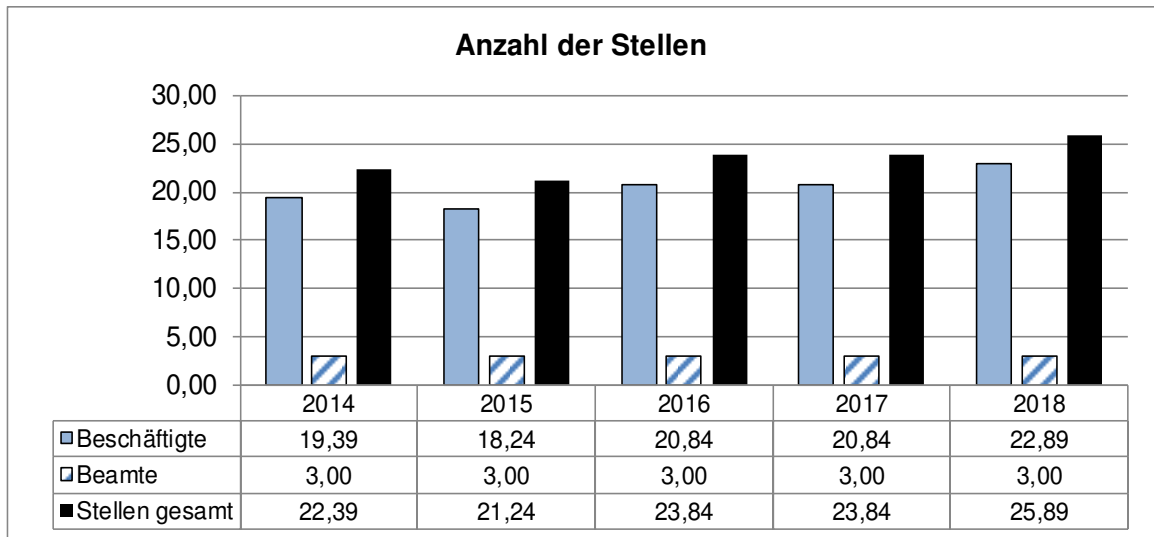
<sup>13</sup> Hessisches Statistisches Landesamt, L II 7 / j 18



### 5.3.7 Stellenplan

111. Es galt der am 09.02.2018 beschlossene Stellenplan.

112. Die Entwicklung der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen (ohne die Stellen der Eigenbetriebe und der Gesellschaften) zeigt die nachfolgende Darstellung:



113. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert insbesondere aus der Aufstockung von Stellen in den Bereichen Natur- und Landschaftspflege sowie Verkehrsflächen.

### 5.3.8 Haushaltssicherungskonzept

114. Der Haushalt soll in jedem Haushaltsjahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein (§ 92 Abs. 4 HGO). Die Gemeinde hat ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn

- der Haushalt nicht ausgeglichen werden kann,
- Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen sind oder
- nach der Ergebnis- und Finanzplanung im Planungszeitraum Fehlbeträge erwartet werden.

Das Haushaltssicherungskonzept ist von der Gemeindevertretung zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen (§ 92 Abs. 5 HGO).

115. Für das Berichtsjahr war daher durch die Gemeinde kein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen.



### **5.3.9 Interne Leistungsverrechnungen**

116. Jeder Teilhaushalt hat neben den Aufwendungen und Erträgen auch die Kosten und Erlöse aus internen Leistungsverrechnungen auszuweisen (§ 4 Abs. 3 GemHVO). Dies gilt entsprechend auch für die Aufstellung des Jahresabschlusses (§ 48 Abs. 1 GemHVO).
117. Diese Vorgaben wurden bei der Erstellung des Haushaltsplanes und des Jahresabschlusses für das Berichtsjahr umgesetzt.

### **5.3.10 Aufsichtsbehördliche Genehmigung**

118. Die genehmigungspflichtigen Bestandteile der Haushaltssatzung des Berichtsjahres wurden durch die Aufsichtsbehörde mit Verfügung vom 16.02.2018 genehmigt.
119. Die Haushaltsgenehmigung wurde nicht mit Auflagen verbunden.

## **5.4 Einhaltung des Haushaltsplanes**

### **5.4.1 Fortschreibung der Haushaltsansätze**

120. Die ursprünglich durch Beschlussfassung der Gemeindevertretung festgelegten Haushaltsansätze können unterjährig durch eine Nachtragshaushaltssatzung sowie über- bzw. außerplanmäßige Bewilligungen, aber auch im Rahmen der Regelungen über die Zweckbindung von Erträgen, der Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit, verändert werden.
121. Soweit von den vorstehenden Regelungen im Berichtsjahr Gebrauch gemacht wurde, sind die ursprünglichen Haushaltsansätze entsprechend fortzuschreiben (Hinweis zu § 46 GemHVO).
122. Die Fortschreibung der Haushaltsansätze wurde nicht vollständig vorgenommen; eine Fortschreibung der Haushaltsansätze für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen ist nicht erfolgt. Somit war ein Vergleich der fortgeschriebenen Ansätze mit dem jeweiligen Jahresergebnis nur eingeschränkt möglich.

## 5.4.2 Plan-Ist-Vergleich

123. Unter den Textziffern 5.3.1 und 5.3.2 haben wir den fortgeschriebenen Haushaltsansätzen des Ergebnis- bzw. Finanzhaushaltes die entsprechenden Ergebnisse des Berichtsjahres gegenübergestellt. Betrachtet man die daraus resultierenden Abweichungen, so ist insbesondere Folgendes festzustellen:

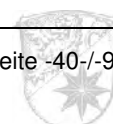
### 5.4.2.1 Plan-Ist-Vergleich der Erträge

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	4 - 3
1	Ordentliche Erträge	11.610.910,00	11.707.891,98	96.981,98
2	Finanzerträge	97.890,00	135.204,29	37.314,29
3	Außerordentliche Erträge	0,00	614.978,44	614.978,44
<b>4</b>	<b>Summe der Erträge</b>	<b>11.708.800,00</b>	<b>12.458.074,71</b>	<b>749.274,71</b>

124. Die Kostenersatzleistungen und -erstattungen lagen um 84,1 TEUR über dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz. Ursächlich hierfür waren vor allem die Kostenerstattungen von privaten Unternehmen, u. a. wurden hier Kostenerstattungen für Bauleitplanungen, bspw. für die Planung des neuen Ferienorts am Diemelsee, verbucht.

Auch die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen lagen um 85,8 TEUR höher als geplant, was auf erhöhte Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land zurückzuführen war. Unter diesem Sachkonto werden hauptsächlich die Landeszuweisungen für die Freistellung vom Kindergartenbeitrag für das dritte Kindergartenjahr verbucht.

Im Gegensatz dazu wurden im Berichtsjahr geringere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erzielt (- 57,2 TEUR). Dies ist insbesondere auf geringere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich zurückzuführen.





Die Außerordentlichen Erträge wichen von der Planung um + 615,0 TEUR ab. Verantwortlich hierfür waren insbesondere Grundstücksverkäufe über Restbuchwert, unter anderem an die Feriendorf Diemelsee GmbH (insgesamt + 504,7 TEUR). Weiterhin wurde hier der Ertrag aus der Auflösung einer nicht in Anspruch genommenen Rückstellung für Instandhaltungsmaßnahmen am Tiefbrunnen Bontkirchen verbucht (+ 95,8 TEUR).

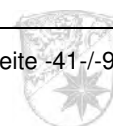
#### 5.4.2.2 Plan-Ist-Vergleich der Aufwendungen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	4 - 3
1	Ordentlichen Aufwendungen	11.476.830,00	11.400.813,57	-76.016,43
2	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	199.770,00	189.533,29	-10.236,71
3	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	101.321,90	101.321,90
<b>4</b>	<b>Summe der Erträge</b>	<b>11.676.600,00</b>	<b>11.691.668,76</b>	<b>15.068,76</b>

125. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen blieben im Ergebnis um 248,2 TEUR unter dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz. Bei dieser Position handelt es sich um eine Vielzahl von Einzelpositionen, die sich über nahezu alle Teilhaushalte erstrecken. Insbesondere war festzustellen, dass die Aufwendungen für Instandhaltungen von Gebäuden und Außenanlagen sowie von Sachanlagen im Gemeindegebrauch um insgesamt 337,8 TEUR unter den fortgeschriebenen Haushaltsansätzen lagen. Bei den übrigen Positionen lagen die Aufwendungen teilweise leicht über den jeweiligen Ansätzen, sodass sich kumuliert Minderaufwendungen in Höhe von 248,2 TEUR ergaben.

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke lagen um 138,2 TEUR über den fortgeschriebenen Ansätzen. Ursächlich hierfür war in erster Linie die Zuführung zur Rückstellung für den Verlustausgleich des Schwimmbades Heringhausen, die um 97,7 TEUR über dem Haushaltsansatz lag.

Weiterhin lagen die Steueraufwendungen sowie die Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen um 224,6 TEUR über den fortgeschriebenen Ansätzen. Ursächlich hierfür war die Zuführung zur Rückstellung für den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 212,2 TEUR, die nicht geplant war. Außerdem lagen die Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage um 12,4 TEUR über dem Haushaltsansatz.



### 5.4.2.3 Plan-Ist-Vergleich der Investitionsauszahlungen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	4 - 3
1	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.048.750,00	3.334.877,71	-6.713.872,29

126. Für das Haushaltsjahr 2018 waren Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 10.048,8 TEUR (fortgeschriebener Haushaltsansatz) geplant. Tatsächlich wurden nach der Finanzrechnung 3.334,9 TEUR für Investitionen ausgezahlt. Davon wurden 2.348,3 TEUR für Baumaßnahmen, 979,7 TEUR für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, 229,6 TEUR für Investitionen in das sonstige Anlagevermögen und 15,7 TEUR für Finanzanlagevermögen verausgabt.

Unter dieser Position wurde außerdem die Erstattung für eine Ausleihung an den Landkreis aus dem Vorjahr für die Sanierung der K 75 verbucht (238,4 TEUR). Hierbei handelte es sich jedoch nicht um eine Auszahlung für Investitionen in das Finanzanlagevermögen des Berichtsjahres, sondern wäre haushaltsfremden Einzahlungen zuzuordnen gewesen.

127. Weiterhin wurden Haushaltsansätze für Investitionen in Höhe von 5.749,1 TEUR in das Folgejahr übertragen (vgl. Tz. 5.4.4).

128. Somit wurden investive Haushaltsansätze in Höhe von insgesamt 964,8 TEUR nicht in Anspruch genommen. Hierbei handelte es sich vor allem um Maßnahmen, die in den Folgejahren neu veranschlagt wurden oder die im Berichtsjahr günstiger als geplant ausgeführt werden konnten.

129. Zusammenfassend bleibt in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass von den im Berichtsjahr insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 10.048,8 TEUR (Vj.: 6.626,8 TEUR) lediglich 3.334,9 TEUR (33,2 %) (Vj.: 4.153,6 TEUR bzw. 62,7 %) auch tatsächlich verausgabt wurden.

Wir weisen erneut darauf hin, dass die (Investitions-) Auszahlungen nur in der Höhe zu veranschlagen sind, in der sie voraussichtlich auch tatsächlich zu leisten sind (§ 10 Abs. 2 GemHVO).



### 5.4.3 Deckung von Haushaltsüberschreitungen

130. Soweit im Haushaltsplan keine anderen Regelungen getroffen wurden, sind alle veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen sowie alle veranschlagten Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Teilhaushaltes (Budget) gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 1, 3 GemHVO).
131. Darüber hinaus können unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 2 GemHVO weitere Regelungen zur Deckungsfähigkeit innerhalb des gesamten Ergebnis- bzw. Finanzhaushaltes (vgl. § 20 Abs. 3 GemHVO) getroffen werden.
132. In der von der Gemeindevertretung am 09.02.2018 beschlossenen Haushaltsatzung mit Haushaltsplan sind für das Berichtsjahr neben den gesetzlichen Bestimmungen weitere Bewirtschaftungsregelungen festgelegt worden und zwar mit folgendem Inhalt:
- Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 GemHVO gilt nicht für die folgenden Positionen:
    - Personalaufwendungen
    - Abschreibungen
    - Investitionen
    - Verfügungsmittel
    - Interne Leistungsverrechnungen
  - Folgende Positionen sind Teilhaushalt übergreifend gegenseitig deckungsfähig:
    - Personalaufwendungen
    - Investitionen
    - Abschreibungen
133. Soweit Haushaltsüberschreitungen nicht im Rahmen der vorstehend genannten Regelungen zur Deckungsfähigkeit ausgeglichen werden konnten, bestand die Möglichkeit der Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Aufwendungen bzw. Auszahlungen, soweit diese unvorhergesehen und unabweisbar waren und die finanzielle Deckung jeweils gewährleistet werden konnte (§ 100 Abs. 1 HGO).
134. Im Zuge der Haushaltsbewirtschaftung wurden vom Gemeindevorstand zwei überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von insgesamt 66,6 TEUR bewilligt.
135. Von der Gemeindevertretung wurde darüber hinaus eine überplanmäßige Aufwendung in Höhe von 62,5 TEUR genehmigt.



136. Die Beschlussfassung für die o. a. über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen erfolgte zum Teil erst nachdem Zahlungsverpflichtungen eingegangen wurden. Gemäß dem Hinweis Nr. 8 zu § 100 HGO ist Die Entscheidung über die Zulassung einer Haushaltsansatzüberschreitung ist herbeizuführen, bevor Maßnahmen getroffen werden, durch die überplanmäßige oder außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen entstehen können. Dies ist zukünftig zu beachten.
137. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die entsprechenden Haushaltsansätze der Ergebnisrechnung nicht fortgeschrieben wurden und somit im Rahmen des Haushaltsvollzugs kein endgültiger Überblick über die tatsächlich noch zur Verfügung stehenden Mittel gegeben ist.
138. Die im Rahmen der Prüfung vorgenommene Mittelprüfung auf Budgetebene hat darüber hinaus keine wesentlichen Überschreitungen festgestellt, über die zu berichten ist.

#### **5.4.4 Übertragung von Haushaltsmitteln**

139. Die Ansätze für Aufwendungen eines Budgets des Ergebnishaushaltes können ganz oder teilweise für übertragbar erklärt werden (§ 21 Abs. 1 GemHVO), die Ansätze für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen des Finanzhaushaltes sind kraft rechtlicher Regelung (§ 21 Abs. 2 GemHVO) übertragbar.
140. Auf Grund der Ermächtigung in § 21 Abs. 1 GemHVO wurde im Haushaltsplan des Berichtsjahres für die Übertragbarkeit der Ansätze des Ergebnishaushaltes folgende Regelung getroffen:
- Im Teilergebnishaushalt Förderung der Landwirtschaft/Feldwege ist der Haushaltsansatz für die Feldwegeunterhaltung in das nächste Haushaltsjahr übertragbar.
141. Im haushaltsrechtlichen Abschluss des Berichtsjahres wurden auf Grund der vorstehenden Regelungen
- Haushaltsansätze für Aufwendungen des Ergebnishaushaltes in Höhe von 29,3 TEUR und
  - Haushaltsansätze für Investitionen bzw. Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 5.749,1 TEUR
- in das kommende Haushaltsjahr übertragen.

Es handelt sich hierbei insbesondere um folgende Maßnahmen:



- Neubau Kläranlage Heringhausen (3.229,2 TEUR übertragen)
- Uferumgestaltung Diemelsee (1.289,0 TEUR übertragen)
- Kloster Flechtdorf (219,9 TEUR übertragen)
- Feldwegebau (191,0 TEUR übertragen)
- Sanierung Hochbehälter „Egge“ (186,3 TEUR übertragen)
- Wasserleitung Heringhausen (120,4 TEUR übertragen)
- Verschiedene kleinere Maßnahmen

Die übertragenen Haushaltsermächtigungen stehen im kommenden Haushaltsjahr zusätzlich zu den veranschlagten Beträgen zur Verfügung.

## **5.5 Ausübung der Berichtspflicht**

### **5.5.1 Unterjährige Ausübung der Berichtspflicht**

142. Die Gemeindevertretung ist gem. § 28 GemHVO mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Die Unterrichtung hat unverzüglich zu erfolgen, wenn sich abzeichnet, dass
1. sich das geplante Ergebnis des Ergebnishaushaltes oder des Finanzhaushaltes wesentlich verschlechtert oder
  2. sich die Gesamtauszahlungen einer Maßnahme des Finanzhaushaltes wesentlich erhöhen werden.

Das Berichtswesen soll eine Gefährdung des Haushaltsausgleichs im Haushaltsvollzug rechtzeitig erkennen lassen.

143. Die Gemeindevertretung wurde zwei Mal im Berichtsjahr über den Haushaltsvollzug unterrichtet. Der Gemeindevorstand ist seiner Berichtspflicht somit nachgekommen.

### **5.5.2 Bericht zum Jahresabschluss**

144. Die Gemeindevertretung ist unverzüglich nach Aufstellung des Jahresabschlusses über die wesentlichen Ergebnisse zu unterrichten (§ 112 Abs. 9 HGO).
145. Die Unterrichtung über den Jahresabschluss des Berichtsjahres erfolgte am 09.09.2020. Der Gemeindevorstand ist insoweit seiner Verpflichtung nachgekommen.

## **5.6 Verfügungsmittel**

146. Im Ergebnishaushalt sind in angemessener Höhe Verfügungsmittel für den Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu veranschlagen. Für den Gemeindevorstand oder den Bürgermeister können sie veranschlagt werden (§ 13 GemHVO).
147. Nach Nr. 4 der Hinweise zu § 13 GemHVO sollten die Verfügungsmittel insgesamt 0,5 vom Tausend der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung des letzten vorliegenden Jahresabschlusses nicht übersteigen.  
Bei einem Ergebnis der ordentlichen Erträge des Jahres 2016 (maßgebliche Ergebnisrechnung für die Aufstellung des Haushaltsplanes des Berichtsjahres) in Höhe von 13.196,3 TEUR durften somit Verfügungsmittel in Höhe von maximal 6,6 TEUR veranschlagt werden.
148. Im Berichtsjahr wurden Verfügungsmittel in Höhe von 1,5 TEUR veranschlagt. Der sich ergebende Richtwert wurde somit nicht überschritten. Eine Trennung zwischen Verfügungsmitteln für den Vorsitzenden der Gemeindevertretung und für den Bürgermeister erfolgte nicht.
149. Tatsächlich wurden im Berichtsjahr Verfügungsmittel in Höhe von 1,5 TEUR aufgewandt.  
Der Haushaltsansatz der im Berichtsjahr bereitgestellten Verfügungsmittel in Höhe von 1,5 TEUR wurde somit nicht überschritten.

## **6 Feststellungen und Erläuterungen zum Jahresabschluss**

### **6.1 Feststellungen zur Rechnungslegung**

150. Es wurde festgestellt, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die aus den geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in der Buchführung, dem Jahresabschluss und dem Rechenschaftsbericht. Hinsichtlich der Prüfungsfeststellungen verweisen wir auf die nachfolgenden Ausführungen.



## **6.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

151. Die Gemeinde verwendete zur Ausführung der Haushaltswirtschaft im Berichtsjahr und zur Erstellung des Jahresabschlusses das von ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen - vertriebene Axians Infoma Modul „infoma newsystem<sup>®</sup>, Version 7“ (vgl. Tz. 2.3).
152. Eine nach § 33 Abs. 5 Nr. 1 GemHVO (-Doppik) erforderliche formelle Freigabe dieses DV-gestützten Buchführungssystems durch den Bürgermeister lag vor.
153. Eine Datensicherung erfolgt regelmäßig. Ein Passwortschutz für die Buchhaltung ist gegeben.
154. Nach unseren Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des Kommunalen Verwaltungskontenrahmens (KVKR) erstellte und für den Jahresabschluss angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes.
155. Die einzelnen Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt.
156. Die Werte aus der Schlussbilanz des Vorjahres wurden vollständig und richtig in das Berichtsjahr übernommen.

## **6.3 Internes Kontrollsystem**

157. Das Interne Kontrollsystem (IKS) besteht aus systematisch gestalteten organisatorischen (Sicherungs-) Maßnahmen und Kontrollen in der Kommune zur Einhaltung von Richtlinien und zur Abwehr von Schäden, die durch das eigene Personal oder böswillige Dritte verursacht werden können.<sup>14</sup>
158. Im Rahmen der Prüfungsplanung ist der Aufbau und die Funktion – zumindest des rechnungslegungsbezogenen – Internen Kontrollsystems zu beurteilen. Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem lässt auf ein geringeres Fehlerrisiko schließen, so dass in einem stärkeren Maße analytische Prüfungshandlungen zum Einsatz kommen können.

---

<sup>14</sup> IDR Prüfungsleitlinie 200: „Leitlinien zur Durchführung kommunaler Jahresabschlussprüfungen“, S. 17, Rz. (58)



159. Die Prüfung des Internen Kontrollsystems war nicht Gegenstand dieser Jahresabschlussprüfung. Allerdings haben wir das Interne Kontrollsystem im Rahmen der jährlich durchzuführenden Kassenprüfungen einer näheren Prüfung unterzogen.

In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass eine klare Trennung zwischen Anordnungs- und Kassenwesen gemäß § 6 Abs. 1 GemKVO nicht gegeben ist. Ein systemisches Berechtigungskonzept, in dem die Programmzugriffsberechtigungen geregelt und den gesetzlichen Vorgaben zuwiderlaufende Berechtigungen ausgeschlossen werden, wird seitens der Gemeinde nicht verwendet.

#### **6.4 Inventur**

160. Körperliche Vermögensgegenstände sind grundsätzlich für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres durch eine körperliche Bestandsaufnahme („Inventur“) zu erfassen (§ 35 Abs. 1 GemHVO).

Zu diesem Zweck hat die Gemeinde eine Inventuranweisung zu erlassen (Hinweis Nr. 2 zu § 35 GemHVO), die im Rahmen der Prüfung vorlag.

161. Soweit nach den Regelungen der §§ 35, 36 GemHVO auf eine jährliche Durchführung der Inventur verzichtet werden kann, ist diese in der Regel jedoch zumindest alle drei bis fünf Jahre vorzunehmen.

162. Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses wurde keine Inventur der körperlichen Vermögensgegenstände durchgeführt. Diese wurde zuletzt zum Jahresabschluss 2014 vorgenommen, sodass spätestens für den Jahresabschluss zum 31.12.2019 wieder eine Inventur durchzuführen ist.

#### **6.5 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses**

163. Der Jahresabschluss zum 31.12.2018, bestehend aus der Vermögensrechnung (Bilanz), der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

164. Die Grundsätze der Klarheit, Richtigkeit und Stetigkeit nach § 44 GemHVO wurden beachtet. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital und die Sonderposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet. Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.





165. Die Revision kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

## **6.6 Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

### **6.6.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

166. Der Jahresabschluss und der Anhang vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune.

### **6.6.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen**

167. Hinsichtlich der Darstellung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss. Dieser beinhaltet die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.
168. Besondere Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden wie folgt ausgeübt:  
Nach Nr. 18 der Hinweise zu § 49 GemHVO dürfen Aufwendungen für Vorräte sofort erfolgswirksam gebucht werden, wenn die Bestände zum sofortigen Verbrauch bestimmt sind oder zum Bilanzstichtag einen Wert von 10,0 TEUR (ohne Umsatzsteuer) je Lager nicht übersteigen.

Die Gemeinde hat von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht und keine Vorräte bilanziert. Bestände mit einem Wert über 10,0 TEUR waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

### **6.6.3 Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen**

169. Grundsätzlich sind die im Vorjahresabschluss gewählten Bewertungsmethoden beizubehalten. Durchbrechungen der Ansatz- und Bewertungsstetigkeit sind im Anhang anzugeben, zu begründen und die Auswirkungen sind zu erläutern.
170. Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

#### **6.6.4 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen**

171. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses festgestellt.

#### **6.7 Anhang zum Jahresabschluss**

172. Im Anhang sind die wesentlichen Posten der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung zu erläutern. Weiterhin sind insbesondere die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die wesentlichen Abweichungen zu einzelnen Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnungspositionen im Jahresvergleich darzustellen. Außerdem sind Sachverhalte anzugeben, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses von besonderer Bedeutung sind (§ 50 GemHVO).
173. Die vorstehend aufgeführten Pflichtangaben waren in dem zur Prüfung vorgelegte Anhang vom 22.08.2019 nicht in vollem Umfang enthalten. Die Erläuterungen im Anhang beschränken sich lediglich auf eine Gegenüberstellung der Vermögenswerte des Berichtsjahres und des Vorjahres. Ursachen für (größere) Veränderungen werden nicht erläutert, lediglich die bilanzierten Werte werden definiert.
174. In diesem Zusammenhang empfiehlt die Revision, die notwendigen Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ergebnisrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben bei der Erstellung künftiger Jahresabschlüsse ausführlicher zu gestalten. Die Erläuterungen sollten sich nicht nur auf eine bloße Darstellung von Werten beschränken. Wir wiederholen insoweit unsere Hinweise aus früheren Prüfungen.
175. Der Anhang ist diesem Bericht als Anlage beigelegt.

#### **6.8 Rechenschaftsbericht**

176. Nach den gesetzlichen Vorschriften (§ 51 GemHVO) soll im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit in konzentrierter Form dargestellt werden.
177. Unsere Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht vom 22.08.2019
- mit dem Jahresabschluss sowie den bei unseren Prüfungshandlungen gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,



- insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt,
- Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- die derzeitige und zukünftige Struktur der Gemeinde und die damit verbundenen Aufgaben einer Kommune dieser Größenordnung im Rahmen der Ziel- und Produktorientierung analysierend darstellt,
- alle weiteren nach § 51 GemHVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

178. Der Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht ebenfalls als Anlage beigelegt.

## **6.9 Vorgänge nach Schluss des Haushaltsjahres**

179. Der Revision sind bei ihren Prüfungshandlungen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

## 7 Feststellungen zur Vermögensrechnung (Bilanz)

### 7.1 Gesamtdarstellung der Vermögens- und Schuldenlage

180. Ausgehend von der Schlussbilanz zum Ende des Berichtsjahres haben wir in der nachfolgenden Darstellung die einzelnen Vermögenspositionen zusammengefasst und den entsprechenden Werten aus der Bilanz des Vorjahres gegenübergestellt:

Nr.	Bezeichnung	Stand am Ende des Berichtsjahres		Stand am Ende des Vorjahres		Veränderung EUR
		EUR	v. H.	EUR	v. H.	
1	2	3	4	5	6	7
1	<b>Aktiva</b>					
2	Anlagevermögen	48.613.105,35	94,31	46.922.350,22	98,20	1.690.755,13
3	Umlaufvermögen	2.894.640,84	5,62	819.102,54	1,71	2.075.538,30
4	Rechnungsabgrenzungsposten	36.214,27	0,07	40.275,05	0,09	-4.060,78
5	nicht d. Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	<b>Bilanzsumme</b>	<b>51.543.960,46</b>	<b>100,00</b>	<b>47.781.727,81</b>	<b>100,00</b>	<b>3.762.232,65</b>
7	<b>Passiva</b>					
8	Eigenkapital	18.470.993,34	35,84	17.704.587,39	37,05	766.405,95
9	Sonderposten	20.016.375,16	38,83	18.961.889,05	39,69	1.054.486,11
10	Rückstellungen	2.953.387,59	5,73	2.844.847,84	5,95	108.539,75
11	Verbindlichkeiten	9.686.474,77	18,79	7.825.144,23	16,38	1.861.330,54
12	Rechnungsabgrenzungsposten	416.729,60	0,81	445.259,30	0,93	-28.529,70
13	<b>Bilanzsumme</b>	<b>51.543.960,46</b>	<b>100,00</b>	<b>47.781.727,81</b>	<b>100,00</b>	<b>3.762.232,65</b>

181. Hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen im Vorjahresvergleich bei den einzelnen Bilanzpositionen verweisen wir auf die nachfolgenden Ausführungen.



## 7.2 Anlagevermögen

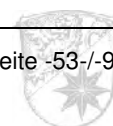
### 7.2.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	1.076,00	468,00	608,00
2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	614.897,00	552.385,00	62.512,00
<b>3</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>615.973,00</b>	<b>552.853,00</b>	<b>63.120,00</b>

182. Die Veränderung bei den geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüssen ergab sich im Wesentlichen aus den im Jahr 2018 geleisteten Investitionszuschüssen sowie aus den im Berichtsjahr aufgelaufenen Abschreibungen (18,0 TEUR). Unter anderem wurde ein Zuschuss für den Umbau des Klosters Flechtdorf in Höhe von 77,2 TEUR geleistet.

### 7.2.2 Sachanlagen

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	7.704.758,64	6.965.180,97	739.577,67
2	Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	8.350.671,00	8.531.452,00	-180.781,00
3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	19.585.764,32	20.415.071,71	-829.307,39
4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	19.803,00	24.179,00	-4.376,00
5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.877.804,73	1.926.307,73	-48.503,00
6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.523.188,37	6.316.661,24	2.206.527,13
<b>7</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>46.061.990,06</b>	<b>44.178.852,65</b>	<b>1.883.137,41</b>



183. Die Zugänge bei den Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten resultieren aus dem Kauf der Grundstücke des ehemaligen Sägewerks „Pack“, die die Gemeinde zum Preis von insgesamt 815,0 TEUR erworben hat. In dem Kaufpreis enthalten war auch ein Wohnhaus, das der Bilanzposition „Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken“ mit einem Wert von 206,4 TEUR zugeordnet wurde. Ansonsten wurde auf dieser Bilanzposition neben verschiedenen kleineren Zugängen lediglich die im Berichtsjahr angefallene Abschreibung verbucht.
184. Bei den Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen wurden Zugänge in Höhe von insgesamt 387,3 TEUR verbucht. Wesentliche Positionen sind die Straßen-, Wasser- und Kanalbaumaßnahme Dahlienweg, Neubau einer Stützmauer im Bachlauf in Wirmighausen und die Kanalerneuerung Aartalstraße in Flechtdorf (im Berichtsjahr wurden hier drei Haltungen aktiviert). Im Übrigen wurden die im Berichtsjahr aufgelaufenen Abschreibungen in Höhe von insgesamt 1.204,4 TEUR verbucht.
185. Der Bilanzausweis der Geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau erhöhte sich im Berichtsjahr um 2.206,5 TEUR. Unter dieser Bilanzposition werden am Bilanzstichtag begonnene aber noch nicht fertiggestellte Baumaßnahmen oder geleistete Anzahlungen auf noch nicht aktivierte Vermögenswerte ausgewiesen. Wesentliche Positionen sind die Straßen-, Kanal- und Wasserleitungs-erneuerung Aartalstraße (insgesamt 3.962,4 TEUR), Neubau der Touristeninformation und Naturerlebnisstation (2.383,7 TEUR) sowie die Neugestaltung der Uferpromenade am Diemelsee (1.060,7 TEUR).

### 7.2.3 Finanzanlagevermögen

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Anteile an verbundenen Unternehmen	24.750,00	24.750,00	0,00
2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00
3	Beteiligungen	1.375.164,29	1.370.164,29	5.000,00
4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
5	Wertpapiere des Anlagevermögens	62.815,34	57.118,39	5.696,95
6	Sonstige Ausleihungen (Sonstige Finanzanlagen)	472.412,66	738.611,89	-266.199,23
<b>7</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>1.935.142,29</b>	<b>2.190.644,57</b>	<b>-255.502,28</b>

186. Die Steigerung bei den Beteiligungen um 5,0 TEUR resultiert aus einer entsprechenden Erhöhung des Kommanditanteils an der Skyline Diemelsee GmbH & Co.KG.
187. Bei den Wertpapieren handelt es sich um die Versorgungsrücklage bei der Beamtenversorgungskasse Hessen. Da in der Bilanz lediglich die Anschaffungskosten (geleistete Einzahlungen) aufzuführen sind, wurde ein Betrag von 62,8 TEUR aktiviert, die Steigerung von 5,7 TEUR bildet die im Berichtsjahr geleistete Zahlung an die Kommunale Versorgungskasse ab.
188. Die Sonstigen Ausleihungen verringerten sich im Vorjahresvergleich um 266,2 TEUR. Ursächlich hierfür war u. a. die Erstattung der von der Gemeinde vorfinanzierten Kosten für die Deckenerneuerung der Kreisstraße 75. Seitens des Landkreises Waldeck-Frankenberg wurden Kosten in Höhe von 238,4 TEUR an die Gemeinde erstattet. Hierbei handelt es sich um einen haushaltsfremden Vorgang, der den durchlaufenden Forderungen zuzuordnen gewesen wäre. Der Restbetrag von 10,1 TEUR verblieb bei der Gemeinde, der nach wie vor unter den Ausleihungen bilanziert wird. Eine Ausbuchung dieses Betrages als außerordentlicher Aufwand soll im Jahresabschluss 2019 vorgenommen werden.



Weiterhin enthalten die Sonstigen Ausleihungen eine Ausleihung an EWF für die Übernahme des Schwimmbades Heringhausen, die in jährlichen Raten getilgt wird. Im Berichtsjahr wurde seitens EWF ein Betrag von 21,5 TEUR geleistet, sodass die Ausleihung am Bilanzstichtag noch mit 408,0 TEUR valutierte.

#### 7.2.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen (ab dem Haushaltsjahr 2012)	0,00	0,00	0,00
2	<b>Bilanzausweis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

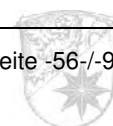
189. Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen waren im Berichtsjahr nicht auszuweisen.

### 7.3 Umlaufvermögen

#### 7.3.1 Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00	0,00
2	<b>Bilanzausweis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

190. Wie unter Tz. 6.6.2 bereits ausgeführt, hat die Gemeinde von ihrem Bilanzierungswahlrecht nach Nr. 18 der Hinweise zu § 49 GemHVO Gebrauch gemacht und Vorräte nicht aktiviert, da Werte über 10,0 TEUR pro Lager nicht vorhanden waren.





### 7.3.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Fertige u. unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	0,00	0,00	0,00
<b>2</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

191. Fertige oder unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren waren am Bilanzstichtag nicht vorhanden.

### 7.3.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitions- beiträgen	322.624,42	316.411,46	6.212,96
2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Umlagen	161.320,58	259.535,53	-98.214,95
3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.196,70	16.825,85	-3.629,15
4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie Sondervermögen	120.614,65	131.172,76	-10.558,11
5	Sonstige Vermögensgegenstände	313.050,97	89.307,29	223.743,68
<b>6</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>930.807,32</b>	<b>813.252,89</b>	<b>117.554,43</b>

192. Die Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sind im Vorjahresvergleich um 98,2 TEUR gesunken. Ursächlich hierfür sind in erster Linie geringere Forderungen aus Gewerbesteuer und Grundsteuer B, die sich auch in den entsprechenden Erträgen niederschlagen.



193. Die Sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 223,7 TEUR, was vor allem auf höhere debitorische Kreditoren, die unter den Forderungen auszuweisen sind, zurückzuführen ist. Im Wesentlichen handelt es sich um Überzahlungen der Gemeinde an das Kirchenkreisamt aus der Abrechnung der Kinderbetreuungskosten für das Jahr 2018.

194. Nach dem strengen Niederstwertprinzip sind spätestens bei den Jahresabschlussarbeiten zweifelhafte Forderungen im Wert zu berichtigen und uneinbringliche Forderungen sofort abzuschreiben (Nr. 12 der Hinweise zu § 30 GemHVO).

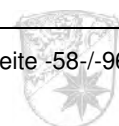
Zum Bilanzstichtag wurden daher folgende Wertberichtigungen als Korrekturposten zum Forderungsbestand gebildet:

Nr.	Bezeichnung	Stand am Ende des Berichtsjahres		Stand am Ende des Vorjahres	
		EUR	v. H.	EUR	v. H.
1	2	3	4	5	6
1	Forderungsbestand nominal	955.773,57	100,0	838.219,14	100,0
2	- Einzelwertberichtigung	0,00	0,0	0,00	0,0
3	- pauschale Einzelwertberichtigung	0,00	0,0	0,00	0,0
4	- Pauschalwertberichtigung	24.966,25	2,6	24.966,25	3,0
<b>5</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>930.807,32</b>	<b>97,4</b>	<b>813.252,89</b>	<b>97,0</b>

195. Bei den ausgewiesenen Pauschalwertberichtigungen handelt es sich nicht um pauschale Wertberichtigungen über den gesamten nach Abzug der Einzelwertberichtigung und der gesicherten Forderungen verbleibenden Forderungsbestand. Vielmehr wurde eine Wertberichtigung jeder Forderung entsprechend des Zeitpunktes ihrer Fälligkeit vorgenommen. Bei den als „Pauschalwertberichtigungen“ ausgewiesenen Werten handelt es sich um pauschale Einzelwertberichtigungen, die bilanziell unter den Einzelwertberichtigungen auszuweisen wären. Wir wiederholen insoweit unsere Feststellung aus dem Vorjahr. Außerdem wurden Wertberichtigungen von Mahngebühren und Säumniszuschlägen vorgenommen, die als nicht werthaltig anzusehen sind und ebenfalls als Einzelwertberichtigungen auszuweisen wären.

Wie aus der obigen Aufstellung ersichtlich ist, hat sich gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung der Wertberichtigungen ergeben, d. h. dass im Berichtsjahr eine Fortschreibung der bilanziellen Wertberichtigungen nicht vorgenommen wurde.

Zum Bilanzstichtag wurde seitens der Gemeinde jede Forderung einzeln auf ihre Werthaltigkeit hin geprüft. Forderungen, die als nicht werthaltig einzustufen waren, wurden niedergeschlagen und sind damit nicht mehr im Forderungsbestand enthalten.



### 7.3.4 Flüssige Mittel

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Flüssige Mittel	1.963.833,52	5.849,65	1.957.983,87
<b>2</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>1.963.833,52</b>	<b>5.849,65</b>	<b>1.957.983,87</b>

196. Der Bestand an flüssigen Mitteln stimmt mit dem Bestand nach der Finanzrechnung zum Jahresabschlussstichtag überein.

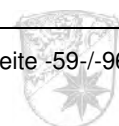
### 7.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	36.214,27	40.275,05	-4.060,78
<b>2</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>36.214,27</b>	<b>40.275,05</b>	<b>-4.060,78</b>

197. Bei dieser Bilanzposition werden die Beamtenbesoldung des Monats Januar 2019 sowie die Ansparraten für die Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds B ausgewiesen. Ebenfalls werden hier die vorab geleisteten Aufwendungen für die Mehrunterhaltung der Linksabbiegespur im Zuge der Kreisstraße Nr. 63 in der OD Heringhausen abgegrenzt.

### 7.5 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
<b>2</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>



## 7.6 Eigenkapital

198. Das bilanzielle Eigenkapital setzt sich aus der Nettoposition, den Rücklagen sowie der Ergebnisverwendung zusammen. Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Eigenkapital der Gemeinde in Höhe von insgesamt 18.471,0 TEUR, welches somit um 766,4 TEUR über dem Vorjahreswert lag. Die Veränderung des Eigenkapitals bildet das positive Ergebnis des Berichtsjahres ab.

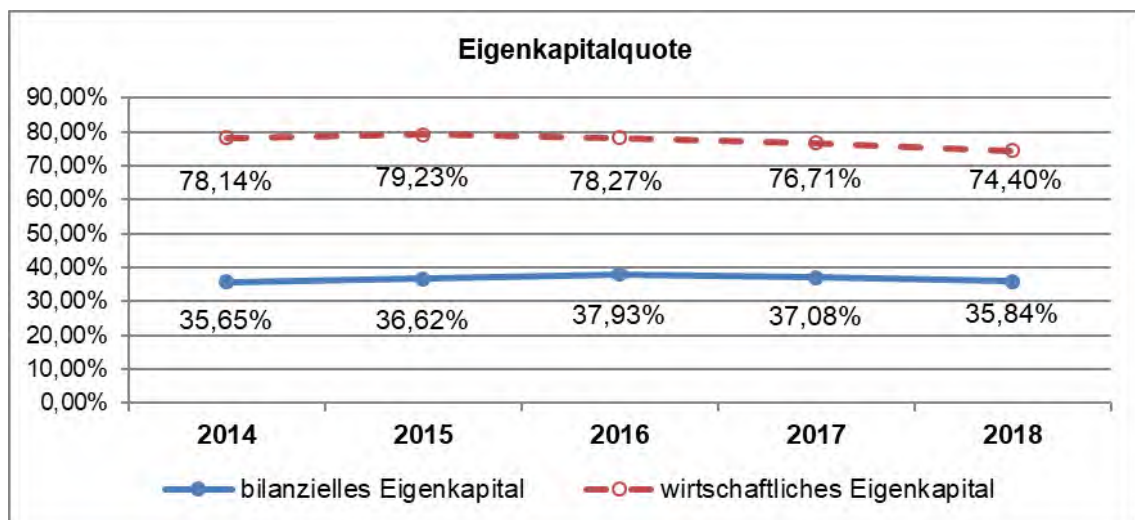
Die Eigenkapitalquote, d. h. das Verhältnis des bilanziellen Eigenkapitals zum Gesamtkapital („Eigenkapitalquote 1“) betrug zum Bilanzstichtag 35,84 % und verschlechterte sich im Vorjahresvergleich somit um 1,21 %.

199. Da die in der Bilanz ausgewiesenen Sonderposten Eigenkapitalcharakter besitzen und sehr häufig einen erheblichen Anteil am Gesamtkapital ausmachen, kann als weitere Kennzahl das sogenannte „Wirtschaftliche Eigenkapital“ („Eigenkapitalquote 2“) ermittelt werden. Dazu wird dem bilanziellen Eigenkapital der Wert der Sonderposten hinzuaddiert und der sich daraus ergebende Betrag in das Verhältnis zum Gesamtkapital gesetzt. Hierbei handelt es sich allerdings nicht um eine nach der GemHVO auszuweisende Bilanzposition, sondern einen bilanzanalytischen Wert.

Zum Bilanzstichtag ergab sich für die Gemeinde eine Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals in Höhe von 74,4 %. Dieser Wert lag um 2,25 % unter dem Vorjahreswert.

200. Die negative Entwicklung der Eigenkapitalquoten ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass dem positiven Jahresergebnis (766,4 TEUR) eine größere Steigerung der Bilanzsumme (rd. 3.762,2 TEUR) gegenüberstand.

201. Die Entwicklung der Eigenkapitalquoten ist der folgenden Darstellung zu entnehmen:



### 7.6.1 Netto-Position

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Netto-Position	16.713.251,02	16.713.251,02	0,00
<b>2</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>16.713.251,02</b>	<b>16.713.251,02</b>	<b>0,00</b>

202. Die Netto-Position hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.

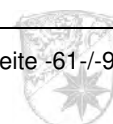
### 7.6.2 Rücklagen und Sonderrücklagen

203. Bei den Rücklagen handelt es sich bilanztechnisch um Bestandteile des Eigenkapitals (§ 58 Nr. 28 GemHVO).

Der Bilanzausweis der Rücklagen entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	1.114.560,54	861.811,13	252.749,41
2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	643.181,78	129.525,24	513.656,54
3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	0,00
4	Sonderrücklagen	0,00	0,00	0,00
5	- davon Stiftungskapital	0,00	0,00	0,00
6	- davon Sonstige Sonderrücklagen	0,00	0,00	0,00
<b>7</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>1.757.742,32</b>	<b>991.336,37</b>	<b>766.405,95</b>

204. Die ausgewiesenen Veränderungen bei den Rücklagen bilden die jeweiligen Überschüsse des ordentlichen (252,7 TEUR) bzw. des außerordentlichen Ergebnisses (513,7 TEUR) ab.



### 7.6.3 Ergebnisverwendung

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00
2	Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00
3	Ordentlicher Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
4	Außerordentlicher Jahresüber- schuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
<b>5</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

205. Mit den Jahresabschlussbuchungen wurde der ordentliche Überschuss des Berichtsjahres in Höhe von 252,7 TEUR der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und der außerordentliche Überschuss in Höhe von 513,7 TEUR der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Die Posten der Ergebnisverwendung in der Vermögensrechnung waren daher mit 0,00 EUR auszuweisen.
206. Diese Vorgehensweise ist zwangsläufige Folge der seit dem 27.12.2011 geänderten rechtlichen Vorgaben und bedarf insoweit keines entsprechenden Ergebnisverwendungsbeschlusses.  
Die Posten des Jahresergebnisses (ordentlich / außerordentlich) weisen daher in der Vermögensrechnung nicht mehr das jeweilige Jahresergebnis, sondern den nach der Rücklagenverrechnung verbleibenden Betrag, ggf. auch „Null“, aus.  
Wir empfehlen in Anlehnung an die handelsrechtlichen Bestimmungen eine „Verlängerung“ der Ergebnisrechnung um die Darstellung der jeweiligen Ergebnisverwendung, so dass die Überleitung der Jahresergebnisse aus der Ergebnisrechnung in die Vermögensrechnung nachvollziehbar ist (vgl. auch Kröckel in Gemeindehaushaltsrecht Hessen, zu § 46 GemHVO).

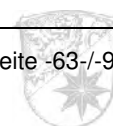


## 7.7 Sonderposten

### 7.7.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	14.757.885,99	13.807.515,05	950.370,94
2	Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	470.811,95	482.432,95	-11.621,00
3	Investitionsbeiträge	4.647.527,14	4.630.726,22	16.800,92
4	Sonderposten für den Gebührenausgleich	140.150,08	41.214,83	98.935,25
5	Sonderposten für Umlagen nach § 50 (3) FAG	0,00	0,00	0,00
<b>6</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>20.016.375,16</b>	<b>18.961.889,05</b>	<b>1.054.486,11</b>

207. Die Sonderposten aus Zuweisungen vom öffentlichen Bereich erhöhten sich im Berichtsjahr um 950,4 TEUR. Als wesentliche Zugänge sind hier Zuweisungen vom Land Hessen und vom Landkreis Waldeck-Frankenberg für die Neugestaltung der Uferpromenade Diemelsee (insgesamt 1.340,3 TEUR) sowie die Erneuerung der Gehwege an der Aartalstraße in Flechtdorf (100,0 TEUR) zu nennen. Gemindert wurden die ausgewiesenen Sonderposten durch die ertragswirksame Auflösung der bestehenden Sonderposten.
208. Die Sonderposten für den Gebührenaussgleich erhöhten sich im Berichtsjahr um 98,9 TEUR. Es handelt sich um den erwirtschafteten Überschuss aus dem Teilhaushalt „Wasserversorgung“, der dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt wurde.  
Im Rahmen der Arbeitstagung der Leiter/innen der hessischen Rechnungsprüfungsämter am 22. / 23.10.2019 wurde durch die Vertreter des HMdluS darauf hingewiesen, dass die Ermittlung eines in den Sonderposten für den Gebührenaussgleich einzustellenden bzw. zu entnehmenden Unterschiedsbetrages ausschließlich nach den gebührenrechtlichen Vorschriften des KAG zu erfolgen hat.



209. Verrechnungen mit dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich kommen daher künftig nur in Betracht, wenn eine entsprechende Gebührenerrechnung im Sinne des KAG zum jeweiligen Bilanzstichtag einen zu verrechnenden Überschuss bzw. Fehlbetrag ausweist. Sollte zum jeweiligen Bilanzstichtag keine Gebührenerrechnung vorliegen, insbesondere, weil der Kalkulationszeitraum über den Bilanzstichtag hinaus andauert, so ist zumindest eine nach den gebührenrechtlichen Grundsätzen erstellte Nachberechnung zum Nachweis der Verrechnung mit dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich vorzulegen.
210. Für die kostenrechnenden Einrichtungen werden bei der Gemeinde Diemelsee Gebührenermittlungen durchgeführt. Kalkulationszeiträume wurden nicht definiert, die Gebührenerhebung erfolgt durch eine jährliche Berechnung unter Berücksichtigung des im Vorjahr erzielten Gebührenaufkommens.

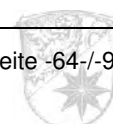
Wir weisen darauf hin, dass nach § 10 KAG für die Erhebung von Benutzungsgebühren durch die Kommunen ein maximal fünfjähriger Kalkulationszeitraum zu definieren ist. Weiterhin haben Kommunen eine Gebührenerrechnung vor dem Kalkulationszeitraum zu erstellen.

211. Dies ist bei der Erstellung künftiger Jahresabschlüsse entsprechend zu berücksichtigen.

### 7.7.2 Sonstige Sonderposten

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Sonstige Sonderposten	0,00	0,00	0,00
<b>2</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

212. Weitere Sonderposten wurden nicht bilanziert.





## 7.8 Rückstellungen

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und ähnliche Verpflichtungen	2.155.031,00	2.081.760,00	73.271,00
2	Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für Verpflichtungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	379.886,80	155.480,81	224.405,99
3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00
4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00
5	Sonstige Rückstellungen	418.469,79	607.607,03	-189.137,24
<b>6</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>2.953.387,59</b>	<b>2.844.847,84</b>	<b>108.539,75</b>

213. Über die Höhe der Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen liegt ein Gutachten der Kommunalen Versorgungskasse Kurhessen-Waldeck (KVK) vor.

Rückstellungen für beamtenrechtliche Pensionsverpflichtungen sind zum Barwert der erworbenen Versorgungsansprüche nach dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung eines Rechenzinsfußes von 6 v. H. anzusetzen. Ist dieser Rechenzinsfuß höher als der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Abzinsungssatz nach § 253 Abs. 2 HGB, sind die sich daraus ergebenden höheren Rückstellungswerte im Anhang anzugeben (vgl. Hinweis Nr. 4 zu § 39 GemHVO). Demnach müssten die o. a. Pensionsrückstellungen eigentlich um 588,2 TEUR höher ausgewiesen werden.

214. Die Rückstellungen für den Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse erhöhten sich im Berichtsjahr um 224,4 TEUR. Diese Rückstellungen sollen nur dann gebildet werden, wenn ungewöhnlich hohe Steuererträge des laufenden Jahres aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs in folgenden Jahren zu ungewöhnlich hohen Umlagezahlungen führen. Hieraus erwächst die Notwendigkeit, zunächst festzulegen, wann „ungewöhnlich hohe Steuererträge“ vorliegen. Insoweit muss die Gemeinde eine Art Wesentlichkeitsschwelle festlegen, ab der „ungewöhnlich hohe“ Steuererträge gegeben sein sollen.



Dazu ist es erforderlich, die Ertragsentwicklung der einschlägigen Steuerarten in den zurückliegenden Jahren zu betrachten. „Ungewöhnlich hohe“ Steuereinnahmen können nach herrschender Auffassung bei Abweichungen von mehr als 10% der Steuereinnahmen von einem gleitenden Durchschnittswert der zurückliegenden Jahre angenommen werden. Die Wesentlichkeitsschwelle wurde seitens der Gemeinde auf 10% festgelegt.

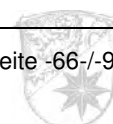
215. Die Sonstigen Rückstellungen reduzierten sich im Vorjahresvergleich um 189,1 TEUR. Im Vorjahr wurden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung der Tiefbrunnen Detmeke und Bontkirchen in Höhe von insgesamt 119,0 TEUR ausgewiesen, die im Berichtsjahr in Anspruch genommen bzw. ertragswirksam aufgelöst wurden. Weiterhin verringerte sich die Rückstellung für die Betriebsführungskosten des Schwimmbades Heringhausen um 43,3 TEUR.
216. Im Zusammenhang mit der Bildung der o. a. Rückstellungen ist darauf hinzuweisen, dass zu den erwarteten Fälligkeiten der gegenwärtig noch ungewissen Verbindlichkeiten ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen müssen, um diese Zahlungsverpflichtungen auch bedienen zu können.

## 7.9 Verbindlichkeiten

### 7.9.1 Anleihen

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00	0,00	0,00
<b>2</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

217. Verbindlichkeiten aus Anleihen werden bei der Gemeinde Diemelsee im Berichtsjahr nicht bilanziert.

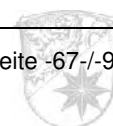


## 7.9.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.788.076,25	4.202.622,41	3.585.453,84
2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	232.155,94	302.381,78	-70.225,84
3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00	0,00	0,00
<b>4</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>8.020.232,19</b>	<b>4.505.004,19</b>	<b>3.515.228,00</b>

218. Im Berichtsjahr erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um insgesamt 3.585,5 TEUR. Neben der geleisteten planmäßigen Tilgung bereits bestehender Darlehen wurde ein weiteres Investitionsdarlehen in Höhe von 4.000,0 TEUR bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg aufgenommen.

Die Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern zum Vorjahr bildet hauptsächlich die Tilgung von Darlehen bei der Waldeckischen Domanialverwaltung (- 60,0 TEUR).



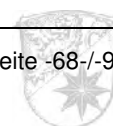
### 7.9.3 Weitere Verbindlichkeiten

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung (ab dem Haushaltsjahr 2012)	0,00	2.221.010,46	-2.221.010,46
2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	8.411,76	8.162,95	248,81
3	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträge	58.941,84	126.248,88	-67.307,04
4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.210.613,15	566.452,39	644.160,76
5	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	41.976,96	10.687,57	31.289,39
6	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
7	Sonstige Verbindlichkeiten	346.298,87	387.577,79	-41.278,92
<b>8</b>	<b>Bilanzausweis</b>	<b>1.666.242,58</b>	<b>3.320.140,04</b>	<b>-1.653.897,46</b>

219. Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung verminderten sich im Vorjahresvergleich um 2.221,0 TEUR. Es erfolgte ein Ausgleich dieser Verbindlichkeiten zum Jahresende, sodass keine weiteren Liquiditätskredite zu bilanzieren waren.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass im Berichtsjahr ein Zufluss von liquiden Mitteln aus der überhöhten Aufnahme von langfristigen Investitionskrediten in Höhe von 1.958,0 TEUR zu verzeichnen war (vgl. Tz. 5.3.3.3).

220. Weiterhin veränderten sich die Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträge um - 67,3 TEUR aufgrund geringerer Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber Zweckverbänden. Im Berichtsjahr wird hier insbesondere der noch nicht ausgezahlte Zuschuss für den AST-Verkehr ausgewiesen (37,5 TEUR).



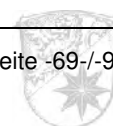
221. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung erhöhten sich im Vorjahresvergleich um insgesamt 644,2 TEUR. Bei dem unter dieser Bilanzposition ausgewiesenen Betrag handelt es sich um eine Vielzahl von kleineren Beträgen, die sich über nahezu alle Teilhaushalte erstrecken.

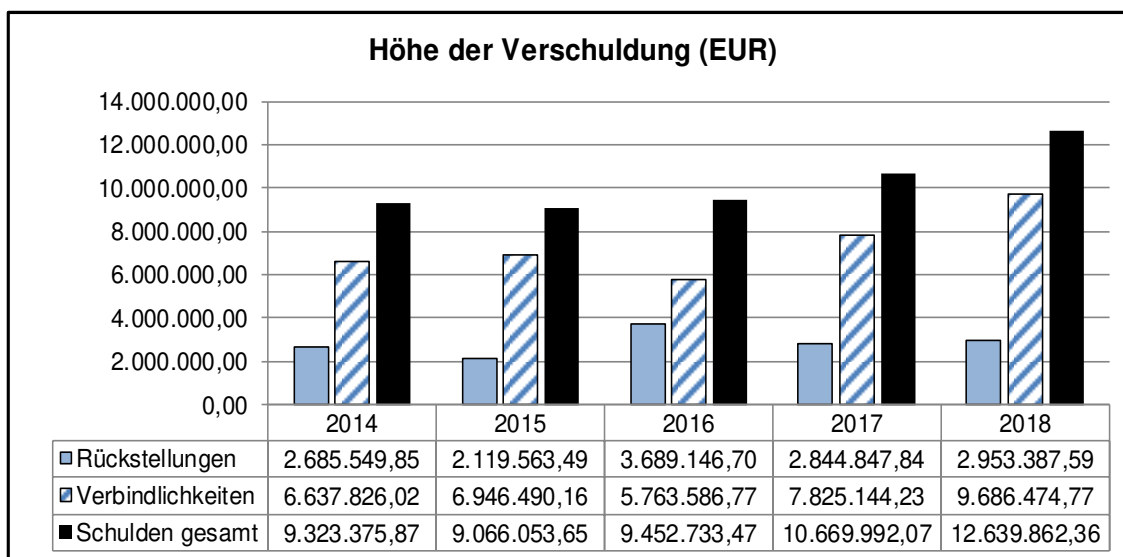
### 7.10 Entwicklung der Schulden

222. „Schulden“ sind sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten, einschließlich der Kassenkredite und Rückstellungen (§ 58 Nr. 30 GemHVO). Addiert man die unter Tz. 7.8 aufgeführten Rückstellungen sowie die unter Tz. 7.9 ausgewiesenen Verbindlichkeiten, so ergibt sich zum Bilanzstichtag die nachfolgend dargestellte Verschuldung der Gemeinde:

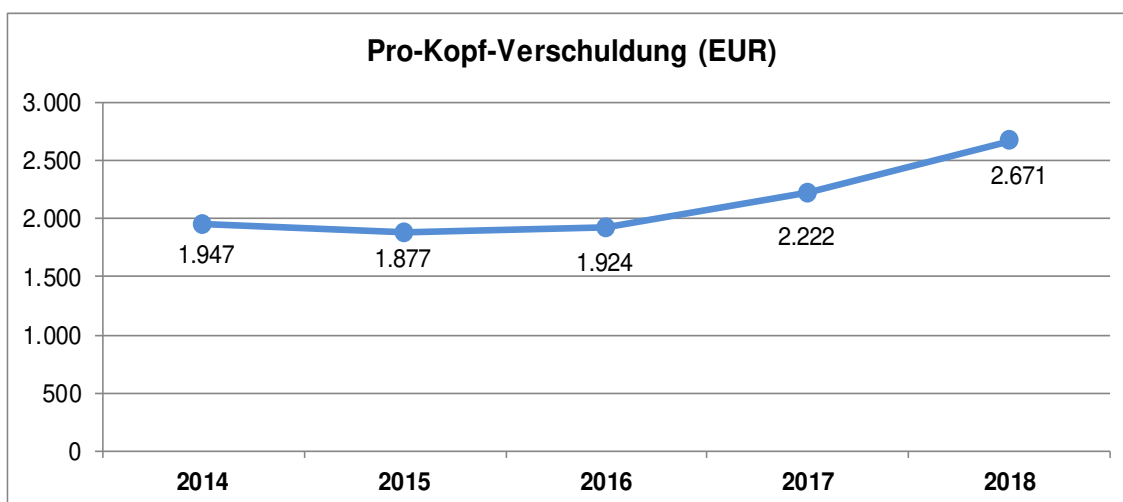
Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichtsjahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Rückstellungen	2.953.387,59	2.844.847,84	108.539,75
2	Verbindlichkeiten	9.686.474,77	7.825.144,23	1.861.330,54
<b>3</b>	<b>Gesamt</b>	<b>12.639.862,36</b>	<b>10.669.992,07</b>	<b>1.969.870,29</b>

223. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um insgesamt 1.861,3 TEUR, ursächlich hierfür war insbesondere die Aufnahme eines Kredites bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (4.000,0 TEUR) sowie die Rückzahlung von zuvor bestehenden Liquiditätskrediten (2.221,0 TEUR).
224. Die Entwicklung der Verschuldung ist der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen:



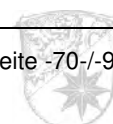


225. Die Pro-Kopf-Verschuldung entwickelte sich wie folgt:



## 7.11 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Nr.	Bezeichnung	Stand Ende Berichts-jahr	Stand Ende Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	416.729,60	445.259,30	-28.529,70
2	<b>Bilanzausweis</b>	<b>416.729,60</b>	<b>445.259,30</b>	<b>-28.529,70</b>



226. Bei dieser Bilanzposition werden im Wesentlichen Grabnutzungsgebühren ausgewiesen. Die Grabnutzungsgebühr wird von der Gemeinde im Voraus für den gesamten Zeitraum der Nutzung eines Grabes erhoben. Daher ist das durch die Bürger entrichtete Entgelt bilanziell abzugrenzen, indem es ratierlich auf die Nutzungsdauer zu verteilen und aufzulösen ist. Zur Bewertung der Grabnutzungsgebühren legte die Gemeinde 30 Jahre als Nutzungsdauer zugrunde. Die Nutzungsdauer orientiert sich dabei an dem Nutzungsrecht gemäß § 10 Absatz 4 der Friedhofsordnung der Gemeinde.

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich u. a. aus der Differenz zwischen den vereinnahmten Grabnutzungsgebühren des Berichtsjahres sowie der ertragswirksamen Auflösung der Grabnutzungsgebühren aus Vorjahren.

227. Weiterhin wurden von Hessen Mobil Kostenbeiträge zu den Kosten einer Mischwasserkanalisation im Zuge der Erneuerung der L3078 (Arolser Straße Adorf) in Höhe von 156,00 €/lfd. m sowie der L3076 (Aartalstraße Flechtdorf) in Höhe von 175 €/lfd. m zu entwässernder Straßenlänge gezahlt. Der vom Land Hessen geleistete Kostenbeitrag versteht sich als Ablösung der Mehrunterhaltungskosten der Gemeinde Diemelsee. Der Gesamtbetrag wird analog der Nutzungsdauer der jeweiligen Straße (30 Jahre) aufgelöst.
228. Außerdem wurden die Erträge aus den Getränkelieferungsverträgen für die Dorfgemeinschaftshäuser und dem Kiosk Strandbad als Rechnungsabgrenzungsposten passiviert. Die Vertragslaufzeiten erstrecken sich in der Regel über einen Zeitraum von 10 Jahren. Für die Verpflichtung, einen bestimmten Lieferanten an die jeweilige Einrichtung zu binden, zahlen die Getränkelieferanten einen einmaligen Geldbetrag. Diese erhaltenen Beträge werden durch die passive Rechnungsabgrenzung periodengerecht abgegrenzt.

## 8 Feststellungen zur Ergebnisrechnung

### 8.1 Gesamtdarstellung der Ertragslage

229. Der Ergebnishaushalt des Berichtsjahres wies einen geplanten Jahresüberschuss in Höhe von 32,2 TEUR aus. Demgegenüber führte der Haushaltsvollzug zu einem Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung von 766,4 TEUR und somit zu einer Ergebnisverbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung um 734,2 TEUR.

230. Das Jahresergebnis setzt sich auf folgenden Teilbeträgen zusammen:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verwaltungsergebnis (+/-)	307.078,41	-54.950,07	362.028,48
2	+ Finanzergebnis (+/-)	-54.329,00	-29.220,38	-25.108,62
<b>3</b>	<b>= Ordentliches Ergebnis (+/-)</b>	<b>252.749,41</b>	<b>-84.170,45</b>	<b>336.919,86</b>
4	+ Außerordentliches Ergebnis (+/-)	513.656,54	87.539,01	426.117,53
<b>5</b>	<b>= Jahresergebnis (+/-)</b>	<b>766.405,95</b>	<b>3.368,56</b>	<b>763.037,39</b>
6	- Rücklagenzuführungen	766.405,95	87.539,01	<b>678.866,94</b>
7	+ Rücklagenentnahmen	0,00	84.170,45	<b>-84.170,45</b>
<b>8</b>	<b>= Bilanzergebnis (+/-)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

231. Die Posten des Jahresergebnisses (ordentlich / außerordentlich) weisen in der Vermögensrechnung nicht mehr das jeweilige Jahresergebnis aus, da die im Berichtsjahr erwirtschafteten Überschüsse gem. § 46 Abs. 3 GemHVO den entsprechenden Rücklagen zugeführt wurden.

232. Wir empfehlen in Anlehnung an die handelsrechtlichen Bestimmungen eine „Verlängerung“ der Ergebnisrechnung um die Darstellung der jeweiligen Ergebnisverwendung (vgl. oben), so dass die Überleitung der Jahresergebnisse aus der Ergebnisrechnung in die Vermögensrechnung nachvollziehbar ist.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Kröckel in Gemeindehaushaltsrecht Hessen, zu § 46 GemHVO

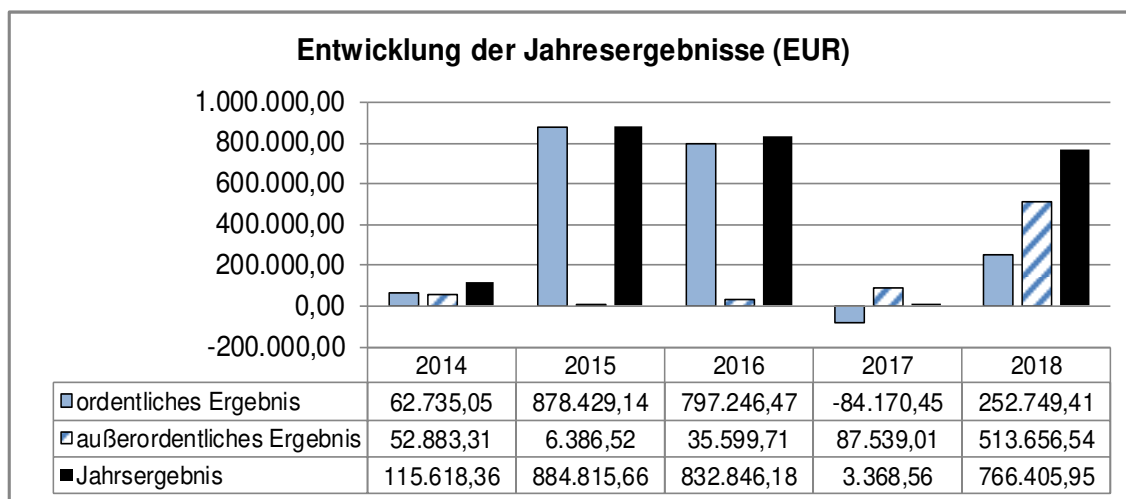




233. Hinsichtlich der Veränderungen im Vorjahresvergleich bei den einzelnen Positionen verweisen wir auf die nachfolgenden Ausführungen.

## 8.2 Entwicklung der Jahresergebnisse

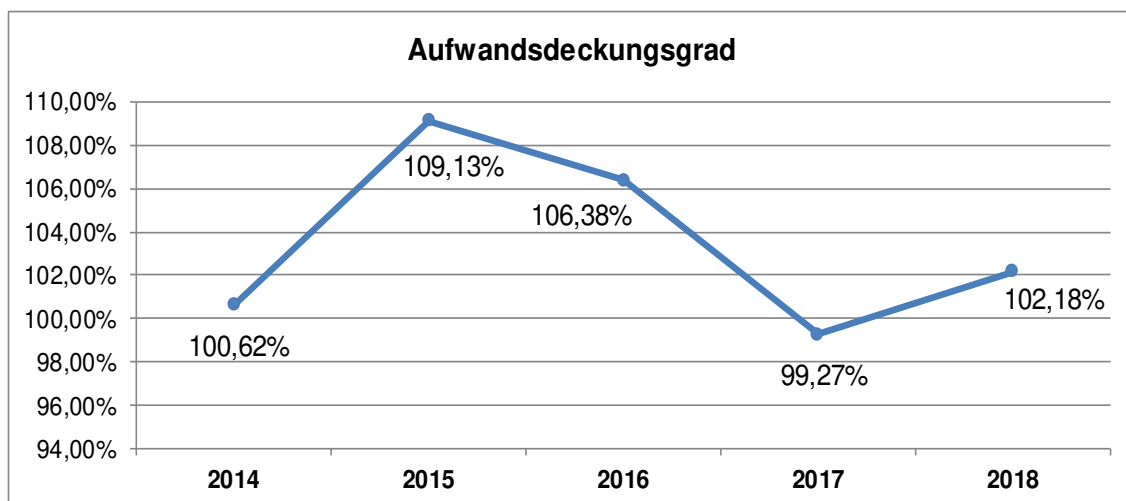
234. Die Entwicklung der Jahresergebnisse ist der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen:



## 8.3 Aufwandsdeckungsgrad

235. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die Aufwendungen durch Erträge (ohne außerordentliche Aufwendungen und Erträge) gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.
236. Die Entwicklung dieser Kennzahl ist aus der nachfolgenden Darstellung ersichtlich:





## 8.4 Verwaltungsergebnis

### 8.4.1 Ordentliche Erträge

237. Die ordentlichen Erträge setzen sich aus folgenden Einzelpositionen zusammen:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	369.997,81	379.959,43	-9.961,62
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.392.838,72	2.418.774,50	-25.935,78
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	756.010,23	877.276,62	-121.266,39
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
5	Steuern, steuerähnliche Erträge, Erträge aus Umlagen	4.637.682,15	4.199.134,22	438.547,93
6	Erträge aus Transferleistungen	142.103,99	139.934,53	2.169,46
7	Erträge aus Zuweisungen, und Zuschüssen, allgemeine Umlagen	2.318.149,65	755.677,42	1.562.472,23
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	939.215,95	1.112.668,49	-173.452,54
9	Sonstige ordentliche Erträge	151.893,48	1.492.544,07	-1.340.650,59
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>11.707.891,98</b>	<b>11.375.969,28</b>	<b>331.922,70</b>



238. Die Erträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen verminderten sich um 121,3 TEUR. Dies resultiert vor allem aus geringeren Kostenerstattungen seitens des Landkreises für die Unterbringung von Asylbewerbern.
239. Der Anstieg der Erträge aus Steuern und steuerähnliche Erträge um 438,6 TEUR ist insbesondere auf gestiegene Einnahmen aus der Gewerbesteuer (145,1 TEUR) sowie des Gemeindeanteils der Einkommensteuer (219,0 TEUR) zurückzuführen.
240. Ebenfalls stiegen die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, allgemeine Umlagen um 1.562,5 TEUR, was durch höhere Schlüsselzuweisungen (1.461,5 TEUR) bedingt war.
241. Im Berichtsjahr wurde keine Entnahmen aus den Sonderposten für den Gebührenaussgleich vorgenommen, wodurch es im Vorjahresvergleich zu geringeren Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (173,5 TEUR) kam.
242. Auch die sonstigen ordentlichen Erträge verringerten sich im Berichtsjahr um 1.340,7 TEUR. Im Vorjahr erfolgte die ertragswirksame Auflösung einer gebildeten Rückstellung für den Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (1.296,2 TEUR). Im Berichtsjahr war eine Zuführung zu dieser Rückstellung erforderlich, sodass hier keine Erträge entstanden sind.

#### **8.4.2 Ordentliche Aufwendungen**

243. Die ordentlichen Aufwendungen wiesen zum jeweiligen Jahresende folgenden Stand aus:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Personalaufwendungen	1.429.278,22	1.292.665,22	136.613,00
2	Versorgungsaufwendungen	295.843,67	299.379,19	-3.535,52
3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.888.335,66	3.229.849,01	-341.513,35
4	Abschreibungen	1.880.767,98	1.911.694,80	-30.926,82
5	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	1.553.132,53	1.360.007,10	193.125,43
6	Steueraufwendungen, gesetzl. Umlageverpflichtungen	3.344.886,64	3.274.230,26	70.656,38
7	Transferaufwendungen	0,00	13.392,08	-13.392,08
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.568,87	49.701,69	-41.132,82
<b>9</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>11.400.813,57</b>	<b>11.430.919,35</b>	<b>-30.105,78</b>

244. Im Berichtsjahr verringerten sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 341,5 TEUR. Ursächlich hierfür waren insbesondere geringere Instandhaltungsaufwendungen sowie Aufwendungen für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen (insgesamt: -311,7 TEUR).

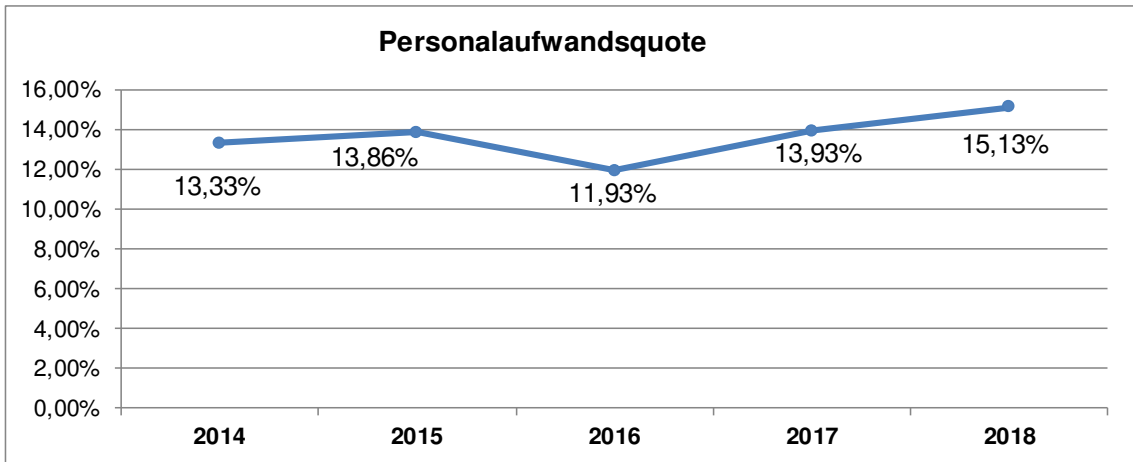
245. Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse stiegen um 193,1 TEUR im Vorjahresvergleich an, was insbesondere mit erhöhten Zuweisungen an die Kindergärten Adorf, Heringhausen und Vasbeck zu erklären ist.

### 8.4.3 Personalaufwandsquote

246. Die Kennzahl „Personalaufwandsquote“ gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

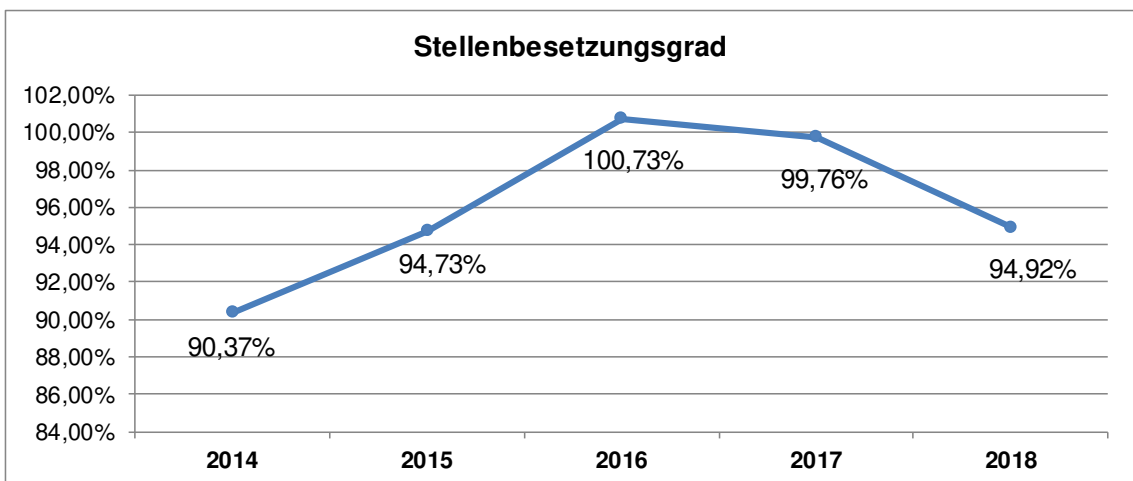
247. Im Berichtsjahr lag die Personalaufwandsquote bei 15,13 %. Die Entwicklung dieser Kennzahl ist in der nachfolgenden Grafik dargestellt:





#### 8.4.4 Stellenbesetzungsgrad

248. Die unter den ordentlichen Aufwendungen ausgewiesenen Personalaufwendungen werden ganz maßgeblich von der Anzahl der im Berichtsjahr tatsächlich besetzten Personalplanstellen bestimmt.
249. Der Stellenbesetzungsgrad gibt zum Stichtag 30.06 des jeweiligen Jahres an, in welchem Umfang die nach dem Stellenplan verfügbaren Personalplanstellen auch tatsächlich besetzt waren.
250. Im Berichtsjahr betrug der Stellenbesetzungsgrad 94,92 %. Die Entwicklung dieser Kennzahl ist der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen:



#### 8.5 Finanzergebnis

251. Das Finanzergebnis setzt sich aus den Finanzerträgen sowie den Zinsen und anderen Finanzaufwendungen zusammen:



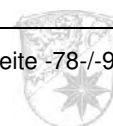
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Finanzerträge	135.204,29	108.972,26	26.232,03
2	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	189.533,29	138.192,64	51.340,65
<b>3</b>	<b>Gesamt</b>	<b>-54.329,00</b>	<b>-29.220,38</b>	<b>-25.108,62</b>

252. Die Finanzerträge setzen sich im Berichtsjahr insbesondere aus den Erträgen aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (57,4 TEUR) und den Erträgen aus der Verzinsung von Steuernachforderungen und -erstattungen (50,0 TEUR) zusammen.  
Den Großteil der Zinsaufwendungen machten die Bankzinsen (155,8 TEUR) des Haushaltsjahres aus.

## 8.6 Außerordentliches Ergebnis

253. Im außerordentlichen Ergebnis sind Aufwendungen und Erträge nachzuweisen, die
- im Einzelfall erheblich sind und wirtschaftlich andere Haushaltsjahre betreffen oder selten oder unregelmäßig anfallen bzw.
  - aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, die den Restbuchwert übersteigen bzw. unterschreiten, resultieren (§ 58 Nr. 5 GemHVO).
254. Das außerordentliche Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Außerordentliche Erträge	614.978,44	118.710,90	496.267,54
2	Außerordentliche Aufwendungen	101.321,90	31.171,89	70.150,01
<b>3</b>	<b>Gesamt</b>	<b>513.656,54</b>	<b>87.539,01</b>	<b>426.117,53</b>



255. Das außerordentliche Ergebnis erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 426,1 TEUR. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr Grundstücke an die Feriendorf Diemelsee GmbH zu einem Kaufpreis von 437,0 TEUR veräußert wurden. Der Verkaufspreis lag um 429,6 TEUR über dem Buchwert der Grundstücke, dieser Betrag stellt einen außerordentlichen Ertrag dar. Demgegenüber erfolgten in erster Linie periodenfremde Aufwendungen für die Begleichung der Aufwendungen aus der Betriebsführung des Schwimmbades für das Jahr 2017 in Höhe von 87,9 TEUR.

## **8.7 Kostenrechnende Einrichtungen**

256. Kommunale Einrichtungen, für deren Nutzung Gebühren nach den Regelungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erhoben werden, werden auch als „kostenrechnende Einrichtungen“ bezeichnet.

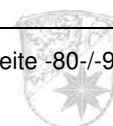
### **8.7.1 Kostenrechnende Einrichtungen nach KAG**

257. Die Gebührensätze der kostenrechnenden Einrichtungen nach KAG sind in der Regel so zu bemessen, dass die Kosten der Einrichtung gedeckt werden (§ 10 Abs. 1 KAG). Kostenüberdeckungen, die sich am Ende des Kalkulationszeitraumes ergeben, sind innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen, Kostenunterdeckungen sollen in diesem Zeitraum ausgeglichen werden (§ 10 Abs. 2 KAG).
258. Übersteigen in einem Haushaltsjahr die Benutzungsgebühren, die von der Gemeinde für die Benutzung einer öffentlichen Einrichtung nach § 10 KAG erhoben werden, die Kosten dieser Einrichtung, ist der Unterschiedsbetrag in der Schlussbilanz dieses Haushaltsjahres auf der Passivseite als Sonderposten für den Gebührenaussgleich anzusetzen (§ 41 Abs. 7 GemHVO). Ein bilanzieller Ausweis von Kostenunterdeckungen ist nach der aktuellen Rechtslage nicht vorgesehen.
259. Im Haushalt der Gemeinde werden folgende kostenrechnende Einrichtungen nach KAG geführt:

#### **8.7.1.1 Kostenrechnende Einrichtung Wasserversorgung**

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verwaltungsergebnis (+/-) (ohne Veränderung Sonderposten)	253.447,48	156.264,58	97.182,90
2	+ Finanzergebnis (+/-)	-13.432,90	-11.002,27	-2.430,63
3	+ Außerordentliches Ergebnis (+/-)	96.858,65	922,23	95.936,42
4	<b>= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>336.873,23</b>	<b>146.184,54</b>	<b>190.688,69</b>
5	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
6	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	237.937,98	292.497,72	-54.559,74
7	<b>= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>98.935,25</b>	<b>-146.313,18</b>	<b>245.248,43</b>
8	- Sonderposten- zuführung	98.935,25	0,00	98.935,25
9	+ Sonderposten- entnahme	0,00	146.313,18	-146.313,18
10	<b>= Bilanzergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

260. Die kostenrechnende Einrichtung Wasserversorgung schloss mit einem Überschuss in Höhe von 98,9 TEUR, der dem bestehenden Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt wurde. Das Jahresergebnis der kostenrechnenden Einrichtung war somit ausgeglichen.

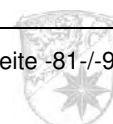




### 8.7.1.2 Kostenrechnende Einrichtung Abwasserbeseitigung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verwaltungsergebnis (+/-) (ohne Veränderung der Sonderposten)	182.386,47	44.375,74	138.010,73
2	+ Finanzergebnis (+/-)	-36.857,47	-30.799,05	-6.058,42
3	+ Außerordentliches Ergebnis (+/-)	-13.593,05	-1.878,93	-11.714,12
<b>4</b>	<b>= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>131.935,95</b>	<b>11.697,76</b>	<b>120.238,19</b>
5	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	129.315,00	129.315,00	0,00
6	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	274.600,47	302.537,93	-27.937,46
<b>7</b>	<b>= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-13.349,52</b>	<b>-161.525,17</b>	<b>148.175,65</b>
8	- Sonderposten- zuführung	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonderposten- entnahme	0,00	17.197,89	-17.197,89
<b>10</b>	<b>= Bilanzergebnis</b>	<b>-13.349,52</b>	<b>-144.327,28</b>	<b>130.977,76</b>

261. Bei der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung ergab sich ein Fehlbetrag in Höhe von 13,3 TEUR. Die Deckung des Fehlbetrages erfolgt durch die allgemeinen Haushaltsmittel, da der Sonderposten durch den Fehlbetrag im Vorjahr bereits aufgelöst wurde.



### 8.7.1.3 Kostenrechnende Einrichtung Abfallentsorgung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verwaltungsergebnis (+/-) (ohne Veränderung der Sonderposten)	39.340,01	20.796,92	18.543,09
2	+ Finanzergebnis (+/-)	0,00	0,00	0,00
3	+ Außerordentliches Ergebnis (+/-)	621,90	-3.187,51	3.809,41
<b>4</b>	<b>= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>39.961,91</b>	<b>17.609,41</b>	<b>22.352,50</b>
5	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
6	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.871,19	34.528,03	7.343,16
<b>7</b>	<b>= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-1.909,28</b>	<b>-16.918,62</b>	<b>15.009,34</b>
8	- Sonderposten- zuführung	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonderposten- entnahme	0,00	10.860,82	-10.860,82
<b>10</b>	<b>= Bilanzergebnis</b>	<b>-1.909,28</b>	<b>-6.057,80</b>	<b>4.148,52</b>

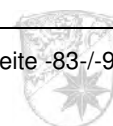
262. Die kostenrechnende Einrichtung Abfallentsorgung schloss mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1,9 TEUR. Die Deckung des Fehlbetrages erfolgt durch die allgemeinen Haushaltsmittel.



### 8.7.1.4 Kostenrechnende Einrichtung Friedhofs- und Bestattungswesen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verwaltungsergebnis (+/-) (ohne Veränderung der Sonderposten)	-68.936,30	-73.709,95	4.773,65
2	+ Finanzergebnis (+/-)	0,00	0,00	0,00
3	+ Außerordentliches Ergebnis (+/-)	0,00	0,00	0,00
<b>4</b>	<b>= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-68.936,30</b>	<b>-73.709,95</b>	<b>4.773,65</b>
5	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
6	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.002,40	27.583,12	-4.580,72
<b>7</b>	<b>= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-91.938,70</b>	<b>-101.293,07</b>	<b>9.354,37</b>
8	- Sonderpostenzuführung	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonderpostenentnahme	0,00	0,00	0,00
<b>10</b>	<b>= Bilanzergebnis</b>	<b>-91.938,70</b>	<b>-101.293,07</b>	<b>9.354,37</b>

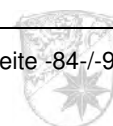
263. Die kostenrechnende Einrichtung Friedhof- und Bestattungswesen schließt mit einem Defizit von 91,9 TEUR. Die Deckung des Fehlbetrages erfolgt aus den allgemeinen Haushaltsmitteln.



### 8.7.1.5 Kostenrechnende Einrichtung Kindertagesstätten

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verwaltungsergebnis (+/-) (ohne Veränderung der Sonderposten)	-832.990,32	-794.537,42	-38.452,90
2	+ Finanzergebnis (+/-)	-2.641,67	-2.641,67	0,00
3	+ Außerordentliches Ergebnis (+/-)	0,00	-8.233,65	8.233,65
<b>4</b>	<b>= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-835.631,99</b>	<b>-805.412,74</b>	<b>-30.219,25</b>
5	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
6	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	65.192,86	56.832,82	8.360,04
<b>7</b>	<b>= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-900.824,85</b>	<b>-862.245,56</b>	<b>-38.579,29</b>
8	- Sonderpostenzuführung	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonderpostenentnahme	0,00	0,00	0,00
<b>10</b>	<b>= Bilanzergebnis</b>	<b>-900.824,85</b>	<b>-862.245,56</b>	<b>-38.579,29</b>

264. Die kostenrechnende Einrichtung Kindertagesstätten schließt mit einem Defizit von 900,8 TEUR. Die Deckung des Fehlbetrages erfolgt durch die allgemeinen Haushaltsmittel.



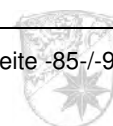
### 8.7.1.6 Kostenrechnende Einrichtung Dorfgemeinschaftshäuser und Mehrzweckhallen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Verwaltungsergebnis (+/-) (ohne Veränderung der Sonderposten)	-303.979,35	-282.573,22	-21.406,13
2	+ Finanzergebnis (+/-)	0,00	0,00	0,00
3	+ Außerordentliches Ergebnis (+/-)	-0,10	32,30	-32,40
<b>4</b>	<b>= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-303.979,45</b>	<b>-282.540,92</b>	<b>-21.438,53</b>
5	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	7.344,40	-7.344,40
6	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	131.771,26	135.587,04	-3.815,78
<b>7</b>	<b>= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-435.750,71</b>	<b>-410.783,56</b>	<b>-24.967,15</b>
8	- Sonderpostenzuführung	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonderpostenentnahme	0,00	0,00	0,00
<b>10</b>	<b>= Bilanzergebnis</b>	<b>-435.750,71</b>	<b>-410.783,56</b>	<b>-24.967,15</b>

266. Die kostenrechnende Einrichtung Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrzweckhallen schließt mit einem Defizit von 435,8 TEUR. Die Deckung des Fehlbetrages erfolgt durch die allgemeinen Haushaltsmittel.

### 8.7.2 Sonstige Kostenrechnende Einrichtungen

267. Im Haushalt der Gemeinde wurden im Berichtsjahr keine sonstigen kostenrechnenden Einrichtungen geführt.



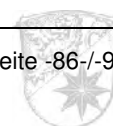
## 9 Feststellungen zur Finanzrechnung

### 9.1 Darstellung der Finanzlage

268. In der Finanzrechnung werden die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit, aus Finanzierungstätigkeit sowie aus haushaltsunwirksamen Vorgängen nachgewiesen.
269. Die Finanzrechnung kann nach der direkten Methode (Muster 16 zu § 47 Abs. 2 GemHVO), bei der das Finanzrechnungskonto primär bebucht und das entsprechende Konto der Ergebnisrechnung mitbebucht wird, oder nach der indirekten Methode (Muster 17 zu § 47 Abs. 3 GemHVO), bei der der Zahlungsmittelfluss aus den Konten der Ergebnisrechnung und den Bilanzkonten entwickelt wird, geführt werden (§ 47 Abs. 1 GemHVO).
270. Da die in der Finanzrechnung nachgewiesenen Ein- und Auszahlungen des Berichtsjahres ihren entsprechenden Niederschlag bereits in den beiden anderen Komponenten des Rechnungswesens gefunden haben, beschränken wir uns an dieser Stelle auf folgende zusammenfassende Darstellung:

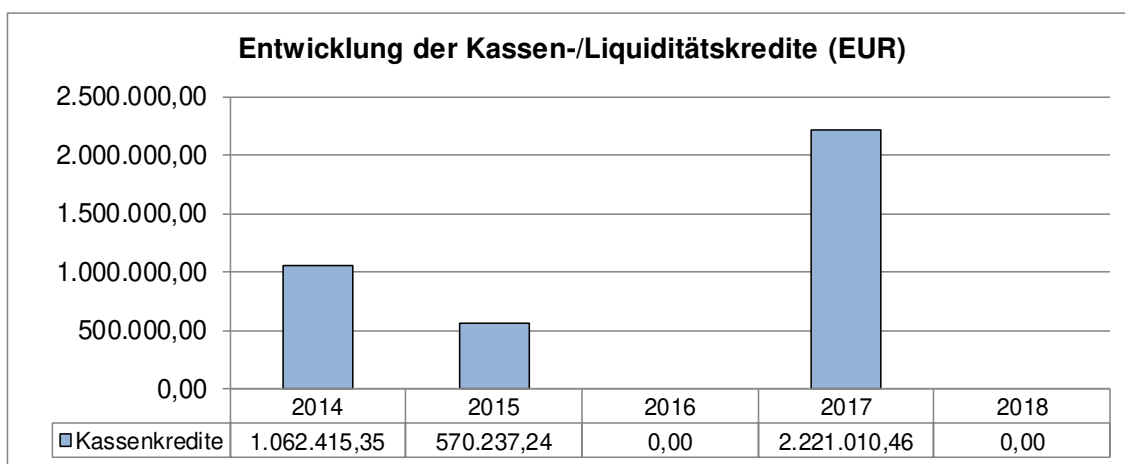
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (+/-)	1.503.729,27	329.287,80	1.174.441,47
2	Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit (+/-)	-789.590,62	-3.016.431,47	2.226.840,85
3	Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit (+/-)	3.517.228,00	-363.846,93	3.881.074,93
4	Zahlungsmittelsaldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (+/-)	-52.372,32	14.020,14	-66.392,46
<b>5</b>	<b>Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Berichtsjahr</b>	<b>4.178.994,33</b>	<b>-3.036.970,46</b>	<b>7.215.964,79</b>
6	Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres (+/-)	-2.215.160,81	821.809,65	-3.036.970,46
<b>8</b>	<b>Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres</b>	<b>1.963.833,52</b>	<b>-2.215.160,81</b>	<b>4.178.994,33</b>

271. Der vorstehend dargestellte Zahlungsmittelendbestand zum Bilanzstichtag nach der Finanzrechnung stimmt mit dem Bestand der tatsächlich vorhandenen Zahlungsmittel (vgl. Position „Flüssige Mittel“ der Bilanz) überein.



## 9.2 Bestand der Liquiditätskredite

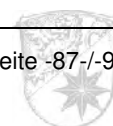
272. Im Zahlungsmittelendbestand sind keine Finanzmittel aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten enthalten.
273. Die Entwicklung des Bestandes der Liquiditätskredite zum jeweiligen Bilanzstichtag ist aus der nachfolgenden Darstellung ersichtlich:



## 9.3 Fremde Zahlungsmittel

274. Die fremden und durchlaufenden Zahlungsmittel betreffen nicht die Haushaltswirtschaft der Gemeinde und sind deshalb auch nicht im Haushaltsplan als Ertrag oder Aufwand zu veranschlagen. Diese finanziellen Vorgänge sind allerdings in der Finanzrechnung zu dokumentieren.
275. Im Berichtsjahr ergaben sich folgende Ein- und Auszahlungen aus fremden und durchlaufenden Zahlungsmitteln:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Berichtsjahr	Ergebnis Vorjahr	Veränderung
		EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	3 - 4
1	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	171.817,12	212.598,17	-40.781,05
2	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	224.189,44	198.578,03	25.611,41
3	<b>Zahlungsmittelsaldo aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen</b>	<b>-52.372,32</b>	<b>14.020,14</b>	<b>-66.392,46</b>



276. Die Veränderung im Zahlungsmittelsaldo aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen resultiert im Vergleich zum Vorjahr aus geringeren Ein- und höheren Auszahlungen aus Umsatzsteuerabführung.

## **10 Gesamtabschluss**

### **10.1 Allgemeines**

277. Gemäß § 112 Abs. 5 bis 8 HGO i. V. m. § 53 GemHVO hat die Gemeinde erstmals zum 31.12.2015 einen Gesamtabschluss aufzustellen, wenn ihr die Mehrheit oder 20 bis 50 Prozent der Stimmrechte an Aufgabenträgern, wie z. B. Gesellschaften oder Zweckverbänden, zustehen. Bei der Ermittlung des Stimmrechtsanteils sind die unmittelbaren und mittelbaren Stimmrechte einzu beziehen.
278. In dem Gesamtabschluss ist die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage so darzustellen, als ob die in die Konsolidierung einbezogenen Aufgabenträger und die Gemeinde ein Aufgabenträger wären (Einheitsfiktion).
279. Der Gemeindevorstand soll den Gesamtabschluss innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufstellen (§ 112 Abs. 5 HGO).

### **10.2 Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses**

280. Ein Gesamtabschluss muss nicht aufgestellt werden, wenn die Jahresabschlüsse der Aufgabenträger in ihrer Gesamtheit für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde von nachrangiger Bedeutung sind (§ 112 Abs. 5 S. 4 HGO).
281. Dies ist der Fall, wenn der auf die Gemeinde entfallende Anteil der Bilanzsummen der Aufgabenträger zusammen den Wert von 20 v. H. der in der Vermögensrechnung (Bilanz) der Gemeinde ausgewiesenen (nicht konsolidierten) Bilanzsumme zum 31. Dezember des Berichtsjahres und gleichzeitig für das Vorjahr nicht übersteigen.<sup>16</sup>
282. Nach den uns vorliegenden Informationen waren zum Stichtag des Jahresabschlusses, über dessen Prüfung wir hiermit berichten, sowie zum Stichtag des Vorjahres folgende Aufgabenträger in die Nachrangigkeitsprüfung im vorstehenden Sinn einzubeziehen; Beteiligungen an Aufgabenträgern mit einer Quote von unter 20 v. H. bleiben bei dieser Betrachtung unberücksichtigt.

---

<sup>16</sup> Vgl. Nr. 2.2 des Erlasses des HMdLuS vom 22.08.2016, Az. IV 4 - 15 i 01.01





### 10.2.1 Nachrangigkeitsprüfung zum Ende des Berichtsjahres

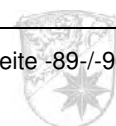
Nr.	Aufgabenträger	Bilanzsumme	Anteil	anteilige Bilanzsumme
		EUR	v. H.	EUR
1	2	3	4	5
1	Abwasserverband Oberes Diemeltal	1.346.909,27	57,0	767.738,28
2	Bäderbetriebsgesellschaft Diemelsee mbH	98.733,88	99,0	97.746,54
3	Anteilige Bilanzsumme der Aufgabenträger:			865.484,83
4	Bilanzsumme der Kommune:			51.543.960,46
5	<b>Anteil an der Bilanzsumme der Kommune (v. H.):</b>			<b>1,7</b>

### 10.2.2 Nachrangigkeitsprüfung zum Ende des Vorjahres

Nr.	Aufgabenträger	Bilanzsumme	Anteil	anteilige Bilanzsumme
		EUR	v. H.	EUR
1	2	3	4	5
1	Abwasserverband Oberes Diemeltal	1.320.161,87	57,0	752.492,27
2	Bäderbetriebsgesellschaft Diemelsee mbH	97.409,56	99,0	96.435,46
3	Anteilige Bilanzsumme der Aufgabenträger:			848.927,73
4	Bilanzsumme der Kommune:			51.543.960,46
5	<b>Anteil an der Bilanzsumme der Kommune (v. H.):</b>			<b>1,6</b>

### 10.3 Vorlage des Gesamtabschlusses zur Prüfung

283. Da die anteiligen Bilanzsummen der Aufgabenträger an beiden Stichtagen den Wert von 20 v. H. der jeweiligen Bilanzsumme der Gemeinde nicht übersteigen, war kein Gesamtabschluss aufzustellen.
284. Nach Nr. 2.3 des o. a. Erlasses ist die Prüfung der Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses durch die Gemeinde zu jedem Abschlussstichtag vorzunehmen.



285. Der Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses ist durch den Gemeindevorstand zu beschließen (vgl. § 112 Abs. 9 HGO) und entsprechend zu dokumentieren. Ein entsprechender Beschluss wurde am 09.09.2019 gefasst.
286. Die Gemeindevertretung, die Kommunalaufsicht und die Revision sind über den Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses in geeigneter Weise zu unterrichten. Für das Berichtsjahr lag uns eine entsprechende Information vor.

#### **10.4 Neue Rechtslage zur Aufstellung des Gesamtabchlusses**

287. Durch die Änderung der HGO vom 16.05.2020 (GVBl. Nr. 26 vom 15.05.2020) wurden die bisherigen Regelungen zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses dahingehend geändert, dass die hessischen Kommunen spätestens zum 31.12.2021 einen Gesamtabchluss aufstellen müssen, wobei Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern grundsätzlich von dieser Verpflichtung befreit sind (§§ 112a, b HGIO n. F.).

### **11 Sonstige Prüfungshandlungen**

#### **11.1 Kassenprüfungen**

288. Zu den Aufgaben der Revision gehört u. a. auch die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen (§ 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO), bestehend aus mindestens einer unvermuteten Kassenprüfung und einer unvermuteten Kassenbestandsaufnahme pro Jahr (§ 27 Abs. 1 Gemeindekassenverordnung – GemKVO).
289. Die unvermutete Kassenbestandsaufnahme kann auch von einem sachkundigen Mitarbeiter der Gemeinde vorgenommen werden, der nicht in der Kasse oder Zahlstelle beschäftigt ist (§ 27 Abs. 1 S. 2 GemKVO).  
Die Gemeinde hat von der vorstehenden Ermächtigung nach § 27 Abs. 1 S. 2 GemKVO im Berichtsjahr keinen Gebrauch gemacht, so dass eine unvermutete Kassenprüfung sowie eine unvermutete Kassenbestandsaufnahme durch die Revision durchzuführen waren.
290. Die unvermutete Kassenprüfung wurde am 12.11.2018 durchgeführt.  
Die unvermutete Kassenbestandsaufnahme erfolgte am 15.02.2018.
291. Über Kassenprüfungen sind gesonderte Prüfungsberichte zu erstellen und dem Bürgermeister vorzulegen (§ 29 Abs. 1 GemKVO).



292. Wesentliche Prüfungsfeststellungen, die im Rahmen der Kassenprüfungen zu treffen waren und über die bereits gesondert berichtet wurde, ergaben sich im Berichtsjahr wie folgt:

Im Rahmen der Prüfung des Internen Kontrollsystems wurde festgestellt, dass eine klare Trennung zwischen Anordnungs- und Kassenwesen gemäß § 6 Abs. 1 GemKVO nicht gegeben ist. Ein systemisches Berechtigungskonzept, in dem die Programmzugriffsberechtigungen geregelt und den gesetzlichen Vorgaben zuwiderlaufende Berechtigungen ausgeschlossen werden, wird seitens der Gemeinde nicht verwendet. Damit ist die strikte Trennung von Anordnungs- und Kassenwesen gemäß § 6 Abs. 1 GemKVO für einzelne Mitarbeiter nicht gegeben (siehe Ausführungen unter Tz. 6.3).

## **11.2 Fach- und Schwerpunktprüfungen**

293. Die kommunale Jahresabschlussprüfung umfasst neben der Prüfung der Buchführung und des Jahresabschlusses auch die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns, d. h. der Umfang der kommunalen Jahresabschlussprüfung ist auf die Prüfung der wirtschaftlich-finanziellen Situation und der Verwaltungsführung ausgerichtet.
294. Die kommunale Jahresabschlussprüfung ist damit grundsätzlich geeignet, die bisher eigenständigen Prüfungen (wie Vergabeproofungen, Bau- und Investitionsprüfungen, Gebühren- und Beitragsprüfungen, Personal- und Organisationsprüfungen u. a.) der Rechnungsprüfungsämter inhaltlich aufzugreifen und organisatorisch-inhaltlich in den Prüfungs- bzw. Berichterstattungsprozess zu integrieren.<sup>17</sup>
295. Im Berichtsjahr wurden keine Fach- bzw. Schwerpunktprüfungen im vorstehenden Sinn durchgeführt.

---

<sup>17</sup> Vgl. IDR Prüfungsleitlinie 260 "Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Jahresabschlussprüfungen", S. 10, Rz. 34, 35

### **11.3 Sonderprüfungsaufträge nach § 131 Abs. 2 HGO**

296. Neben den bereits in § 128 HGO, § 131 Abs. 1 HGO festgelegten Aufgaben können der Revision darüber hinaus durch die Gemeindevertretung, Gemeindevorstand oder den Bürgermeister weitere Prüfungsaufgaben übertragen werden (§ 131 Abs. 2 HGO).
297. Im Berichtsjahr bestanden keine Sonderprüfungsaufträge im Sinne von § 131 Abs. 2 HGO.

## **12 Abschließendes Prüfungsergebnis**

298. Auf der Grundlage der uns vorgelegten Unterlagen und der uns erteilten Auskünfte fassen wir das Ergebnis unserer Prüfung abschließend wie folgt zusammen:
299. „Die Revision des Landkreises Waldeck-Frankenberg hat den Jahresabschluss zum 31.12.2018 - bestehend aus der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie dem Anhang - und den Rechenschaftsbericht der Gemeinde Diemelsee entsprechend § 128 HGO unter Beachtung des Wesentlichkeitsgrundsatzes stichprobenartig geprüft.

Die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft war ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung.

Unsere Prüfung hat zu keinen wesentlichen Einwendungen geführt.

Die Abwicklung der Haushaltswirtschaft erfolgte im Haushaltsjahr 2018 im Wesentlichen entsprechend der rechtlichen Vorschriften des Gemeindefinanzrechts, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde Diemelsee.

Der Rechenschaftsbericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

300. Gemäß § 113 HGO ist der Jahresabschluss gemeinsam mit dem Schlussbericht der Revision durch den Gemeindevorstand der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Nach § 114 HGO obliegt es der Gemeindevertretung, über den von der Revision geprüften Jahresabschluss zu beschließen und eine Entscheidung zur Entlastung des Gemeindevorstandes zu treffen.

Vöhl, den 21.12.2021

Revision  
des Landkreises  
Waldeck-Frankenberg  
- Prfg.-AO Nr.: 050/20 -

gez. Heller

gez. Höhle

\_\_\_\_\_  
(Heller)

\_\_\_\_\_  
(Höhle)

Prüferin

Prüfer

gez. Witte

\_\_\_\_\_  
(Witte)

Leiter der Revision



### 13 Abkürzungsverzeichnis

a. F.	alte Fassung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
bez.	bezüglich
BVK	Beamtenversorgungskasse Kurhessen Waldeck
FAG	Finanzausgleichsgesetz
GemHVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung)
GemHVO-Doppik	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinde mit doppelter Buchführung (Gemeindehaushaltsverordnung–Doppik)
GemKVO	Verordnung über die Kassenführung der Gemeinden (Gemeindekassenverordnung)
gesetzl.	gesetzlich
GdPdU	Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen
GoBD	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKO	Hessische Landkreisordnung
HMdluS	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
i. d. R.	in der Regel
IDR	Institut der Rechnungsprüfer/innen in Deutschland e. V.
i. R. d.	im Rahmen der / des
IKS	Internes Kontrollsystem
i. S. d.	im Sinne der / des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
KAG	Gesetz über kommunale Abgaben



KVKR	Kommunaler Verwaltungskontenrahmen
LWV	Landeswohlfahrtsverband Hessen
n. F.	Neue Fassung
NKRS	Neues Kommunales Rechnungs- und Steuerungssystem
nsk®	newsystem® kommunal (Finanzwesensoftware)
N7	infoma newsystem®, Version 7 (Finanzwesensoftware)
Rz.	Randziffer
SchuSG	Gesetz zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz)
SGB	Sozialgesetzbuch
StAnz	Staatsanzeiger für das Land Hessen
TEUR	in Tausend Euro
Tz.	Textziffer
u. E.	unseres Erachtens
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
VE	Verpflichtungsermächtigung
v. H.	von Hundert
VV	Verwaltungsvorschrift



## **14 Anlagen zum Schlussbericht**

- Vermögensrechnung (Bilanz)
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Anhang
- Rechenschaftsbericht





# **Jahresabschluss**

**zum**

**31. Dezember 2018**

# **Gemeinde Diemelsee**

Stand: 22.08.2019

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vermögensrechnung (Bilanz) .....	3
2. Gesamtergebnisrechnung .....	5
3. Gesamtfinanzzrechnung.....	6
4. Teilergebnisrechnungen .....	7



**1. Vermögensrechnung (Bilanz)**

Aktiva		2017	2018	Passiva		2017	2018
Beschreibung		EUR	EUR	Beschreibung		EUR	EUR
<b>1 Anlagevermögen</b>		<b>46.922.350,22</b>	<b>48.613.105,35</b>	<b>1 Eigenkapital</b>		<b>17.704.587,39</b>	<b>18.470.993,34</b>
<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		<b>552.853,00</b>	<b>615.973,00</b>	<b>1.1 Netto-Position</b>		<b>16.713.251,02</b>	<b>16.713.251,02</b>
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen u. ähnl.Rechte		468,00	1.076,00	<b>1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital</b>		<b>991.336,37</b>	<b>1.757.742,32</b>
1.1.2 gel. Investzuw. und -zuschüsse		552.385,00	614.897,00	1.2.1 Rückl.a.Übersch.d.ordentl.Ergebnisses		861.811,13	1.114.560,54
1.1.3 gel.Anz.auf immaterielle Verm.Gegenstände		-	-	1.2.2 Rückl.a.Übersch.d.außerord.Ergebnisses		129.525,24	643.181,78
<b>1.2 Sachanlagevermögen</b>		<b>44.178.852,65</b>	<b>46.061.990,06</b>	1.2.3 Sonderrücklagen		-	-
1.2.1 Grundstücke, grdstgl. Rechte		6.965.180,97	7.704.758,64	davon: Sonderrücklagen		-	-
1.2.2 Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstück		8.531.452,00	8.350.671,00	davon: Vortragswerte alte zweckgebundene Rücklagen		-	-
1.2.3 Sachanl. im Gemeingebr., Infrastrukturverm.		20.415.071,71	19.585.764,32	davon: Vortragswerte alte Sonderrücklagen		-	-
1.2.4 Anlagen und Maschinen z. Leistungserstellung		24.179,00	19.803,00	davon: Vortragswerte alte sonstige Sonderrücklagen		-	-
1.2.5 andere Anl., Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.926.307,73	1.877.804,73	1.2.4 Stiftungskapital		-	-
1.2.6 gel. Anzahlungen und Anlagen im Bau		6.316.661,24	8.523.188,37	<b>1.3 Ergebnisverwendung</b>		-	-
<b>1.3 Finanzanlagevermögen</b>		<b>2.190.644,57</b>	<b>1.935.142,29</b>	1.3.1 Ergebnisvortrag		-	-
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		24.750,00	24.750,00	1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren		-	-
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-	-	1.3.1.2 Außerordentl. Ergebnisse aus Vorjahren		-	-
1.3.3 Beteiligungen		1.370.164,29	1.375.164,29	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-	-
1.3.4 Ausleih. an Untern.,m.d.e.Bet.-Verh. besteht		-	-	1.3.2.1 Ord. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-	-
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens		57.118,39	62.815,34	1.3.2.2 Außerord.Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-	-
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonst.Finanzanlagen)		738.611,89	472.412,66	<b>2 Sonderposten</b>		<b>18.961.889,05</b>	<b>20.016.375,16</b>
<b>1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>		-	-	<b>2.1 Sonderp.f.erh.Inv.Zuw., -zusch. u. -beiträge</b>		<b>18.920.674,22</b>	<b>19.876.225,08</b>
<b>2 Umlaufvermögen</b>		<b>819.102,54</b>	<b>2.894.640,84</b>	2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich		13.807.515,05	14.757.885,99
<b>2.1 Vorräte einschl. Roh-, Hilfs- u.Betriebsstoffe</b>		-	-	2.1.2 Zuschüsse vom nicht. öffentl. Bereich		482.432,95	470.811,95
<b>2.2 Fertige u. unfertige Erzeugn., Leistg.u.Waren</b>		-	-	2.1.3 Investitionsbeiträge		4.630.726,22	4.647.527,14
<b>2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenst.</b>		<b>813.252,89</b>	<b>930.807,32</b>	<b>2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich</b>		<b>41.214,83</b>	<b>140.150,08</b>
2.3.1 F.a.Zuw.,Zusch.Transf.L.,Inv.Zuw.Zusch.Beitr		316.411,46	322.624,42	<b>2.3 Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG</b>		-	-
2.3.2 Forderungen aus Steuern u.stouerähnl. Abgaben, Umlagen		259.535,53	161.320,58	<b>2.4 Sonstige Sonderposten</b>		-	-
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		16.825,85	13.196,70	<b>3 Rückstellungen</b>		<b>2.844.847,84</b>	<b>2.953.387,59</b>
2.3.4 F.geg.verb.Untern.u.Untern.m.Bet.V., und SV.		131.172,76	120.614,65	<b>3.1 Rückstellung für Pensionen u. ähnl.Verpflcht</b>		<b>2.081.760,00</b>	<b>2.155.031,00</b>
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände		89.303,30	313.046,98	<b>3.2 Rückst.f.Finanzausgl.u.Steuerschuldverh.</b>		<b>155.480,81</b>	<b>379.886,80</b>
2.3.6 Wertpapiere des Umlaufvermögens		3,99	3,99	<b>3.3 Rückst.f.d.Rekultivierung u.Nachs.Abfalldep.</b>		-	-
<b>2.4 Flüssige Mittel</b>		<b>5.849,65</b>	<b>1.963.833,52</b>	<b>3.4 Rückst.f.d.Sanierung von Altlasten</b>		-	-
<b>3 Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>40.275,05</b>	<b>36.214,27</b>	<b>3.5 Sonstige Rückstellungen</b>		<b>607.607,03</b>	<b>418.469,79</b>
<b>4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>		-	-	<b>4 Verbindlichkeiten</b>		<b>7.825.144,23</b>	<b>9.686.474,77</b>
<b>Summe Aktiva</b>		<b>47.781.727,81</b>	<b>51.543.960,46</b>	<b>4.1 Verbindlichkeiten aus Anleihen</b>		-	-
				davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr		-	-
				davon: mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr		-	-
				<b>4.2 Verbindlichkeiten a. Kreditaufnahmen f. Investitionen und Inv.fördermaßnahmen.</b>		<b>4.505.004,19</b>	<b>8.020.232,19</b>
				davon: Vortragswerte alte Vermögensgliederung		-	-
				davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr		-	-
				davon: mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr		4.505.004,19	8.020.232,19
				4.2.1 Verbindlichk.g.Kreditinstituten		4.202.622,41	7.788.076,25
				davon: Vortragswerte alte Vermögensgliederung		-	-
				davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr		-	-
				davon: mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr		4.202.622,41	7.788.076,25
				4.2.2 Verbindlichk.g.öffentl.Kreditgebern		302.381,78	232.155,94



davon: Vortragswerte alte Vermögensgliederung	-	-
davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	-	-
davon: mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr	302.381,78	232.155,94
4.2.3 Verbindlichkeiten gg. sonstigen Kreditgebern	-	-
davon: Vortragswerte alte Vermögensgliederung	-	-
davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	-	-
davon: mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr	-	-
<b>4.3 Verbindlichkeiten a. Kreditaufnahmen f. d. Liquiditätssicherung</b>	<b>2.221.010,46</b>	-
davon: gegenüber Kreditinstituten	2.221.010,46	-
davon: gegenüber öffentlichen Kreditgebern	-	-
davon: gegenüber sonstigen Kreditgebern	-	-
<b>4.4 Verbindlichk.a.kreditähnl.Rechtsgeschäften</b>	<b>8.162,95</b>	<b>8.411,76</b>
<b>4.5 Verb.a.Zuw.u.Zusch., Transf.L.u.Inv.Zuw.-Zusch.</b>	<b>126.248,88</b>	<b>58.941,84</b>
<b>4.6 Verb.aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>566.452,39</b>	<b>1.210.613,15</b>
<b>4.7 Verb.aus Steuern u.steuerähnl.Abgaben</b>	<b>10.687,57</b>	<b>41.976,96</b>
<b>4.8 Verb.g.verb.Untern.u.g.Untern.m.Bet.V.u.SV</b>	-	-
davon: Vortragswerte alte Vermögensgliederung	-	-
4.8.1 Verb. aus Kreditaufnahmen für Investitionen	-	-
4.8.2 Verb. aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung	-	-
4.8.3 Verb. aus Lieferungen + Leistungen, Steuern usw.	-	-
<b>4.9 Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>387.577,79</b>	<b>346.298,87</b>
<b>5 Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>445.259,30</b>	<b>416.729,60</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>47.781.727,81</b>	<b>51.543.960,46</b>



## 2. Gesamtergebnisrechnung

Beschreibung	Ergebnis	Fortgeschriebener	Ergebnis des	Vergl.
	des Vorjahres	Ansatz des HHJ	des HHJ	fortgeschr. Ansatz
	2017	2018	2018	Ergebnis HHJ 2018
1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-379.959,43	-367.640,00	-369.997,81	-2.357,81
2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.418.774,50	-2.392.950,00	-2.392.838,72	111,28
3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-877.276,62	-671.960,00	-756.010,23	-84.050,23
4 Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-4.199.134,22	-4.672.930,00	-4.637.682,15	35.247,85
6 Erträge aus Transferleistungen	-139.934,53	-126.760,00	-142.103,99	-15.343,99
7 Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgemeine Umlagen	-755.677,42	-2.232.390,00	-2.318.149,65	-85.759,65
8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-1.112.668,49	-996.390,00	-939.215,95	57.174,05
9 Sonstige ordentliche Erträge	-1.492.544,07	-149.890,00	-151.893,48	-2.003,48
<b>10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)</b>	<b>-11.375.969,28</b>	<b>-11.610.910,00</b>	<b>-11.707.891,98</b>	<b>-96.981,98</b>
11 Personalaufwendungen	1.292.665,22	1.451.440,00	1.429.278,22	-22.161,78
12 Versorgungsaufwendungen	299.379,19	293.500,00	295.843,67	2.343,67
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.229.849,01	3.136.500,00	2.888.335,66	-248.164,34
13.1 davon: Einstellung in den Sonderposten	0,00	0,00	98.935,25	98.935,25
14 Abschreibungen	1.911.694,80	2.052.130,00	1.880.767,98	-171.362,02
15 Aufwendungen f. Zuweisungen u. Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.360.007,10	1.414.900,00	1.553.132,53	138.232,53
16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen	3.274.230,26	3.120.270,00	3.344.886,64	224.616,64
Umlageverpflichtungen				
17 Transferaufwendungen	13.392,08	0,00	0,00	0,00
18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.701,69	8.090,00	8.568,87	478,87
<b>19 Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)</b>	<b>11.430.919,35</b>	<b>11.476.830,00</b>	<b>11.400.813,57</b>	<b>-76.016,43</b>
<b>20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./ Nr. 19)</b>	<b>54.950,07</b>	<b>-134.080,00</b>	<b>-307.078,41</b>	<b>-172.998,41</b>
21 Finanzerträge	-108.972,26	-97.890,00	-135.204,29	-37.314,29
22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	138.192,64	199.770,00	189.533,29	-10.236,71
<b>23 Finanzergebnis (Nr. 21 ./ Nr. 22)</b>	<b>29.220,38</b>	<b>101.880,00</b>	<b>54.329,00</b>	<b>-47.551,00</b>
<b>24 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)</b>	<b>-11.484.941,54</b>	<b>-11.708.800,00</b>	<b>-11.843.096,27</b>	<b>-134.296,27</b>
<b>25 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)</b>	<b>11.569.111,99</b>	<b>11.676.600,00</b>	<b>11.590.346,86</b>	<b>-86.253,14</b>
<b>26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./ Nr. 25)</b>	<b>84.170,45</b>	<b>-32.200,00</b>	<b>-252.749,41</b>	<b>-220.549,41</b>
27 Außerordentliche Erträge	-118.710,90	0,00	-614.978,44	-614.978,44
28 Außerordentliche Aufwendungen	31.171,89	0,00	101.321,90	101.321,90
<b>29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./ Nr. 28)</b>	<b>-87.539,01</b>	<b>0,00</b>	<b>-513.656,54</b>	<b>-513.656,54</b>
<b>30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)</b>	<b>-3.368,56</b>	<b>-32.200,00</b>	<b>-766.405,95</b>	<b>-734.205,95</b>



### 3. Gesamtfinanzzrechnung

Beschreibung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des HHJ	Ergebnis des HHJ	Vergl. fortgeschr. Ansatz./Ergebnis HHJ
	2017	2018	2018	2018
1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	353.380,28	357.640,00	358.010,10	370,10
2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.482.164,13	2.392.950,00	2.335.671,94	-57.278,06
3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.048.807,53	671.960,00	716.087,89	44.127,89
4 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	4.214.236,77	4.672.930,00	4.750.041,63	77.111,63
5 Einzahlungen aus Transferleistungen	136.160,25	126.760,00	142.103,99	15.343,99
6 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	755.677,42	2.232.390,00	2.316.601,23	84.211,23
7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	95.396,78	97.890,00	141.471,49	43.581,49
8 Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	196.855,59	149.890,00	156.985,45	7.095,45
<b>9 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)</b>	<b>9.282.678,75</b>	<b>10.702.410,00</b>	<b>10.916.973,72</b>	<b>214.563,72</b>
10 Personalauszahlungen	-1.311.275,95	-1.508.440,00	-1.424.776,34	83.663,66
11 Versorgungsauszahlungen	-214.993,85	-236.500,00	-222.544,19	13.955,81
12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.949.356,01	-3.136.500,00	-2.850.787,81	285.712,19
13 Auszahlungen für Transferleistungen	-10.726,41	0,00	-680,24	-680,24
14 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-1.000.222,25	-1.414.900,00	-1.540.684,24	-125.784,24
15 Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-3.282.438,22	-3.120.270,00	-3.078.503,69	41.766,31 0,00
16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-123.919,16	-197.130,00	-187.759,03	9.370,97
17 Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	-60.459,10	-8.090,00	-107.508,91	-99.418,91
<b>18 Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)</b>	<b>-8.953.390,95</b>	<b>-9.621.830,00</b>	<b>-9.413.244,45</b>	<b>208.585,55</b>
<b>19 Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 9 ./ Nr. 18)</b>	<b>329.287,80</b>	<b>1.080.580,00</b>	<b>1.503.729,27</b>	<b>423.149,27</b> 0,00
20 Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	987.233,24	2.178.300,00	1.882.607,65	-295.692,35
21 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	101.964,73	514.500,00	632.901,13	118.401,13
22 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	47.945,01	6.100,00	29.778,31	23.678,31
<b>23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 bis 22)</b>	<b>1.137.142,98</b>	<b>2.698.900,00</b>	<b>2.545.287,09</b>	<b>-153.612,91</b>
24 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-54.474,34	-1.068.650,00	-979.665,57	88.984,43
25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.424.771,93	-8.348.700,00	-2.348.331,10	6.000.368,90



26 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen	-373.643,57	-625.900,00	-229.587,20	396.312,80
und immaterielle Anlagevermögen				
27 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-300.684,61	-5.500,00	222.706,16	228.206,16
<b>28 Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)</b>	<b>-4.153.574,45</b>	<b>-10.048.750,00</b>	<b>-3.334.877,71</b>	<b>6.713.872,29</b>
<b>29 Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus</b>	<b>-3.016.431,47</b>	<b>-7.349.850,00</b>	<b>-789.590,62</b>	<b>6.560.259,38</b>
<b>Investitionstätigkeit ( Nr. 23 ./ Nr. 28)</b>				
<b>30 Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf (Nr. 19 und 29)</b>	<b>-2.687.143,67</b>	<b>-6.269.270,00</b>	<b>714.138,65</b>	<b>6.983.408,65</b>
31 Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	38.386,73	6.380.390,00	4.002.000,00	-2.378.390,00
32 Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-402.233,66	-514.500,00	-484.772,00	29.728,00
<b>33 Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 31 ./ Nr. 32)</b>	<b>-363.846,93</b>	<b>5.865.890,00</b>	<b>3.517.228,00</b>	<b>-2.348.662,00</b>
<b>34 Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Nr. 30 und Nr. 33)</b>	<b>-3.050.990,60</b>	<b>-403.380,00</b>	<b>4.231.366,65</b>	<b>4.634.746,65</b>
35 Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	212.598,17	0,00	171.817,12	171.817,12
36 Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	-198.578,03	0,00	-224.189,44	-224.189,44
<b>37 Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 35 ./ Nr. 36)</b>	<b>14.020,14</b>	<b>0,00</b>	<b>-52.372,32</b>	<b>-52.372,32</b>
<b>38 Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres</b>	<b>821.809,65</b>	<b>-15.193.695,00</b>	<b>-2.215.160,81</b>	<b>12.978.534,19</b>
<b>39 Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)</b>	<b>-3.036.970,46</b>	<b>-403.380,00</b>	<b>4.178.994,33</b>	<b>4.582.374,33</b>
<b>40 Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 38 und 39)</b>	<b>-2.215.160,81</b>	<b>-15.597.075,00</b>	<b>1.963.833,52</b>	<b>17.560.908,52</b>

Diemelsee, 22.08.2019

Volker Becker  
-Bürgermeister-

**Anhang zum Jahresabschluss**

**2018**

**Gemeinde Diemelsee**

Der See, Wanderwege, Berge und mehr...

**Diemelsee**  
Ferienregion 





## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss</b> .....	<b>2</b>
<b>2. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</b> .....	<b>2</b>
<b>3. Erläuterungen zur Vermögensrechnung</b> .....	<b>2</b>
3.1 Aktiva .....	4
3.2 Passiva .....	9
<b>4. Sonstige Angaben</b> .....	<b>14</b>
4.1 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen.....	14
4.2 steuerliche Verhältnisse / Betriebe gewerblicher Art.....	15
4.3 Personalbestand.....	15
4.4 Organe.....	16
4.5 Eingesetzte Software.....	17
4.6 Personen, die Zugriffsrechte für die Software besitzen.....	17
4.7 rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen.....	17
<b>5. Anlagen zum Anhang</b> .....	<b>18</b>



## 1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I 2005, S.54) ist das kommunale Haushaltsrecht grundlegend reformiert worden. Die Kommunen müssen nunmehr für ihre Haushaltswirtschaft gemäß §§ 92 – 114 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) die Grundsätze der doppelten Buchführung (Doppik) anwenden. Die Umstellung musste bis spätestens zum 01.01.2009 erfolgen. Zum Umstellungszeitpunkt war eine Eröffnungsbilanz vorzulegen.

Die Gemeinde Diemelsee hat mit Wirkung zum 01.01.2009 die Umstellung auf die Doppik als Haushalts- und Rechnungssystem vollzogen. Grundlage war der Beschluss der Gemeindevertretung vom 09.12.2005 mit dem § 3 der Hauptsatzung entsprechend geändert wurde. Die geprüfte Eröffnungsbilanz wurde von der Gemeindevertretung der Gemeinde Diemelsee am 12.09.2014 festgestellt.

Die Gemeinde hat für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen und muss klar und übersichtlich sein. Er hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Der Jahresabschluss hat die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde darzustellen.

Der von der Verwaltung aufgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde unter der Beachtung der Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinde mit doppelter Buchführung (Gemeindehaushaltsverordnung - GemHVO) aufgestellt.

Der Jahresabschluss und die Gliederung der Bilanz entsprechen den Vorgaben des § 112 II HGO und des § 49 GemHVO.

Nach Abschluss der Prüfung durch die Revision legt der Gemeindevorstand den Jahresabschluss, mit dem Schlussbericht der Revision der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Die Jahresabschlüsse bis 2016 sind von der Revision des Landkreises Waldeck-Frankenberg geprüft und von der Gemeindevertretung beschlossen. Der Abschluss 2017 liegt zur Prüfung vor.

## 2. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Anlagevermögen der Gemeinde Diemelsee wird mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet und linear abgeschrieben. Zinsen für Fremdkapital werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Für die Festlegung der Nutzungsdauern des Anlagevermögens wird die vom Land Hessen empfohlene Abschreibungstabelle zu Grunde gelegt.

Die Zugänge an geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) wurden mit ihren Anschaffungskosten in das Anlagevermögen übernommen und im gleichen Jahr vollständig abgeschrieben.

Die Bewertung ist entsprechend dem Konzept zur Vermögenserfassung und Bewertung sowie der Inventurrichtlinie der Gemeinde Diemelsee erfolgt. Eine detaillierte Darstellung der gewählten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurde in der Eröffnungsbilanz der Gemeinde Diemelsee vorgenommen. In allen Folgeabschlüssen wird auf die detaillierte Darstellung verzichtet. Es gilt der Grundsatz der formellen und materiellen Bilanzkontinuität.

Grundlage für die Schlussbilanz bildet die Anlagebuchhaltung der Gemeinde.

## 3. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

Die Bilanz gibt die Vermögenssituation einer Kommune zum Stichtag wieder. Aus der folgenden Bilanzabbildung kann die Entwicklung der Bilanzwerte im Vergleich zum Vorjahr sowie die jeweiligen Anteile der Bilanzpositionen an der Bilanzsumme abgelesen werden.



## Bilanz im Vergleich

Bilanzposition	2017	2018	Veränderung absolut
1 Anlagevermögen	46.922.350	48.613.105	1.690.755
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	552.853	615.973	63.120
1.2 Sachanlagevermögen	44.178.853	46.061.990	1.883.137
1.3 Finanzanlagevermögen	2.190.645	1.935.142	-255.502
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	-	-	0
2 Umlaufvermögen	819.103	2.894.641	2.075.538
2.1 Vorräte einschl. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-	-	0
2.2 Fertige u. unfertige Erzeugn., Leistg. u. Waren	-	-	0
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenst.	813.253	930.807	117.554
2.4 Flüssige Mittel	5.850	1.963.834	1.957.984
3 Rechnungsabgrenzungsposten	40.275	36.214	-4.061
4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	-	0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>47.781.728</b>	<b>51.543.960</b>	<b>3.762.233</b>
1 Eigenkapital	17.704.587	18.470.993	766.406
1.1 Netto-Position	16.713.251	16.713.251	0
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital	991.336	1.757.742	766.406
1.3 Ergebnisverwendung	0,00	0,00	0
1.3.1 Ergebnisvortrag	0,00	0,00	0
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0
2 Sonderposten	18.961.889	20.016.375	1.054.486
2.1 Sonderp.f.erh.Inv.Zuw., -zusch. u. -beiträge	18.920.674	19.876.225	955.551
2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	41.215	140.150	98.935
2.3 Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0	0	0
2.4 Sonstige Sonderposten	0	0	0
3 Rückstellungen	2.844.848	2.953.388	108.540
3.1 Rückstellung für Pensionen u. ähnl. Verpflicht	2.081.760	2.155.031	73.271
3.2 Rückst.f.Finanzausgl.u.Steuerschuldverh.	155.481	379.887	224.406
3.3 Rückst.f.d.Rekultivierung u.Nachs.Abfalldep.	0	0	0
3.4 Rückst.f.d.Sanierung von Altlasten	0	0	0
3.5 Sonstige Rückstellungen	607.607	418.470	-189.137
4 Verbindlichkeiten	7.825.144	9.686.475	1.861.331
4.1 Verbindlichkeiten aus Anleihen	0	0	0
4.2 Verbindlichkeiten a. Kreditaufnahmen f.	4.505.004	8.020.232	3.515.228
4.3 Verbindlichkeiten a. Kreditaufnahmen f. d. Liquiditätssicherung	2.221.010	0	-2.221.010
4.4 Verbindlichk. a. kreditähn. Rechtsgeschäften	8.162,95	8.411,76	249
4.5 Verb.a.Zuw.u.Zusch., Transf.L.u.Inv.Zuw.,Zusch.	126.249	58.942	-67.307
4.6 Verb.aus Lieferungen und Leistungen	566.452	1.210.613	644.161
4.7 Verb.aus Steuern u.steuerähn. Abgaben	10.687,57	41.976,96	31.289
4.8 Verb.g.verb.Untern.u.g.Untern.m.Bet.V.u.SV	0	0	0
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten	387.578	346.299	-41.279
5 Rechnungsabgrenzungsposten	445.259	416.730	-28.530
<b>Summe Passiva</b>	<b>47.781.728</b>	<b>51.543.960</b>	<b>3.762.233</b>

### 3.1 Aktiva

#### 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

##### 1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte

Betrag in Euro: 1.076,00 (Vorjahr: 468,00)

Unter der Position Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte ist ein Nutzungsrecht für eine Quelle im Wasserbereich, Zertifizierung Tourist-Information Diemelsee und DV-Software der Verwaltung und der Tourist-Information Diemelsee aktiviert.



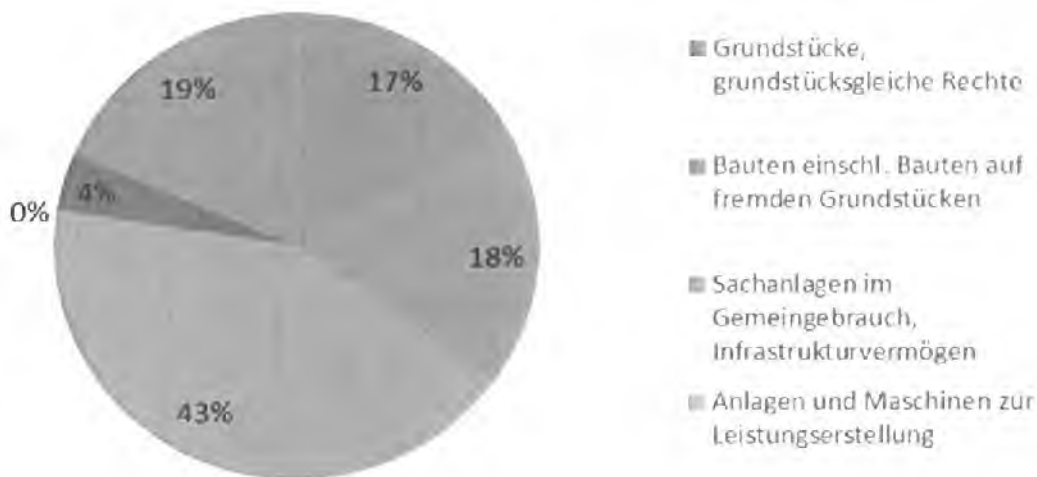
### 1.1.2 Geleistete Investitionszuschüsse und -zuweisungen

Betrag in Euro: 614.897,00 (Vorjahr: 552.385,00)

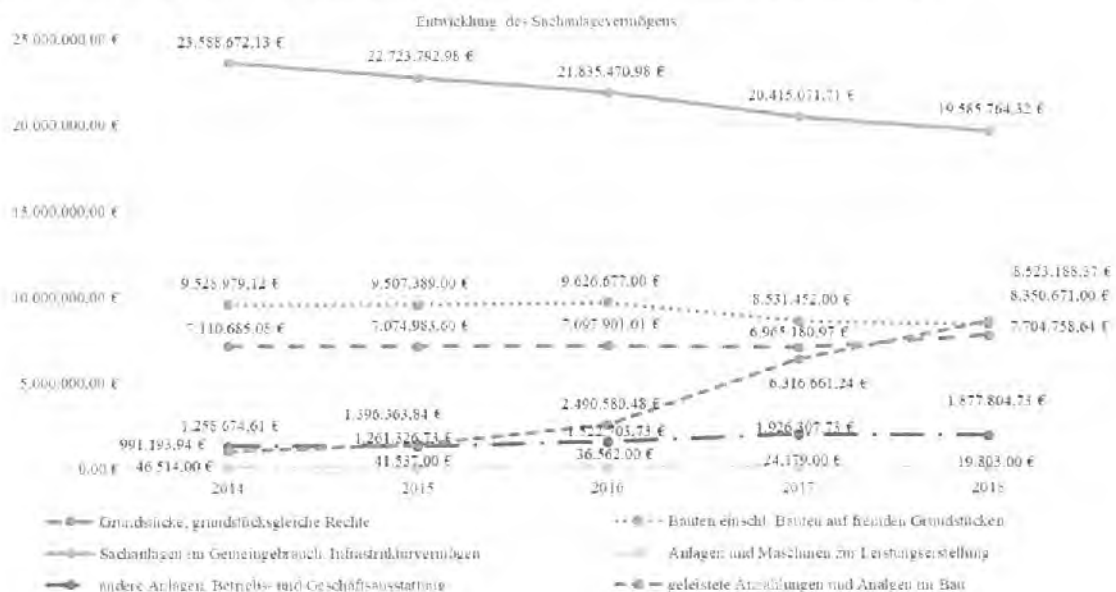
In den geleisteten Investitionszuschüssen und -zuweisungen ist der Zuschuss für die Linksabbiegerspur K63 Heringhausen mit 20.929,00 €, der Zuschuss an die Telekom für DSL Heringhausen mit 4.800,00 €, der Zuschuss für Umbau Kloster Flechtdorf 559.784,00 €, ein Zuschuss für Wanderwege Naturpark Diemelsee mit 1.417,00 € und Zuschüsse an Vereine, Kirche Adorf, MPS usw. ausgewiesen.

### 1.2 Sachanlagen

Struktur des Sachanlagevermögens



Die Entwicklung des Sachanlagevermögens in den letzten 5 Jahren ergibt folgendes Bild:





### 1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte

Betrag in Euro: 7.704.758,64 (Vorjahr: 6.965.180,97)

Die Bewertungen wurden gemäß den Empfehlungen der Revision des Landkreises Waldeck-Frankenberg ermittelt. Zugänge an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die nach dem Stichtag der Eröffnungsbilanz erfolgten, sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Alle bebauten und unbebauten Flurstücke bei denen die Gemeinde Diemelsee als Eigentümerin eingetragen ist, wurden berücksichtigt.

Forstwirtschaftliche Flächen (Wald) sind unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

### 1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken

Betrag in Euro: 8.350.671,00 (Vorjahr: 8.531.452,00)

Die Gebäude sind mit den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Abschreibung massiver Bauten erfolgt einheitlich über 50 Jahre. Die Position betrifft Gebäude einschließlich der Außenanlagen und setzt sich wie folgt zusammen:

Gebäude	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Sonderinvest. Konjunkturpaket Gebäude	365.101,00	382.538,00
Kindergärten, -tagesstätten, Jugend-, Freizeiteinrichtungen	977.599,00	1.020.037,00
Sportanlagen (Schwimmbad verkauft an EWF)	1.026.010,00	1.110.824,00
Bürgerhäuser, Gemeinschaftseinrichtungen	2.027.599,00	2.131.260,00
Brand- und Katastrophenschutzeinrichtungen	2.220.765,00	2.264.290,00
Leichenhallen, sonstige Friedhofsgebäude	92.587,00	99.209,00
sonstige Betriebsgebäude	898.782,00	924.578,00
Verwaltungsgebäude	55.088,00	64.269,00
Andere Bauten	10.564,00	11.112,00
Grundstückseinrichtungen	219.988,00	250.680,00
Wohngebäude	456.588,00	272.655,00
<b>Gesamt</b>	<b>8.350.671,00</b>	<b>8.531.452,00</b>

Die Außenanlagen der Friedhöfe (Wege, Anlagen) sind unter der Position Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

### 1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen

Betrag in Euro: 19.585.764,32 (Vorjahr: 20.415.071,71)

Das Infrastrukturvermögen im Eigentum der Gemeinde Diemelsee ist einzeln erfasst und bewertet.

Die Bilanzposition setzt sich wie folgt zusammen:

Anlageart	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Gemeindestraßen	3.224.752,00	3.462.344,00
Wege und Plätze	4.092.458,00	4.267.764,00
sonst. allgemeines Infrastrukturvermögen	275.466,00	224.189,00
Kulturgüter	37.671,00	40.805,00
Baudenkmäler	638,00	812,00
öffentliche Grünflächen	13.707,00	14.247,00
Friedhöfe	127.199,00	122.919,00
Sonstige Kulturgüter und Naturgüter	2.572,00	2.780,00
Sonstige Gewässerbauten	3.013,00	0,00
Kanalisation	6.331.297,00	6.499.033,39
Kläranlagen	1.701.540,00	1.820.144,00



Nutzwasseranlagen	3.064.163,00	3.247.604,00
sonst. öfftl. Ver- und Entsorgungseinrichtungen	18.855,00	20.027,00
Wald (Aufwuchs)	229.264,32	229.264,32
Wald (Grundstücke)	463.169,00	463.169,00
<b>Gesamt</b>	<b>19.585.764,32</b>	<b>20.415.101,71</b>

#### 1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung

Betrag in Euro: 19.803,00 (Vorjahr: 24.179,00)

Unter der Position Anlagen und Maschinen sind unter anderem die Chloranlage des Freibades Vasbeck, Technik der Wasserrutsche Strandbad und eine Förderpumpe des TB Vasbeck II aufgeführt.

#### 1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Betrag in Euro: 1.877.804,73 (Vorjahr: 1.926.307,73)

Die Zusammensetzung der Position Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Werkstätteneinrichtungen und -geräte	193,00	338,00
Werkzeuge, Werksggeräte, Modelle, Prüf-, Messmittel	135,00	675,00
sonstige andere Anlagen	118.664,00	127.350,00
Fuhrpark	941.925,00	933.030,00
sonstige Betriebsausstattung	805.253,73	851.252,73
Büromaschinen, Organisationsmittel	176,00	256,00
Büromöbel und sonstige Ausstattungen	11.233,00	13.181,00
Geringwertige Anlagen und Maschinen (GWG)	225,00	225,00
<b>Gesamt</b>	<b>1.877.804,73</b>	<b>1.926.307,73</b>

#### 1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Betrag in Euro: 8.523.188,37 (Vorjahr: 6.316.661,24)

In der Bilanzposition ist die Bewertung der aktivierungspflichtigen Baumaßnahmen enthalten, die zum Bilanzstichtag noch nicht endgültig fertiggestellt waren. Die Tabelle zeigt die bewerteten Bauleistungen für die betroffenen Baumaßnahmen:

Anlagen im Bau	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Anlagen in Bau (Hochbau) – TID/Naturerlebnisstation, DGH Sudeck, FGH Rhenege, FGH Deisfeld, FGH Wirmighausen, Verwaltung Serverraum	2.492.942,71	2.371.261,04
Dorfentwicklung Diemelsee (Hochbau)		395,00
Anlagen in Bau (Sportstätten) – DBH Anbau, Freibad Vasbeck Leader+Wärmeanschluss	155.996,62	99.614,68
Anlagen in Bau (Straßen) – Aartalstraße Gehwege, Börmchen, Kerbelweg	2.304.995,53	1.853.161,89
Anlagen in Bau (Abwasserbeseitigung) - Kanal Aartalstraße, Giebringhausen, Heringhausen, Adorf, KA Heringhausen	1.704.623,65	1.199.832,60
Anlagen in Bau (Versorgungsunternehmen) - Wasserversorgung Hohe Egge, Wasserleitungen Heringhausen	29.537,28	
Anlagen in Bau (allgemeines Grundvermögen) – Grundstück Multifunktionsfläche Be., Hauptstraße 17		3.904,33



Anlagen in Bau (übrige Aufgabenbereiche) – KIP	289.521,44	199.333,42
Anlagen in Bau (Infrastrukturmaßnahmen) – Wasserltg. Aartalstraße, Bachlauf Aar, Uferpromenade	1.545.571,14	589.158,28
<b>Gesamt</b>	<b>8.523.188,37</b>	<b>6.316.661,24</b>

### 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Betrag in Euro: 24.750,00 (Vorjahr: 24.750,00)

In 2016 wurde die Bäderbetriebsgesellschaft Diemelsee mbH zwischen der Gemeinde Diemelsee und der Energie Waldeck-Frankenberg GmbH gegründet, an der die Gemeinde Diemelsee mit 99% beteiligt ist.

### 1.3.3 Beteiligungen

Betrag in Euro: 1.375.164,29 (Vorjahr: 1.370.164,29)

Die Gemeinde Diemelsee hält folgende Beteiligungen:

Beteiligungen	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Abwasserverband Oberes Diemeltal	351.162,29	351.162,29
ekom 21 GmbH	1,00	1,00
Touristik Service Waldeck-Ederbergland GmbH	6.000,00	6.000,00
Zweckverband EWF	1.000.000,00	1.000.000,00
Zweckverband Naturpark Diemelsee	1,00	1,00
Solarpark Diemelsee GmbH und Co. KG	8.000,00	8.000,00
Skyline Diemelsee GmbH & Co.KG	10.000,00	5.000,00
<b>Gesamt</b>	<b>1.375.164,29</b>	<b>1.370.164,29</b>

### 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens

Betrag in Euro: 62.815,34 (Vorjahr: 57.118,39)

Versorgungsrücklage Beamte (Wert der Einzahlungen).

### 1.3.6 Sonstige Ausleihungen

Betrag in Euro: 472.412,66 (Vorjahr: 738.611,89)

Die sonstigen Ausleihungen setzen sich wie folgt zusammen:

Sonstige Ausleihungen	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Genossenschaftsanteile Waldecker Bank	40,00	40,00
Kleindarlehen	22.209,38	29.485,55
Wohnungsbauförderdarlehen	24.542,46	24.558,41
Liquiditätsvorschuss Verein für Regionalentwicklung	5.000,00	0,00
Adorfer Chronik	2.500,00	2.500,00
EWf Ratenzahlung Schwimmbad	407.993,96	429.478,96
Landkreis Vorfinanzierung Kreisstraße	10.126,86	248.529,97
Vorfinanzierung Rasenmäher	0	4.019,00
<b>Gesamt</b>	<b>472.412,66</b>	<b>738.611,89</b>



### 2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Betrag in Euro: 322.624,42 (Vorjahr: 316.411,46)

Die folgende Tabelle zeigt die Forderungen gegliedert nach Schuldnern:

Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, etc.	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Bund		1.181,43
Land Hessen (Sonderinvestitionsprogramm etc.)	265.181,28	279.831,50
Gemeinden und Gemeindeverbände	13.424,14	14.231,74
Sonstige	44.019,00	21.166,79
<b>Gesamt</b>	<b>322.624,42</b>	<b>316.411,46</b>

### 2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Betrag in Euro: 184.741,14 (Vorjahr: 259.535,53)

Die Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Forderungen aus Steuern	16.655,23	145.088,33
Forderungen aus Gebühren	157.651,54	121.981,40
Forderungen aus Beiträgen	2.812,92	8.279,36
sonstige Forderungen aus Abgaben	7.621,45	7.607,00
Einzelwertberichtigung	0,00	0,00
Pauschalwertberichtigung	-23.420,56	-23.420,56
<b>Gesamt</b>	<b>161.320,58</b>	<b>259.535,53</b>

### 2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Betrag in Euro: 13.196,70 (Vorjahr: 16.825,85)

Hierbei handelt es sich um Mieten, Pachten und Erträge aus Schadensersatzleistungen.

### 2.3.4 Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

Betrag in Euro: 120.614,65 (Vorjahr: 131.172,76)

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen offene Posten aus der Konzessionsabgabe 63.763,15 €, der Personalgestellung für die Bäderbetriebsgesellschaft Diemelsee mbH mit 56.791,50 €, sowie der Quartalsausschüttung 60,00 € vom Solarpark.

### 2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände

Betrag in Euro: 313.046,98 (Vorjahr: 89.303,30)

Die Sonstigen Vermögensgegenstände betreffen ausstehende Umsatzsteuerforderungen der Gemeinde 139.587,86 €, Forderungen aus Kautionen 2.360,00 €, Forderung aus der Kindergartenabrechnung 145.432,79 € sowie weitere Forderungen (Zinsen, debitorische Kreditoren) 19.821,40 €.

### 2.4 Flüssige Mittel

Betrag in Euro: 1.963.833,52 (Vorjahr: 5.849,65)

Nachfolgende Ansicht zeigt die Zusammensetzung der Flüssigen Mittel:





Flüssige Mittel	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Barkasse	4.496,98	1.682,66
Girokonto bei der Sparkasse Waldeck-Frankenberg	645.939,71	0,00
Girokonto bei der Waldecker Bank	13.196,83	3.966,99
Sparbuch bei der Sparkasse	1.300.000,00	0,00
Barkasse Tourist-Information	200,00	200,00
<b>Gesamt</b>	<b>1.963.833,52</b>	<b>5.849,65</b>

### 3.1 Rechnungsabgrenzungsposten

Betrag in Euro: 36.214,27 (Vorjahr: 40.275,05)

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich wie folgt zusammen:

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
ARAP Beamtengehälter Jan. 2019 (Zahlung Dez. 2018)	13.573,07	13.358,38
ARAP Ablösekosten Kirchstraße	17.400,00	18.560,00
ARAP Ansparraten Investitionsfond Darlehen	2.641,20	5.282,87
ARAP sonstige	2.600,00	3.073,80
<b>Gesamt</b>	<b>36.214,27</b>	<b>40.275,05</b>

### 3.2 Passiva

#### 1.1 Eigenkapital – Nettosition

Betrag in Euro: 16.713.251,02 (Vorjahr: 16.713.251,02)

Die Nettosition beschreibt das im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz ermittelte Eigenkapital der Gemeinde Diemelsee.

#### 1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

Betrag in Euro: 1.114.560,54 (Vorjahr: 861.811,13)

#### 1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

Betrag in Euro: 643.181,78 (Vorjahr: 129.525,24)

#### 1.3 Ergebnisverwendung

Betrag in Euro: 766.405,95 (Vorjahr: 3.368,56)

Das Jahresergebnis gliedert sich wie folgt:

Jahresergebnis	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Ordentliches Ergebnis	252.749,41	-84.170,45
Außerordentliches Ergebnis	513.656,54	87.539,01
<b>Gesamt</b>	<b>766.405,95</b>	<b>3.368,56</b>

#### Vorgesehene Verwendung des Jahresergebnisses 2018



Bezeichnung	Ergebnis 2018 EUR	Vorjahr EUR
Ordentliches Ergebnis	252.749,41	-84.170,45
Ergebnisvortrag ordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Entnahme aus Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	84.170,45
Einstellung in Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-252.749,41	0,00
<b>Ergebnisvortrag ordentliches Ergebnis für Folgejahr</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
Außerordentliches Ergebnis (Position 27 der Ergebnisrechnung)	513.656,54	87.539,01
Ergebnisvortrag außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Entnahme aus Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
Einstellung in Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	-513.656,54	-87.539,01
<b>Ergebnisvortrag außerordentliches Ergebnis für Folgejahr</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Ergebnis-/Verlustvortrag für Folgejahr gesamt</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Die Verwendung des Jahresergebnisses erfolgt nach den Grundsätzen der §§ 24 (2) und 46 (3) GemHVO.

## 2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Betrag in Euro: 19.876.225,08 (Vorjahr: 18.920.674,22)

Zu den Sonderposten zählen die finanziellen Mittel, welche die Gemeinde für ihre Investitionen als Zuschüsse oder Zuweisungen erhält.

Die Sonderposten werden wenn möglich, dem jeweils geförderten Investitionsgut zugeordnet. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt über den gleichen Zeitraum (Nutzungsdauer) wie das bezuschusste Anlagegut. Ist keine genaue Zuordnung möglich, werden die Sonderposten pauschal über 10 Jahre aufgelöst.

Die Art der Sonderposten untergliedert sich wie folgt:

Art der Sonderposten	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Zuweisungen Wasser	526.711,20	569.873,20
Zuweisungen Abwasser	2.578.892,00	2.753.569,34
Zuweisungen Straßen, Wege, Plätze	4.586.316,00	4.686.819,00
Zuweisungen öffentliche Einrichtungen	5.747.841,79	4.499.605,51
Zuweisungen Brandschutz	1.318.125,00	1.297.648,00
<b>Summe öffentlicher Bereich</b>	<b>14.757.885,99</b>	<b>13.807.515,05</b>
Zuweisungen Abwasser	2.157,00	3.373,00
Zuweisungen Straßen, Wege, Plätze	164.936,00	182.478,00
Zuweisungen Brandschutz	40.700,95	43.765,95
Zuweisungen öffentliche Einrichtungen	263.018,00	252.816,00
<b>Summe nicht-öffentlicher Bereich</b>	<b>470.811,95</b>	<b>482.432,95</b>
Beiträge für Straßen, Wege, Plätze	1.649.042,14	1.656.826,43
Beiträge Wasser	394.030,00	398.729,18
Beiträge Abwasser	2.604.455,00	2.575.170,61
<b>Summe Investitionsbeiträge</b>	<b>4.647.527,14</b>	<b>4.630.726,22</b>
<b>Gesamt</b>	<b>19.876.225,08</b>	<b>18.920.674,22</b>



## 2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Betrag in Euro: 140.150,08 (Vorjahr: 41.214,83)

Die Bildung eines Sonderpostens für den Gebührenaussgleich ist gesetzlich verbindlich. Eine Bildung hat auch bei negativem Jahresergebnis zu erfolgen. Der Sonderposten für den Gebührenhaushalt soll Gebührenschwankungen über den Gebührenkalkulationszeitraum ausgleichen. Die Gemeinde Diemelsee führt einen Sonderposten für den Gebührenaussgleich für die Bereiche Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung.

Sonderposten für den Gebührenaussgleich	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Wasserversorgung	140.150,08	41.214,83
Abwasserentsorgung	0,00	0,00
Abfallentsorgung	0,00	0,00
<b>Gesamt</b>	<b>140.150,08</b>	<b>215.586,72</b>

## 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Betrag in Euro: 2.155.031,00 (Vorjahr: 2.081.760,00)

Die Rückstellungen für die Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

Rückstellungsgrund	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Rückstellung für eingetretene Pensionsfälle	1.255.363,00	1.245.563,00
Rückstellung für unverfallbare Anwartschaften	521.828,00	475.553,00
Rückstellung für Verpflichtungen aus Altersteilzeit	0,00	0,00
Rückstellung für Beihilfeverpflichtung Versorgungsempfänger	257.667,00	252.914,00
Rückstellung für Beihilfeverpflichtung Beamte	120.173,00	107.730,00
<b>Gesamt</b>	<b>2.155.031,00</b>	<b>2.081.760,00</b>

Die Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen erfolgt durch die KVK Beamten Versorgungskasse in Kassel. Die Werte werden mittels des steuerlichen Teilwertverfahrens unter Verwendung eines Zinssatzes von 6 % ermittelt. Die Altersteilzeitrückstellung wurde in Höhe des tatsächlichen Arbeitgeberaufwandes für die Restlaufzeit gebildet. Da der nach der GemHVO anzuwendende Rechnungszinsfuß höher ist als der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Abzinsungszinssatz, sind die daraus resultierenden höheren Rückstellungswerte gemäß den am 22.01.2013 vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport erlassenen Hinweise zu § 39 GemHVO im Anhang zum Jahresabschluss anzugeben.

Der Vergleichsberechnung wurde ein Abzinsungszinssatz in Höhe von 3,218 % zu Grunde gelegt. Dies entspricht dem von der Deutschen Bundesbank für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Geschäftsjahre (bisher 7 Geschäftsjahre) gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB.

Rückstellungsgrund	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Rückstellung für eingetretene Pensionsfälle	1.512.994,00	1.480.072,00
Rückstellung für unverfallbare Anwartschaften	773.516,00	649.414,00
Rückstellung für Beihilfeverpflichtung Versorgungsempfänger	294.962,00	270.839,00
Rückstellung für Beihilfeverpflichtung Beamte	161.715,00	129.320,00
<b>Gesamt</b>	<b>2.743.187,00</b>	<b>2.529.645,00</b>



### 3.2 Rückstellung für den Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse

Betrag in Euro: 379.886,80 (Vorjahr: 155.480,81)

Rückstellungsgrund	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Kreisumlage	223.764,65	87.913,69
Schulumlage	130.922,15	54.567,12
Rückstellungen für steuerähnliche Umlagen (Abwasserabgabe)	25.200,00	13.000,00
<b>Gesamt</b>	<b>379.886,80</b>	<b>155.480,81</b>

### 3.5 Sonstige Rückstellungen

Betrag in Euro: 418.469,79 (Vorjahr: 607.607,03)

Rückstellungsgrund	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Instandhaltungsrückstellung Tiefbrunnen Detmecke, Brunnenertüchtigung Bontkirchen	0,00	119.000,00
Rückstellungen für Rechts- u Beratungskosten	20.677,13	37.000,00
Prüfungskosten Revision	23.156,00	26.718,00
Flüchtlingsunterkünfte	27.049,89	34.000,00
Verlust Bad	347.586,77	390.889,03
<b>Gesamt</b>	<b>418.469,79</b>	<b>607.607,03</b>

### 4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Betrag in Euro: 7.788.076,25 (Vorjahr: 4.202.622,41)

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Sonderinvestitionsprogramm	298.012,13	311.587,25
Helaba	1.322.019,51	1.411.279,17
Kommunalinvestitionsprogramm	44.484,38	47.282,96
LTH	640.460,68	687.411,68
KfW	1.233.548,36	1.315.128,04
Sparkasse Waldeck-Frankenberg	326.398,35	429.933,31
Investitionsbank des Landes Brandenburg	3.923.152,84	0,00
<b>Gesamt</b>	<b>7.788.076,25</b>	<b>4.202.622,41</b>

### 4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern

Betrag in Euro: 232.155,94 (Vorjahr: 302.381,78)

Die Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern gliedern sich wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber öffentl. Kreditgebern	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
---	--------------------------	----------------



Darlehen Investitionsfond B Land	22.155,94	32.381,78
Darlehen Waldeckische Domonialverwaltung	210.000,00	270.000,00
<b>Gesamt</b>	<b>232.155,94</b>	<b>302.381,78</b>

#### 4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung

Betrag in Euro: 0,00 (Vorjahr: 2.221.010,46)

#### 4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Betrag in Euro: 8.411,76 (Vorjahr: 8.162,95)

Bei dieser Bilanzposition handelt es sich um Darlehens- und Getränkebezugsverträge.

#### 4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionsleistungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen

Betrag in Euro: 58.941,84 (Vorjahr: 126.248,88)

Unter den Verbindlichkeiten aus Zuschüssen und Zuweisungen werden die Verbandsbeiträge, sowie bereits bewilligte, aber noch nicht ausgezahlte Zuschüsse an Dritte ausgewiesen. Unter anderem Förderung Bescitigung Leerstand 12.873,00 €, AST-Verkehr 37.462,00 €, Wirtschaftsförderung 5.144,38 €.

#### 4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Betrag in Euro: 1.210.613,15 (Vorjahr: 566.452,39)

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um zum Jahresabschlussstichtag noch ausstehende Zahlungsverpflichtungen der Gemeinde Diemelsee gegenüber Dritten aus Dienstleistungs- und Lieferverträgen.

#### 4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Betrag in Euro: 41.976,96 (Vorjahr: 10.687,57)

Bei dieser Position handelt es sich um die Gewerbesteuerumlage.

#### 4.9 Sonstige Verbindlichkeiten

Betrag in Euro: 346.298,87 (Vorjahr: 387.577,79)

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Sonstige Verbindlichkeiten	31. Dezember 2018 EUR	Vorjahr EUR
Lohnsteuer	8.683,34	8.069,30
Verbindlichkeiten geg. Mitarb., Organmitglied., Gesellschaft	7.824,43	1.650,35
Verbindlichkeiten Sicherheitsleistungen	51.129,19	51.129,19
Erhaltene Erschließungsbeiträge	110.098,29	147.271,51
Erhaltene Ausgleichsabgabe	67.265,12	58.971,88
Durchlaufende Gelder	5.112,00	3.120,00
Aus der Umgliederung kreditorischer Debitoren	95.984,27	113.876,09
Sonstige Verbindlichkeiten	202,23	3.489,47
<b>Gesamt</b>	<b>346.298,87</b>	<b>387.577,79</b>



## 5.1 Rechnungsabgrenzungsposten

Betrag in Euro: 416.729,60 (Vorjahr: 445.259,30)

Hierbei handelt es sich um die gebildeten Rechnungsabgrenzungsposten für Grabstättengebühren i. H. v. 176.820,47 €, den Kanalkostenzuschuss Straßenentwässerung 160.931,78 €, Pacht Werbefläche Besucherbergwerk 60.000,00 € und die Getränkelieferungsverträge, Vorauszahlungen und Überzahlungen i. H. v. 18.678,33 €.

## 4. Sonstige Angaben

### 4.1 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

#### Altersversorgung

Die Zusatzversorgungskassen gewähren Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst aufgrund der Mitgliedschaft des Arbeitgebers in der Zusatzversorgungskasse eine Pensionszusage.

Diese stellen mittelbare Versorgungsverpflichtungen des Arbeitgebers (Gemeinde Diemelsee) dar. Nach § 40 GemHVO ist ein bilanzieller Ansatz nicht zulässig. Von daher erfolgt lediglich ein Hinweis dieser möglichen Verpflichtung im Anhang.

#### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gemäß § 50 Abs. 2 Ziffer 5 GemHVO, sind in der Anlage der Bilanz jene Sachverhalte anzugeben, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können. Nachstehend sind die wesentlichen finanziellen Verpflichtungen aus Verträgen angegeben.

#### Jährliche Verpflichtung

Versicherungen	82.032,97 €
Miete für Hard- und Software sowie Kosten der Datenverarbeitung	71.100,00 €
Leasingverträge	9.379,99 €
Mitgliedschaften	30.552,31 €
Mietverträge für die Anmietung von Grundstücken und Gebäuden	5.827,51 €
Mietverträge Wohnraum Flüchtlinge	108.885,33 €

#### Sonstige finanzielle Risiken

Zum 31. Dezember 2018 hat die Gemeinde Diemelsee eine Ausfallbürgschaft gegenüber der Kasseler Bank in Höhe von 658.378 € zur Finanzierung investiver Maßnahmen im Bereich Renovierung und Umbau des Schwimmbades in Heringhausen gewährt.

### 4.2 steuerliche Verhältnisse / Betriebe gewerblicher Art

Die Gemeindeverwaltung ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts und daher grundsätzlich als solche nicht steuerpflichtig. Dieser Grundsatz wird durchbrochen, wenn juristische Personen des öffentlichen Rechts Betriebe gewerblicher Art unterhalten. Mit diesen Betrieben gewerblicher Art ist die Gemeinde nach § 4 Körperschaftsteuergesetz (KStG) unbeschränkt steuerpflichtig.

Zum 31. Dezember 2018 unterhält die Gemeinde folgende Betriebe gewerblicher Art:

- Schwimmbäder
- Wasserversorgung
- Besucherbergwerk
- Bürgerhäuser
- Kurbetrieb

Nach § 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) sind juristische Personen des öffentlichen Rechts mit ihren Betrieben gewerblicher Art umsatzsteuerpflichtig.



## Beteiligungen

Zum Bilanzstichtag liegen folgende Beteiligungen vor:

Beteiligungen	31. Dezember 2018 EUR
Bäderbetriebsgesellschaft Diemelsee mbH	24.750,00
Abwasserverband Oberes Diemeltal	351.162,29
ekom 21 GmbH	1,00
Touristik Service Waldeck-Ederbergland GmbH	6.000,00
Zweckverband EWF	1.000.000,00
Zweckverband Naturpark Diemelsee	1,00
Solarpark Diemelsee GmbH und Co. KG	8.000,00
Skyline Diemelsee GmbH & Co.KG	10.000,00
<b>Gesamt</b>	<b>1.399.914,29</b>

## 4.3 Personalbestand

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung verteilen sich gemäß dem Stellenplan zum 31. Dezember 2018 wie folgt:

Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter Gemeinde	31. Dezember 2018	Vorjahr
Beamte	3	3
Tariflich Beschäftigte	22	22
Auszubildende	3	3
<b>Gesamt</b>	<b>28</b>	<b>28</b>

Getrennt nach Aufgabenbereichen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie folgt eingesetzt:

Aufgabenbereiche	31. Dezember 2018	Vorjahr
Verwaltung	14	14
Bauhof	6	6
Reinigungspersonal	1	1
Schwimmbad	4	4
Tourist-Information	3	3
<b>Gesamt</b>	<b>28</b>	<b>28</b>

Des Weiteren waren zum Bilanzstichtag im Rahmen von Minijobs weitere Mitarbeiter|innen zur Betreuung der Gemeinschaftseinrichtungen, Reinigung von Buswarteallen sowie für die Pflege öffentlicher Anlagen beschäftigt.

## 4.4 Organe

Die Organe der Gemeinde Diemelsee sind gemäß § 9 HGO die Gemeindevertretung und der Gemeindevorstand.

### Gemeindevertretung:

Die Gemeindevertretung ist das oberste Organ der Gemeinde und hat 23 Mitglieder. Mitglieder der Gemeindevertretung zum 31. Dezember 2018 sind:

#### SPD-Fraktion

- 1) Hannelore Behle



- 2) Erich Fischer
- 3) Karl-Werner Fisseler
- 4) Jurta Franke
- 5) Hans Hiemer
- 6) Martin Tepel
- 7) Albrecht Tobien
- 8) Sonja Witsch

#### **CDU-Fraktion**

- 1) Elke Jesinghausen
- 2) Simone Jesinghausen
- 3) Hartmut Schmidtke
- 4) Dr. Beate Schultze
- 5) Björn Stöcker
- 6) Jörg Weidemann

#### **FWG-Fraktion**

- 1) Klaus-Jürgen Bangert
- 2) Klaus-Dieter Becker
- 3) Christoph Preising
- 4) Norbert Scheele
- 5) Horst Wilke

#### **FDP-Fraktion**

- 1) Jan-Christoph Meier
- 2) Christian Pohlmann
- 3) Klaus Pohlmann
- 4) Stephanie Wetekam

Die Gemeindevertretung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde und überwacht die gesamte Verwaltung und die Geschäftsführung des Gemeindevorstandes.

Die Gemeindevertretung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse folgende Ausschüsse:

- Haupt- und Finanzausschuss, Sport, Kultur, Soziales
- Ausschuss für Bauen, Wirtschaft und Fremdenverkehr
- Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten und Umwelt

#### **Gemeindevorstand:**

Der Gemeindevorstand besorgt die laufende Verwaltung. Durch den Haushaltsplan wird er ermächtigt, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Der Gemeindevorstand besteht aus dem hauptamtlichen Bürgermeister und fünf ehrenamtlichen Beigeordneten.

Der Bürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde direkt gewählt. Seine Amtszeit beträgt sechs Jahre. Die Beigeordneten werden von der Gemeindevertretung für die Dauer der





Legislaturperiode der Gemeindevertretung gewählt. Der erste Beigeordnete ist der allgemeine Vertreter des Bürgermeisters.

Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde nach außen.

Der Bürgermeister bereitet die Beschlüsse des Gemeindevorstandes vor und führt sie aus. Er leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang der gesamten Verwaltung und sorgt für einen geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte.

Der Gemeindevorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Bürgermeister:	Volker Becker
Erster Beigeordneter:	Eckhard Köster
Beigeordneter:	Gerhard Behle
Beigeordneter:	Karl-Heinz Heinemann
Beigeordneter:	Reinhold Kalhöfer-Köchling
Beigeordneter:	Jürgen Kütke

#### 4.5 Eingesetzte Software

Zur Umsetzung der Doppik wird die Software „Newsystem Kommunal“ (N7) der Fa. Infoma als Rechenzentrumslösung über den Unternehmensverbund ekom21 GmbH eingesetzt.

#### 4.6 Personen, die Zugriffsrechte für die Software besitzen

Nachfolgende Personen besitzen die Zugriffsrechte für die Software „Newsystem Kommunal“:

Andre Horn, Finanzabteilung, Verwaltungsfachangestellter  
Sandra Ammenhäuser, Finanzabteilung, Verwaltungsfachangestellte  
Viktor Moor, Finanzabteilung, Verwaltungsfachangestellter  
Jürgen Löchner, Steuerabteilung, Verwaltungsfachangestellter  
Martina Fisseler, Steuerabteilung, Verwaltungsfachangestellte  
Silke Pohle, Steuerabteilung, Verwaltungsfachangestellte

#### 4.7 rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Die Gemeinde Diemelsee ist eine kreisangehörige Gebietskörperschaft im Landkreis Waldeck-Frankenberg, bestehend aus den dreizehn Ortsteilen Adorf, Benkhausen, Deisfeld, Flechtdorf, Giebringhausen, Heringhausen, Ottlar, Rhenegge, Schweinsbühl, Stormbruch, Sudeck, Vasbeck und Wirmighausen. Als Gebietskörperschaft verwaltet Sie ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist der Landrat des Landkreises Waldeck-Frankenberg. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel. Die oberste Aufsichtsbehörde ist der Minister des Innern und für Sport des Landes Hessen.

Die Gemeinde hat zum 31. Dezember 2018 4.733 Einwohner (31.12.2017: 4.832) und umfasst eine Fläche von insgesamt 12.156 Hektar.



5. Anlagen zum Anhang

Tagesabschluss

Gemeinde Diemelsee

Seite 1 von 1  
AHORN  
Andre Horn  
03.01.2019 09:17

Tagesabschluss

Abgleich Bankkonten/Finanzrechnung für Tagesabschlussnr. 230, Abschlussdatum 31.12.18, erstellt am/um 03.01.19 / 09:16:48

Filter: Reg. Tagesabschluss Kopf. Nr.: 230

Optionen: Bankkonten drucken: Mit Saldo, Bankkonto, Bankkonto

Bankkonto BIC/Swift-Code	IBAN	Name	Buchungsbestand bisher	Tagessaldo	Buchungsbestand	Schwebeposten	Kontostand	Schwebeposten nach Strichtag
1000		Berkasse	1.593,20	2.903,78	4.496,98	0,00	4.496,98	202,37
10000	HELDEF1KOR	Spk Waldeck-Frankenber	471.429,18	174.510,53	645.939,71	0,00	645.939,71	-35.593,24
10001		Waldecker-Bank Korbach	275.715,54	-252.518,71	13.196,83	0,00	13.196,83	4.731,72
GENODEF1KBW	DE36523600590003900010	Sparkasse Waldeck-Frankenber	0,00	1.300.000,00	1.300.000,00	0,00	1.300.000,00	0,00
10007	HELDEF1KOR	Tourist-Information-Diemelsee	200,00	0,00	200,00	0,00	200,00	0,00
1002	DES1523500050009074180							
<b>Summe Bankkonten</b>			<b>748.937,92</b>	<b>1.214.895,60</b>	<b>1.963.833,52</b>	<b>0,00</b>	<b>1.963.833,52</b>	<b>-30.649,15</b>
<b>Summe Finanzrechnung</b>					<b>1.963.833,52</b>			
davon Einzahlungen Finanzrechnung					122.605.610,91			
davon Auszahlungen Finanzrechnung					-120.641.777,39			
<b>Differenz Summe Bankkonten - Summe Finanzrechnung</b>					<b>0,00</b>			

Aufgestellt: Diemelsee, den 03.01.19 <i>Ahorn</i>	Gesehen: Diemelsee, den 7.1.19 <i>V. Hill</i>
Kasse	Kassenaufsichtsbeamter

Anhang zum Jahresabschluss  
Gemeinde Diemelsee 2018



Art der Forderungen	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	322.624,42	71.065,10	58.860,95	192.698,37	316.411,46
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	184.741,14	184.741,14			282.956,09
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.196,70	13.196,70			16.837,89
4. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	120.614,65	120.614,65			131.172,76
5. Sonstige Vermögensgegenstände	311.501,29	311.501,29			89.303,30
Summe aller Forderungen:	952.678,20	701.118,88	58.860,95	192.698,37	836.681,50
		= Datenfelder zum Eintragen der jeweiligen Werte			

### Verbindlichkeitsspiegel

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Anleihen	0,00				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen					
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00				0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00				0,00
2.3 von Sondervermögen	0,00				0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	232.155,94	17.725,84	124.430,10	90.000,00	302.381,78
2.5 von Kreditinstituten	8.020.232,19	0,00	512.265,43	7.507.966,76	4.202.622,41
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00				2.221.010,46
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	8.411,76		8.411,76		8.162,95
5. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	58.941,84	58.941,84			126.248,88
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.210.613,15	1.210.613,15			566.452,39
7. Verbindlichkeiten Steuern und steuerähnlichen Abgaben	41.976,96	41.976,96			10.687,57
7. Sonstige Verbindlichkeiten	168.935,45	168.935,45			181.334,40
8. Erhaltene Anzahlungen	177.363,41	177.363,41			206.243,39
9. Summe aller Verbindlichkeiten	9.918.630,70	1.675.556,65	645.107,29	7.597.966,76	7.825.144,23
		= Datenfelder zum Eintragen der jeweiligen Werte			

### Rückstellungsübersicht

Doppische Rückstellungen dürfen nicht als Spareinlagen zur Finanzierung der jeweils bezeichneten Zwecke angesehen werden. Vielmehr sind sie ein gedanklicher Hinweis darauf, dass künftig Auszahlungen oder Einzahlungsausfälle die finanzielle Lage der Gemeinde belasten werden. Sie stellen also Schulden im weiteren Sinne dar. Im Idealfall sollte der Bestand an Rückstellungen auch in Form von echten Finanzmitteln zur Verfügung stehen, um die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können. Rückstellungen werden gebildet, um frühzeitig den Aufwand darzustellen, der i.d.R. bereits vor Fälligkeit der Auszahlungen wirtschaftlich entstanden ist. Da diesem frühzeitig erkannten und verbuchten Aufwand (noch) kein Zahlungsverkehr gegenübersteht, werden Rückstellungen auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Die in der Eröffnungsbilanz gebildeten Rückstellungen haben sich im Laufe des Haushaltsjahres wie folgt entwickelt [in €]:

Anhang zum Jahresabschluss  
Gemeinde Diemelsee 2018



Art der Rückstellung	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge des Haushaltsjahres	Inanspruch- nahme des Haushaltsjahres	Herabsetzungen und Auflösungen des Haushaltsjahres	Stand zum Ende des Haushaltsjahres
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.081.760,00	74.988,00	1.717,00	-	2.155.031,00
Rückstellungen für Finanzausgleich / Steuerschuldverhältnisse	155.480,81	224.405,99		-	379.886,80
Rückstellungen für die Rekultivierung / Nachsorge von Abfalldeponien	-	-	-	-	-
Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	-	-	-	-
Sonstige Rückstellungen	607.607,03	359.586,77	452.943,93	95.780,08	418.469,79
<b>Summe</b>	<b>2.844.847,84</b>	<b>658.980,76</b>	<b>454.660,93</b>	<b>95.780,08</b>	<b>2.953.387,59</b>



Anhang zum Jahresabschluss  
Gemeinde Diemelsee 2018

Anlagenübersicht

Beschreibung	Gesamte AK/HK 01.01.2018	Zugänge AK/HK 2018	Abgänge AK/HK 2018	Umbuch. AK/HK 2018	Gesamte AK/HK 31.12.2018	Kum. Abschreibung 01.01.2018	Zuschreibung 2018	Abschreibung 2018	Abgang Abschreibung 2018	Umbuchungen (AfA) 2018	Kum. Abschreibung 31.12.2018	Stand am Ende 2017	Stand am Ende 2018
<b>1. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>													
11 Konzessionen, Lizenzen u. ähnl. Rechte	3.248,02	125,00			4.373,02	-2.780,02	-57,00	-57,00			-2.263,02	468,00	2.110,00
12 gel. Investitionszweckungen u. -zuschüsse	64.557,54	80.452,00			65.195,54	-62.272,54	-7.950,00	-7.950,00			-44.322,54	552.385,00	650.717,00
<b>Summe 1</b>	<b>67.805,56</b>	<b>81.587,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>699.492,56</b>	<b>-65.052,56</b>	<b>0,00</b>	<b>-8.457,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-46.585,56</b>	<b>552.853,00</b>	<b>652.907,00</b>
<b>2. Sachanlagevermögen</b>													
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	6.993.343,6	979.099,57	-12.888,73	-66.633,17	7.732.920,82							6.993.343,6	7.732.920,82
2.2 Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	6.745.123,37	9.556,08		220.672,55	6.985.349,98	-8.74.395,89	-446.023,30	-446.023,30			-7.728.372,99	8.570.754,48	9.256.988,39
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	48.843.789,6	23.585,91	-41.989,2	366.795,02	49.327.896,96	-28.476.354,49	-12.16.724,49	-12.16.724,49			-27.259.629,70	20.967.404,96	21.933.452,6
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	396.458,95	22.626,00	-7.400,00		411.684,95	-207.890,95		-31.527,78			-76.850,7	88.778,00	235.467,9
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.731.483,39	514.665,3	-29.957,30	82.295,64	3.822.956,26	-195.592,09		-79.516,61			-177.990,48	1.751.556,30	2.050.975,78
2.6 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.297.024,76	2.150.863,36		-543.103,04	8.504.745,08							6.297.024,76	8.504.743,08
<b>Summe 2</b>	<b>82.988.876,77</b>	<b>3.847.085,43</b>	<b>-185.635,15</b>	<b>0,00</b>	<b>86.550.327,05</b>	<b>-38.310.024,12</b>	<b>0,00</b>	<b>-1.873.883,18</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-36.936.140,94</b>	<b>44.178.852,85</b>	<b>49.714.186,11</b>
<b>3. Finanzanlagevermögen</b>													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	29.750,00				29.750,00							29.750,00	29.750,00
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen					0,00							0,00	0,00
3.3 Beteiligungen	1.370.642,29	5.000,00			1.375.642,29							1.365.642,29	1.375.642,29
3.4 Anteile an Unternehmen, die Beteiligungverh. besteht					0,00							0,00	0,00
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	57.183,39	5.696,95			62.880,34							51.763,75	62.880,34
3.6 sonstige Finanzanlagen	738.618,99		-287.522,63		470.096,26		131,40					488.078,99	472.420,65
<b>Summe 3</b>	<b>2.195.644,57</b>	<b>10.696,95</b>	<b>-287.522,63</b>	<b>0,00</b>	<b>1.938.828,89</b>	<b>0,00</b>	<b>131,40</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>131,40</b>	<b>1.934.757,03</b>	<b>1.940.142,29</b>
<b>4. Spartenrechtliche Sonderbeziehungen</b>													
<b>Gesamtsumme (1 bis 4.)</b>	<b>85.802.426,90</b>	<b>3.939.369,38</b>	<b>-453.147,78</b>	<b>0,00</b>	<b>89.288.648,50</b>	<b>-38.875.076,68</b>	<b>131,40</b>	<b>-1.892.350,16</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-36.981.413,10</b>	<b>46.666.462,88</b>	<b>52.307.235,40</b>


Anhang zum Jahresabschluss  
Gemeinde Diemelsee 2018



Anlagen im Bau

Beschreibung	Anschaffungs- kosten 01.01.2018	Zugänge 2018	Abgänge 2018	Umbuchung 2018	Anschaffungs- kosten 31.12.2018
<b>1. Geleistete Anzahlungen auf Anlagen</b>					
					0,00
<b>Summe 1.</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>2. Geleistete Anzahlung auf Betriebs-/ Geschäftsausstattung</b>					
TSE-W Heringhausen	77.860,58			-77.860,58	0,00
<b>Summe 2.</b>	<b>77.860,58</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-77.860,58</b>	<b>0,00</b>
<b>3. Anlagen im Bau (Hochbau)</b>					
Dorferneuerung Diemelsee	395,00			-395,00	0,00
Multifunktionsplatz Benkhausen		559,30			559,30
IID Naturerlebnisstation	2.311.095,51	72.609,99			2.383.705,50
DGH Sudeck Umbau	9.877,11	30.073,81			39.950,92
FGH Rhenegge Umbau	11.281,53	2.815,82		-14.097,35	0,00
FGH Deisfeld Anbau	17.111,46	8.954,67			26.066,13
FGH Winnighausen Unkleide	2.258,95	2.309,90		-4.568,85	0,00
Serverraum Verwaltung	19.636,48		-1.191,19		18.445,29
Dommelhalle Ottlar		24.215,57			24.215,57
<b>Summe 2.</b>	<b>2.371.656,04</b>	<b>141.539,06</b>	<b>-1.191,19</b>	<b>-19.061,20</b>	<b>2.492.942,71</b>
<b>3. Anlagen im Bau (Eigene Sportstätten)</b>					
Dansenberghalle Anbau Geräteraum	99.614,68	56.381,94			155.996,62
<b>Summe 3.</b>	<b>99.614,68</b>	<b>56.381,94</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>155.996,62</b>
<b>4. Anlagen im Bau (Straßen)</b>					
Aartalstraße	1.849.155,68	445.765,18			2.294.920,86
Kerbelweg	4.006,21				4.006,21
Parkplatz Hängebrücke		6.068,46			6.068,46
<b>Summe 4.</b>	<b>1.853.161,89</b>	<b>451.833,64</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>2.304.995,53</b>
<b>5. Anlagen im Bau (Abwasserbeseitigung)</b>					<b>0,00</b>
Kanal Aartalstraße	1.149.350,06	152.142,23		-100.090,03	1.201.402,26
Kläranlage Heringhausen	29.952,74	14.438,85			44.391,59
Kanal Heringhausen	8.829,80	450.000,00			458.829,80
Kanal Dahlienweg Verlängerung 2018	11.700,00	105.390,34		-117.090,34	0,00
<b>Summe 5.</b>	<b>1.199.832,60</b>	<b>721.971,42</b>	<b>0,00</b>	<b>-217.180,37</b>	<b>1.704.623,65</b>
<b>6. Anlagen im Bau (Versorgungsunternehmen)</b>					
TB Bontkirchen/IIB Egge	6.367,04		-6.367,04		0,00
Wasserleitung Heringhausen Hängebrücke		29.037,28			29.037,28
Wasserleitung Heringhausen Am Rasenberg		500,00			500,00
<b>Summe 6.</b>	<b>6.367,04</b>	<b>29.537,28</b>	<b>-6.367,04</b>	<b>0,00</b>	<b>29.537,28</b>
<b>7. Anlagen im Bau (Allgemeines Grundvermögen)</b>					
Grundstück Am Thie 1	2.161,90	77.254,34		-79.416,24	0,00
Grundstück Hauptstraße 17	1.742,43		-1.742,43		0,00
<b>Summe 7.</b>	<b>3.904,33</b>	<b>77.254,34</b>	<b>-1.742,43</b>	<b>-79.416,24</b>	<b>0,00</b>
<b>8. Anlagen im Bau (übrige Aufgabenbereiche)</b>					
KIP Programm 2016	199.333,42	90.188,02			289.521,44
<b>Summe 8.</b>	<b>199.333,42</b>	<b>90.188,02</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>289.521,44</b>
<b>9. Anlagen im Bau (Infrastrukturmaßnahmen)</b>					<b>0,00</b>
Uferpromenade	152.787,49	907.952,34			1.060.739,83
Bachlauf Aar Flechtdorf	208.663,83	32.500,00			241.163,83
Leitsystem Sauerland	420,17				420,17
Dahlienweg Adorf Vorstufe Erweiterung	7.800,00	47.381,01		-55.181,01	0,00
Radwegebeschilderung 2018		4.130,57			4.130,57
Wasserleitung Aartalstraße	209.506,30	15.377,24			224.883,54
Wasserleitung Dahlienweg Erweiterung 2018	3.613,45	18.781,66		-22.395,11	0,00
Wasserleitung Martenberg 2018		6.867,54		-6.867,54	0,00
Wasserleitung Benkhausen		14.233,20			14.233,20
<b>Summe 9.</b>	<b>582.791,24</b>	<b>1.047.223,56</b>	<b>0,00</b>	<b>-84.443,66</b>	<b>1.545.571,14</b>
<b>Gesamtsumme (1. bis 9.)</b>	<b>6.394.521,82</b>	<b>2.615.929,26</b>	<b>-9.300,66</b>	<b>-477.962,05</b>	<b>8.523.188,37</b>

Diemelsee, 22.08.2019

  
Volker Becker

- Bürgermeister -

# **Rechenschaftsbericht**

# **2018**

## **Gemeinde Diemelsee**





## Inhaltsverzeichnis

<i>Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen</i>	2
<i>Jahresergebnis</i>	2
<i>Haushaltsplan Rahmenbedingungen</i>	2
<i>Haushaltsvollzug - Berichtswesen</i>	3
<i>Ergebnishaushalt / Ergebnisrechnung</i>	4
<i>Ergebnislage</i>	4
<i>Ertragslage</i>	6
<i>Aufwandslage</i>	10
<i>Entwicklung Kostenrechnende Einrichtungen</i>	14
<i>Finanzhaushalt / Finanzrechnung</i>	15
<i>Allgemeine Entwicklung</i>	15
<i>Investitionstätigkeit</i>	16
<i>Vermögens- und Schuldenlage</i>	18
<i>Kennzahlen</i>	20
<i>Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis</i>	20
<i>Steuern</i>	20
<i>Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen</i>	21
<i>Gemeinschaftssteuern</i>	23
<i>Zuwendungen und allgemeine Umlagen</i>	25
<i>Personalaufwand</i>	26
<i>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</i>	28
<i>Transferaufwendungen</i>	29
<i>Haushaltsergebnis</i>	30
<i>Kennzahlen zur Bilanz</i>	32
<i>Kennzahlen zur Vermögenslage</i>	32
<i>Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)</i>	34
<i>Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung</i>	34
<i>Prognosebericht - Risiken und Chancen</i>	36
<i>Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital</i>	36
<i>Entwicklung der Verschuldung</i>	37
<i>Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur</i>	38
<i>Budgetauswertung / Über- und außerplanmäßige Ausgaben</i>	40
<i>Miet- und Pachtverhältnisse</i>	41
<i>Übertragung Haushaltsreste</i>	42





## Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen

Mit der Aufstellung eines Jahresabschlusses nach den Regelungen des doppelten Rechnungswesens ist auch die Verpflichtung zur Abgabe eines Rechenschaftsberichts verknüpft. Gemäß § 112 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist der Jahresabschluss durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

Gemäß § 51 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO) sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch darstellen:

- Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind
- die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung
- wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen.

## Jahresergebnis

Nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) werden für die Beurteilung der kommunalen Haushalte vorrangig die Erträge und Aufwendungen herangezogen. Gemäß § 92 Abs. 4 HGO soll der Haushalt in jedem Jahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein.

Der Ergebnishaushalt gilt als ausgeglichen, wenn:

1. der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge und der Zins- und sonstigen Finanzerträge mindestens ebenso hoch ist wie der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen
- oder
2. der Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis des Ergebnishaushalts und der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis der Ergebnisrechnung durch die Inanspruchnahme von Mitteln der Rücklagen ausgeglichen werden können.

Grundsätzlich gilt, dass ein positives Jahresergebnis das Eigenkapital in der Bilanz erhöht und ein negatives Jahresergebnis das Eigenkapital belastet. Langfristig ist ein ausgeglichenes Ergebnis notwendig, um u. a. Generationengerechtigkeit sicherzustellen.

Der Jahresabschluss 2018 weist in der Ergebnisrechnung ein Jahresergebnis in Höhe von 766.405,95 Euro aus. Im Vergleich zum Ergebnis des Haushaltsplanes 2018 in Höhe von 63.430,00 Euro beträgt die Veränderung 702.975,95 Euro.

Insgesamt kann das Rechnungsjahr 2018 aufgrund der vorliegenden Zahlen positiv bezeichnet werden. Es darf aber nicht darüber hinweggesehen werden, dass die im Haushaltsplan 2018 vorgesehenen Investitionen nicht komplett durchgeführt wurden. Diese müssen auf die nachgelagerten Haushaltsjahre verteilt und finanziert werden

## Haushaltsplan Rahmenbedingungen

### Haushaltsplan 2018

Der Haushaltsplan 2018 wurde am 09.02.2018 durch die Gemeindevertretung beschlossen und am 16.02.2018 von der Kommunalaufsicht genehmigt. Er schloss im Ergebnisplan mit einem Überschuss von 63.430 € ab, wies eine Kassenkreditermächtigung von 3,5 Mio. € und einen Gesamtbetrag der Kredite, die zur Aufnahme im Haushaltsjahr zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich sind, von 4.146.390 € aus. Verpflichtungsermächtigungen wurden auf 4.100.650 € festgesetzt.

Gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplans 2018 haben sich im Laufe des Jahres 2018 folgende Veränderungen ergeben. Ein Nachtragshaushalt wurde nicht aufgestellt.

- Mehrertrag bei Kostenerstattungen von rd. 84.050 €



- Mehrertrag bei der Einkommensteuer von rd. 64.164 €
- Mehrertrag von Zuschüssen für die Kinderbetreuung von rd. 79.131 €
- Außerordentlicher Mehrertrag von rd. 614.978 €
- Weniger Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von rd. 248.164 €
- Mehraufwand bei den Steueraufwendungen von rd. 224.617 €
- Außerordentlicher Mehraufwand von rd. 101.322 €

### **Haushaltsplan 2019**

Der Haushaltsplan 2019 wurde von der Gemeindevertretung am 08.02.2019 beschlossen und von der Kommunalaufsicht am 28.02.2019 genehmigt.

Der Haushaltsplan (Ergebnishaushalt) weist einen Fehlbetrag von 350.740 € aus. Gegenüber der Vorjahresplanung hat sich das Planergebnis um 414.170 € verschlechtert.

Die Haushaltsplanungen sind wie bisher auch, vorsichtig erfolgt.

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung muss weiterhin ein Umdenken erfolgen. In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerung (amtliche Statistik Hauptwohnsitze) um 961 Einwohner zurückgegangen. Dies entspricht 20 % der Diemelseer Einwohner.

Neben sinkenden Zuweisungen sind auch die Fixkosten unserer Infrastruktureinrichtungen (Ver- und Entsorgungsanlagen, Gemeinschaftseinrichtungen etc.) jährlich von immer weniger Einwohnern zu tragen.

Bei der 203. Vergleichenden Prüfung „Haushaltsstruktur 2017: Siedlungsstruktur“ hat der Landesrechnungshof bestätigt, dass die Bürger zersiedelter Gemeinden wie Diemelsee durch die hohen Gebühren – aufgrund des Kostendeckungsprinzips – im Vergleich zu Bürgern nicht zersiedelter Gemeinden benachteiligt sind.

Die Zielvorgabe des Haushaltsausgleichs ist von der Entwicklung der Gewerbesteuer und dem Anteil an der Einkommensteuer abhängig. Bei einem Wegbrechen dieser Einnahmen führt dies zwangsläufig zu steigenden Abgaben, Steuern und Benutzungsgebühren. Eine Hauptaufgabe der ländlichen Flächenkommunen wird daher künftig sein, den demographischen Wandel zu begleiten um mit allen Beteiligten verträgliche Lösungsansätze zu finden.

### Haushaltsvollzug - Berichtswesen

Nach § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist die Gemeindevertretung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Die Gemeindevertretung wird regelmäßig über den Stand der Finanzrechnung unterrichtet. Des Weiteren werden die Haushaltsüberschreitungen vom Gemeindevorstand genehmigt und der Gemeindevertretung zur Kenntnis gegeben. Diese Berichte werden bisher dreimal pro Jahr erstellt (Zweimal im laufenden Jahre und im Rahmen des Jahresabschlusses).

Auf die Erläuterungen zu den Budgetauswertungen und den über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird auf Punkt 6 des Rechenschaftsberichtes verwiesen.



## Ergebnishaushalt / Ergebnisrechnung

Das Jahresergebnis berechnet sich aus folgenden Ergebnisteilen:

Verwaltungsergebnis

+ Ergebnis der Finanzierungstätigkeit (Finanzergebnis)

= Ergebnis der ordentlichen Tätigkeit (Ordentliches Ergebnis)

+ Ergebnis der außerordentlichen Tätigkeit (Außerordentliches Ergebnis)

---

= **Jahresergebnis**

## Ergebnislage

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2018 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,5 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen, das Wachstum hat aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP jeweils um 2,2 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,2 % liegt.

### Die Ergebnisse im Überblick

Nachfolgend wird das Jahresergebnis 2018 im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres sowie im Vergleich zur Haushaltsplanung 2018 dargestellt:

	Ergebnis 2017	Fortgeschr. Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich fortg. Ansatz / Ergebnis 2018	Vergleich Erg. Vorjahr / Erg. 2018
Ordentliche Erträge	11.375.969,28	11.610.910,00	11.707.891,98	96.981,98	331.922,70
Ordentliche Aufwendungen	11.430.919,35	11.476.830,00	11.400.813,57	- 76.016,43	- 30.105,78
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>- 54.950,07</b>	<b>134.080,00</b>	<b>307.078,41</b>	<b>172.998,41</b>	<b>362.028,48</b>
Finanzerträge	108.972,26	97.890,00	135.204,29	37.314,29	26.232,03
Zinsen und sonstige Aufwendungen	138.192,64	199.770,00	189.533,29	- 10.236,71	51.340,65
<b>Finanzergebnis</b>	<b>- 29.220,38</b>	<b>- 101.880,00</b>	<b>- 54.329,00</b>	<b>47.551,00</b>	<b>- 25.108,62</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>- 84.170,45</b>	<b>32.200,00</b>	<b>252.749,41</b>	<b>220.549,41</b>	<b>336.919,86</b>
Außerordentliche Erträge	118.710,90	-	614.978,44	614.978,44	496.267,54
Außerordentliche Aufwendungen	31.171,89	-	101.321,90	101.321,90	70.150,01
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>87.539,01</b>	<b>-</b>	<b>513.656,54</b>	<b>513.656,54</b>	<b>426.117,53</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>3.368,56</b>	<b>32.200,00</b>	<b>766.405,95</b>	<b>734.205,95</b>	<b>763.037,39</b>



### Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der laufenden Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung Defizite entstehen. Die Finanzierungstätigkeit (Finanzerträge und Finanzaufwendungen wie z.B. Zinsen) bleibt bei dieser Betrachtung zunächst außen vor. Langfristig gesehen ist ein positives Verwaltungsergebnis zwingend notwendig, um eine Überschuldung zu verhindern.

Das Verwaltungsergebnis schließt in Höhe von 307.078,41 € ab. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres beträgt die Veränderung +362.028,48 €. Gegenüber dem geplanten Verwaltungsergebnis ergibt sich eine Abweichung in Höhe von +172.998,41 €.

### Finanzergebnis

Neben dem Verwaltungsergebnis steht das Finanzergebnis in Höhe von -54.329,00 €. Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um -25.108,62 € und gegenüber dem Haushaltsplan um +47.551,00 € verändert.

### Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis ergeben das Ordentliche Ergebnis, was mit 252.749,41 € abschließt und vom Vorjahresergebnis um 336.919,86 € abweicht.

Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung +220.549,41 €.

### Jahresergebnis

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 513.656,54 € in das Jahresergebnis ein.

Das Jahresergebnis 2018 beträgt somit 766.405,95 € und verändert sich zum Vorjahresergebnis um 763.037,39 €. Gegenüber dem geplanten Jahresergebnis in Höhe von 63.430,00 € (inkl. HH-Reste 32.200,00 €) ergibt sich eine Abweichung in Höhe von +734.205,95 €.

### Rücklagen

Jahresergebnisse haben Auswirkungen auf das Eigenkapital. Grundsätzlich gilt: Negative Jahresergebnisse reduzieren das Eigenkapital positive Abschlüsse stärken das Eigenkapital.

In der nachfolgenden Tabelle wird die Entwicklung des Eigenkapitals in Gänze und in seinen Einzelpositionen dargestellt:

### Rücklagenentwicklung

	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018
1. - Eigenkapital	15.983.555,99	16.868.371,65	17.701.218,83	17.704.587,39	18.470.993,34
1.1. - Nettoposition	16.713.251,02	16.713.251,02	16.713.251,02	16.713.251,02	16.713.251,02
1.2. - Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital	-	155.120,63	987.967,81	991.336,37	1.757.742,32
1.2.1 - Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-	148.734,11	945.981,58	861.811,13	1.114.560,54
1.2.2. - Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	-	6.386,52	41.986,23	129.525,24	643.181,78
1.2.3. - Sonderrücklagen	-	-	-	-	-
1.2.4. - Stiftungskapital	-	-	-	-	-
1.3. - Ergebnisverwendung	- 729.695,03	-	-	-	-
1.3.1. - Ergebnisvortrag	- 729.695,03	-	-	-	-
1.3.1.1 - Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	- 729.695,03	-	-	-	-
1.3.1.2 - Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
1.3.2. - Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-	-	-	-	-
1.3.2.1. - Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-	-	-	-	-
1.3.2.2. - Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-	-	-	-	-

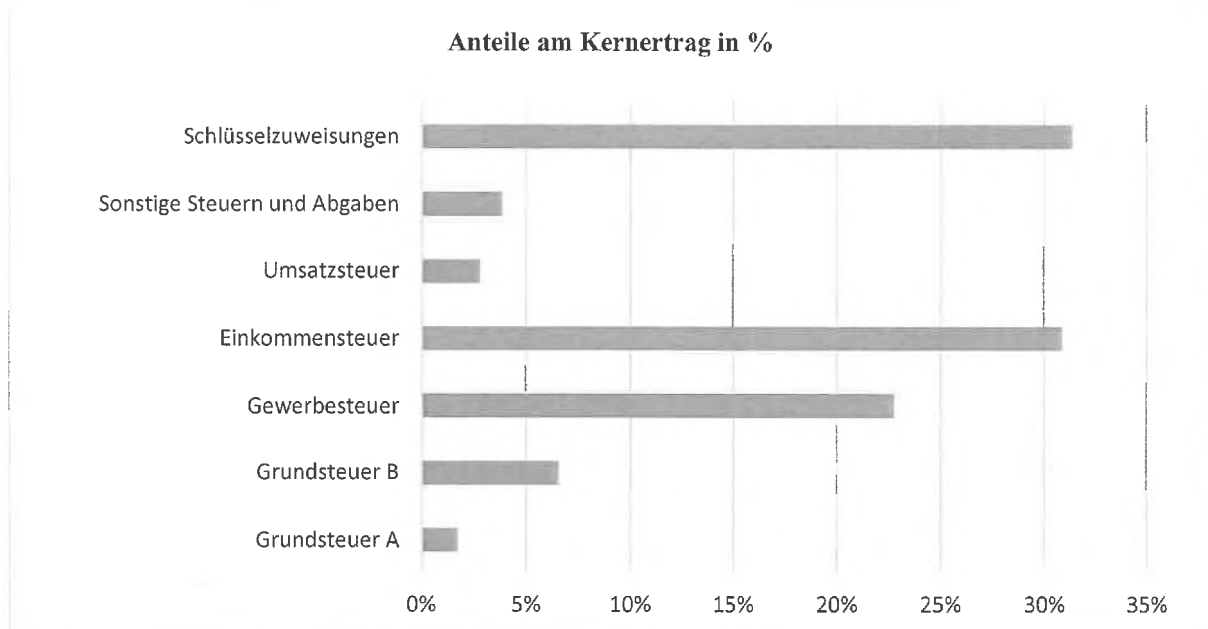


## Ertragslage

### Zusammensetzung der Kernfinanzierungsmasse

In der nachfolgenden Grafik wird der prozentuale Anteil der einzelnen Steuerarten bzw. der Schlüsselzuweisungen an der Kernfinanzierungsmasse des Haushaltes abgebildet. Die Kernfinanzierungsmasse ist die Summe aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Schlüsselzuweisungen. Durch die jeweiligen Anteile wird erkennbar, welche Bedeutung die einzelnen Ertragsarten haben.

Grundsätzlich sollte der Anteil der Real- und Gemeinschaftssteuern am Kernertrag des Haushaltes hoch und der aus Schlüsselzuweisungen niedrig sein, weil ansonsten eine hohe Abhängigkeit von Mitteln aus dem Finanzausgleich besteht.



### Entwicklung der einzelnen Ertragsarten im Überblick

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten und die Abweichungen zum Vorjahresergebnis sowie zu den Planwerten.

	Ergebnis 2017	Plan 2018	Ergebnis 2018	Abweichung 2018	Abweichung % 2018
Privatrechtliche Leistungsentgelte	379.959,43	367.640,00	369.997,81	2.357,81	0,64
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.418.774,50	2.392.950,00	2.392.838,72	- 111,28	- 0,00
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	877.276,62	671.960,00	756.010,23	84.050,23	11,12
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzl. Umlagen	4.199.134,22	4.672.930,00	4.637.682,15	- 35.247,85	- 0,76
Erträge aus Transferleistungen	139.934,53	126.760,00	142.103,99	15.343,99	10,80
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	755.677,42	2.232.390,00	2.318.149,65	85.759,65	3,70
Auflösung von Sonderposten aus Inv.zuweisungen,-zuschüssen & -beiträgen	1.112.668,49	996.390,00	939.215,95	- 57.174,05	- 6,09
Sonstige ordentliche Erträge	1.492.544,07	149.890,00	151.893,48	2.003,48	1,32
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>11.375.969,28</b>	<b>11.610.910,00</b>	<b>11.707.891,98</b>	<b>96.981,98</b>	<b>0,83</b>
Finanzerträge	108.972,26	97.890,00	135.204,29	37.314,29	27,60
Außerordentliche Erträge	118.710,90	-	614.978,44	614.978,44	100,00
<b>Summe</b>	<b>11.603.652,44</b>	<b>11.708.800,00</b>	<b>12.458.074,71</b>	<b>749.274,71</b>	<b>6,01</b>



Die Erträge insgesamt weichen um +854.422,27 € vom Vorjahresergebnis und um +749.274,71 € von der Haushaltsplanung ab.

Bei den ordentlichen Erträgen (ohne Finanzertrag) ergibt sich eine Veränderung gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von +331.922,70 €. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Veränderung +96.981,98 €.

### Planabweichungen nach Ertragsarten

Die Abweichungen des Ergebnisses der einzelnen Ertragsarten von der Haushaltsplanung werden in der folgenden Grafik dargestellt:



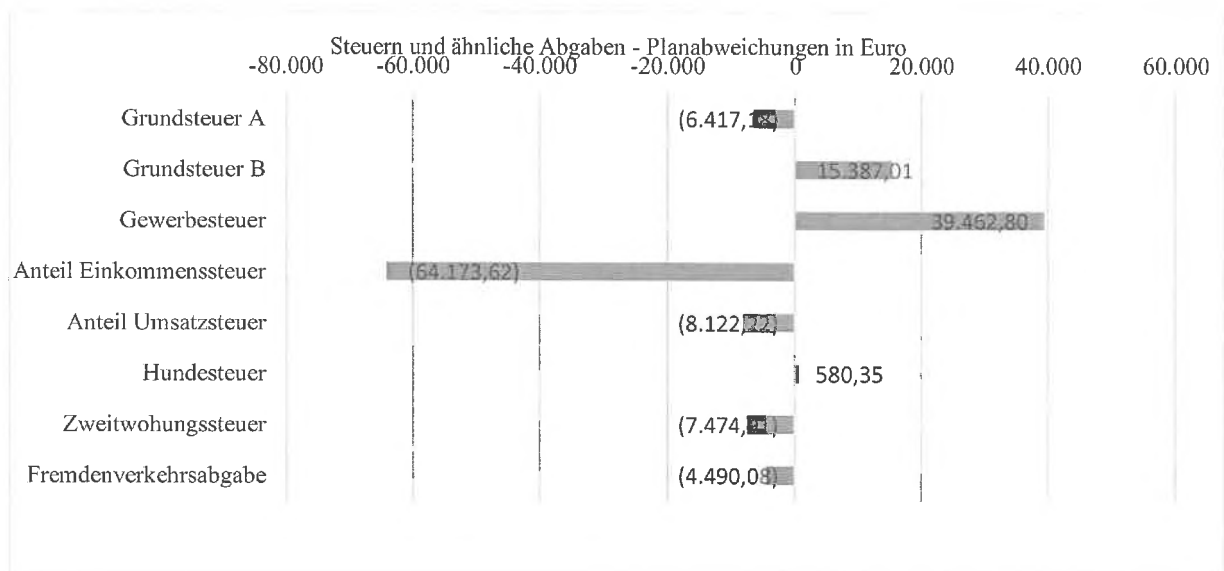


### Steuern und ähnliche Abgaben

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben sowie gesetzlichen Umlagen erkennbar:

	Ergebnis 2017	Plan 2018	Ergebnis 2018	Abweichung 2018	Abweichung % 2018
Grundsteuer A	122.365,02	123.000,00	116.582,82	- 6.417,18	-5,50
Grundsteuer B	409.700,96	428.050,00	443.437,01	15.387,01	3,47
Gewerbesteuer	1.394.379,62	1.500.000,00	1.539.462,80	39.462,80	2,56
Anteil Einkommenssteuer	1.869.869,68	2.153.090,00	2.088.916,38	- 64.173,62	-3,07
Anteil Umsatzsteuer	128.249,23	196.790,00	188.667,78	- 8.122,22	-4,31
Hundesteuer	28.192,43	27.000,00	27.580,35	580,35	2,10
Zweitwohnungssteuer	146.298,29	145.000,00	137.525,09	- 7.474,91	-5,44
Fremdenverkehrsabgabe	100.078,99	100.000,00	95.509,92	- 4.490,08	-4,70
<b>Summe</b>	<b>4.199.134,22</b>	<b>4.672.930,00</b>	<b>4.637.682,15</b>	<b>- 35.247,85</b>	<b>-0,76</b>

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in Euro:



### Zuwendungen und Umlagen

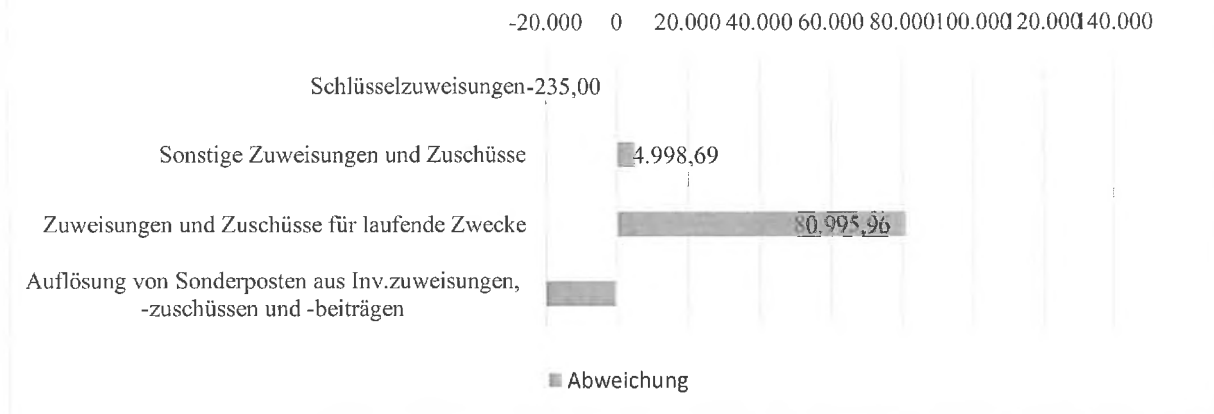
Zuwendungen und allgemeine Umlagen sind neben den Steuern eine weitere wichtige Säule der kommunalen Ertragsseite. Dies gilt insbesondere für die Schlüsselzuweisungen im Zuge des kommunalen Finanzausgleichs.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis haben sich die Erträge aus Zuwendungen und Umlagen um -1.062.523,50 € verändert. Die Abweichung vom Planansatz beträgt insgesamt 10.802,42 €.

Die Entwicklung im Einzelnen ist in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:



Zuwendung und Umlagen - Planabweichungen in Euro



**Sonstige Ertragsarten**

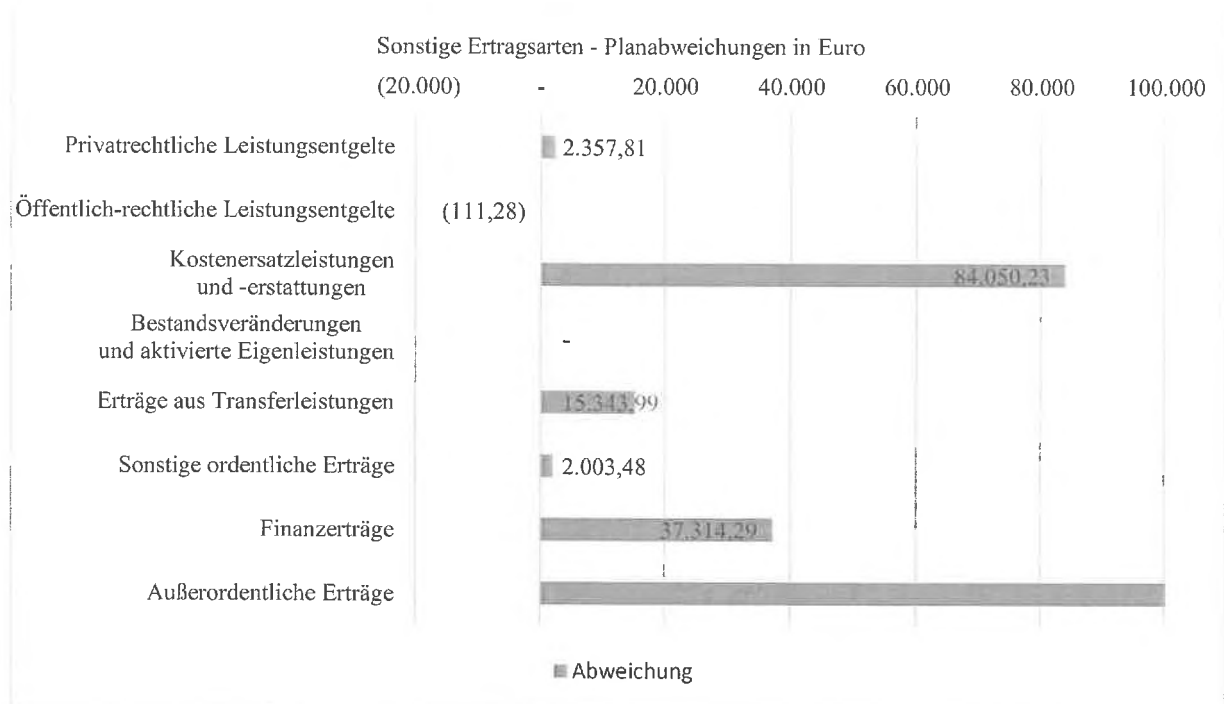
Die Entwicklung der sonstigen Ertragsarten im Vergleich zum Vorjahresergebnis sowie zum Haushaltsplan ist nachfolgend abgebildet:

	Ergebnis 2017	Plan 2018	Ergebnis 2018	Abweichung 2018	Abweichung % 2018
Privatrechtliche Leistungsentgelte	379.959,43	367.640,00	369.997,81	2.357,81	0,64
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.418.774,50	2.392.950,00	2.392.838,72	- 111,28	- 0,00
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	877.276,62	671.960,00	756.010,23	84.050,23	11,12
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-
Erträge aus Transferleistungen	139.934,53	126.760,00	142.103,99	15.343,99	10,80
Sonstige ordentliche Erträge	1.492.544,07	149.890,00	151.893,48	2.003,48	1,32
Finanzerträge	108.972,26	97.890,00	135.204,29	37.314,29	27,60
Außerordentliche Erträge	118.710,90	-	614.978,44	614.978,44	100,00
<b>Summe</b>	<b>5.536.172,31</b>	<b>3.807.090,00</b>	<b>4.563.026,96</b>	<b>755.936,96</b>	<b>16,57</b>

Die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten beinhalten größtenteils Gebühren in Höhe von 2.307.333,59 €. Unter den außerordentlichen Erträgen, sind überwiegend Veräußerungen von Anlagevermögen über den Wert in Höhe von 510.649,15 €, sowie die Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 95.780,08 € verbucht.

In der folgenden Grafik werden die Abweichungen zum Planansatz im Einzelnen dargestellt:





### Aufwandslage

Die folgende Tabelle zeigt die einzelnen Aufwandsarten und deren Abweichung zum Vorjahresergebnis sowie zum Planansatz:

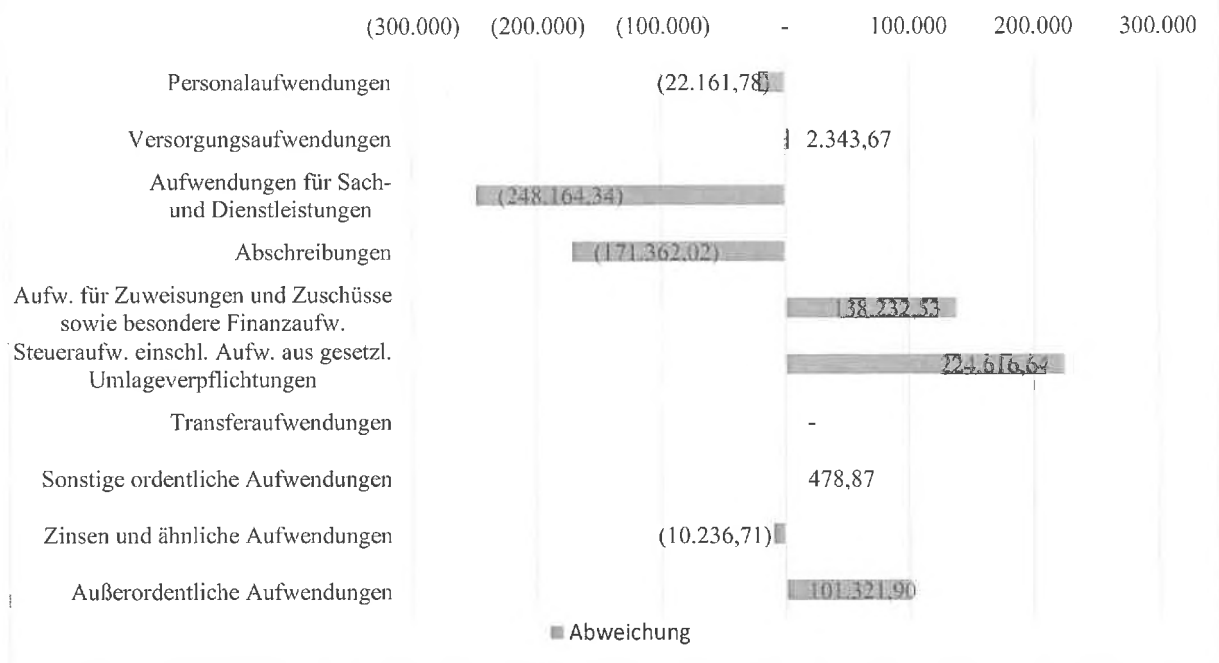
#### Aufwandsarten im Überblick

	Ergebnis 2017	Plan 2018	Ergebnis 2018	Abweichung 2018	Abweichung % 2018
Personalaufwendungen	1.292.665,22	1.451.440,00	1.429.278,22	- 22.161,78	- 1,55
Versorgungsaufwendungen	299.379,19	293.500,00	295.843,67	2.343,67	0,79
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.229.849,01	3.136.500,00	2.888.335,66	- 248.164,34	- 8,59
Abschreibungen	1.911.694,80	2.052.130,00	1.880.767,98	- 171.362,02	- 9,11
Aufw. für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufw.	1.360.007,10	1.414.900,00	1.553.132,53	138.232,53	8,90
Steueraufw. einschl. Aufw. aus gesetzl. Umlageverpflichtungen	3.274.230,26	3.120.270,00	3.344.886,64	224.616,64	6,72
Transferaufwendungen	13.392,08	-	-	-	-
Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.701,69	8.090,00	8.568,87	478,87	5,59
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>11.430.919,35</b>	<b>11.476.830,00</b>	<b>11.400.813,57</b>	<b>- 76.016,43</b>	<b>- 0,67</b>
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	138.192,64	199.770,00	189.533,29	- 10.236,71	- 5,40
Außerordentliche Aufwendungen	31.171,89	-	101.321,90	101.321,90	100,00
<b>Summe</b>	<b>11.600.283,88</b>	<b>11.676.600,00</b>	<b>11.691.668,76</b>	<b>15.068,76</b>	<b>0,13</b>

Die Grafik veranschaulicht die Abweichungen der einzelnen Aufwandsarten vom Planansatz:



Aufwandsarten - Planabweichungen in Euro



Die Gesamtaufwendungen verändern sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um +91.384,88 €. Die Abweichung zum Haushaltsansatz beträgt +15.068,76 €.

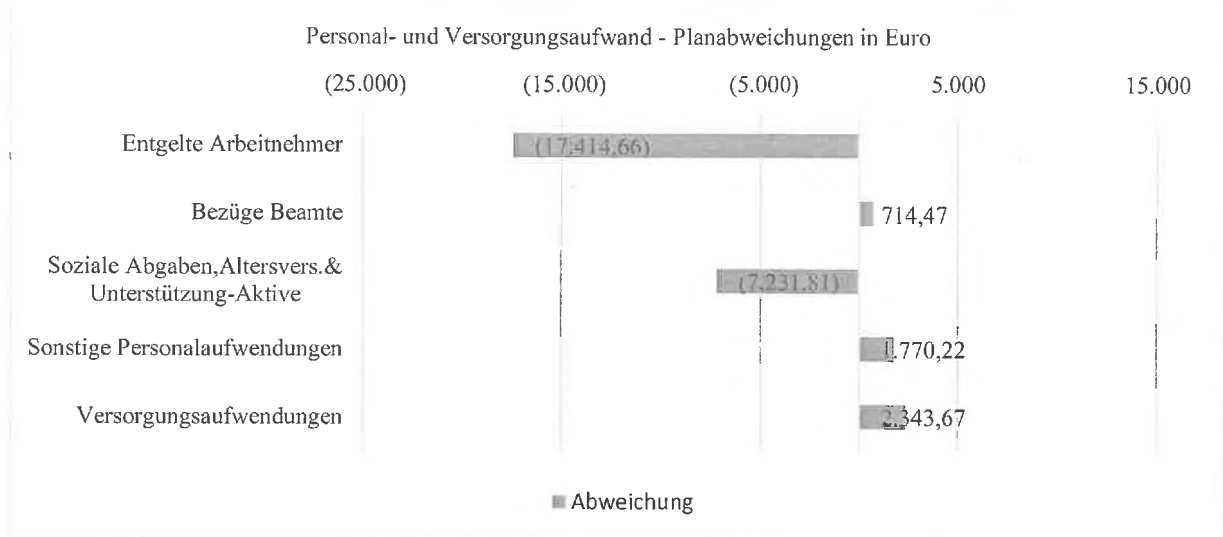
Die ordentlichen Aufwendungen (ohne Finanzaufwendungen) weichen gegenüber dem Vorjahresergebnis um – 30.105,78 € ab. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung der ordentlichen Aufwendungen – 76.016,43 €.

**Personal- und Versorgungsaufwand**

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Folgenden nach einzelnen Positionen abgebildet, um die Veränderungen gegenüber dem Vorjahresergebnis und die Abweichungen von den Haushaltsansätzen differenziert beurteilen zu können:

	Ergebnis 2017	Plan 2018	Ergebnis 2018	Abweichung 2018	Abweichung % 2018
Entgelte Arbeitnehmer	893.096,87	997.850,00	980.435,34	- 17.414,66	- 1,78
Bezüge Beamte	187.762,10	192.440,00	193.154,47	714,47	0,37
Soziale Abgaben, Altersvers. & Unterstützung-Aktive	200.801,05	245.750,00	238.518,19	- 7.231,81	- 3,03
Sonstige Personalaufwendungen	11.005,20	15.400,00	17.170,22	1.770,22	10,31
<b>Summe Personalaufwendungen</b>	<b>1.292.665,22</b>	<b>1.451.440,00</b>	<b>1.429.278,22</b>	<b>- 22.161,78</b>	<b>- 1,55</b>
Versorgungsaufwendungen	299.379,19	293.500,00	295.843,67	2.343,67	0,79

Die Grafik zeigt die Abweichungen gegenüber den Planansätzen:



### Sach- und Dienstleistungsaufwand sowie Abschreibungen

Der Sach- und Dienstleistungsaufwand (ohne Abschreibungen) beläuft sich insgesamt auf 2.888.335,66 €. Gegenüber dem Vorjahresergebnis verändert er sich um -341.513,35 €. Die Abweichung von der Haushaltsplanung beträgt -248.164,34 €.

Nachfolgend wird der Sach- und Dienstleistungsaufwand nach einzelnen Positionen differenziert dargestellt, wobei in diesem Sachzusammenhang auch die Abschreibungen abgebildet werden:

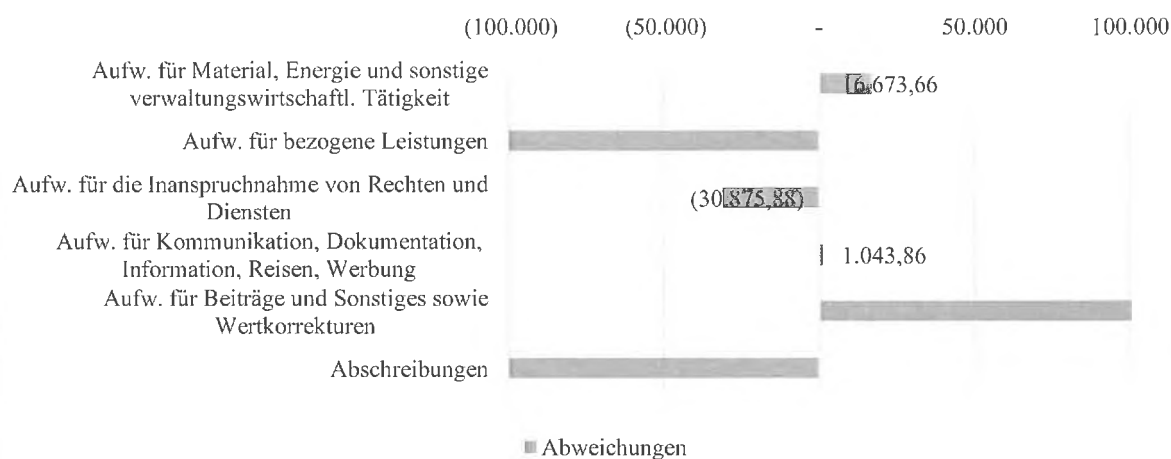
	Ergebnis 2017	Plan 2018	Ergebnis 2018	Abweichung 2018	Abweichung % 2018
Aufw. für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftl. Tätigkeit	684.766,92	649.815,00	666.488,66	16.673,66	2,50
Aufw. für bezogene Leistungen	1.956.063,49	1.985.345,00	1.648.918,49	- 336.426,51	- 20,40
Aufw. für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	340.579,92	246.920,00	216.044,12	- 30.875,88	- 14,29
Aufw. für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	139.002,72	144.320,00	145.363,86	1.043,86	0,72
Aufw. für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	109.435,96	110.100,00	211.520,53	101.420,53	47,95
<b>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gesamt</b>	<b>3.229.849,01</b>	<b>3.136.500,00</b>	<b>2.888.335,66</b>	<b>- 248.164,34</b>	<b>- 8,59</b>
Abschreibungen	1.911.694,80	2.052.130,00	1.880.767,98	- 171.362,02	- 9,11

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in Euro:

Rechenschaftsbericht 2018  
Gemeinde Diemelsee



Sach- u. Dienstleistungsaufwand sowie Abschreibungen - Planabweichungen in Euro



### Zuweisungen, Umlagen und Transferaufwendungen

Neben den Personalaufwendungen und dem Aufwand für Sach- und Dienstleistungen stellen die Zuweisungen, Umlagen und Transferaufwendungen eine gewichtige Aufwandsart dar.

Die Aufwendungen in Höhe von 4.898.019,17 € weichen vom Vorjahresergebnis um +250.389,73 € und von den Planansätzen des Haushaltsjahres um +362.849,17 € ab.

In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Aufwandspositionen differenziert dargestellt:

	Ergebnis 2017	Plan 2018	Ergebnis 2018	Abweichung 2018	Abweichung % 2018
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.360.007,10	1.414.900,00	1.553.132,53	138.232,53	8,90
Kreisumlage	1.785.454,20	1.732.550,00	1.732.565,00	15,00	0,00
Schulumlage	1.188.683,60	1.060.380,00	1.060.393,00	13,00	0,00
Rückstellung Kreis- u. Schulumlage	-	-	212.205,99	212.205,99	-
Gewerbesteuerumlage	261.811,95	283.340,00	295.786,24	12.446,24	4,21
Sonstige Aufwendungen aus steuerähnlichen Umlagen und Abgaben	38.280,51	44.000,00	43.936,41	- 63,59	- 0,14
Transferaufwendungen	13.392,08	-	-	-	#DIV/0!
<b>Summe</b>	<b>4.647.629,44</b>	<b>4.535.170,00</b>	<b>4.898.019,17</b>	<b>362.849,17</b>	<b>7,41</b>

Die Grafik zeigt die Abweichungen des Ergebnisses von den Planansätzen:

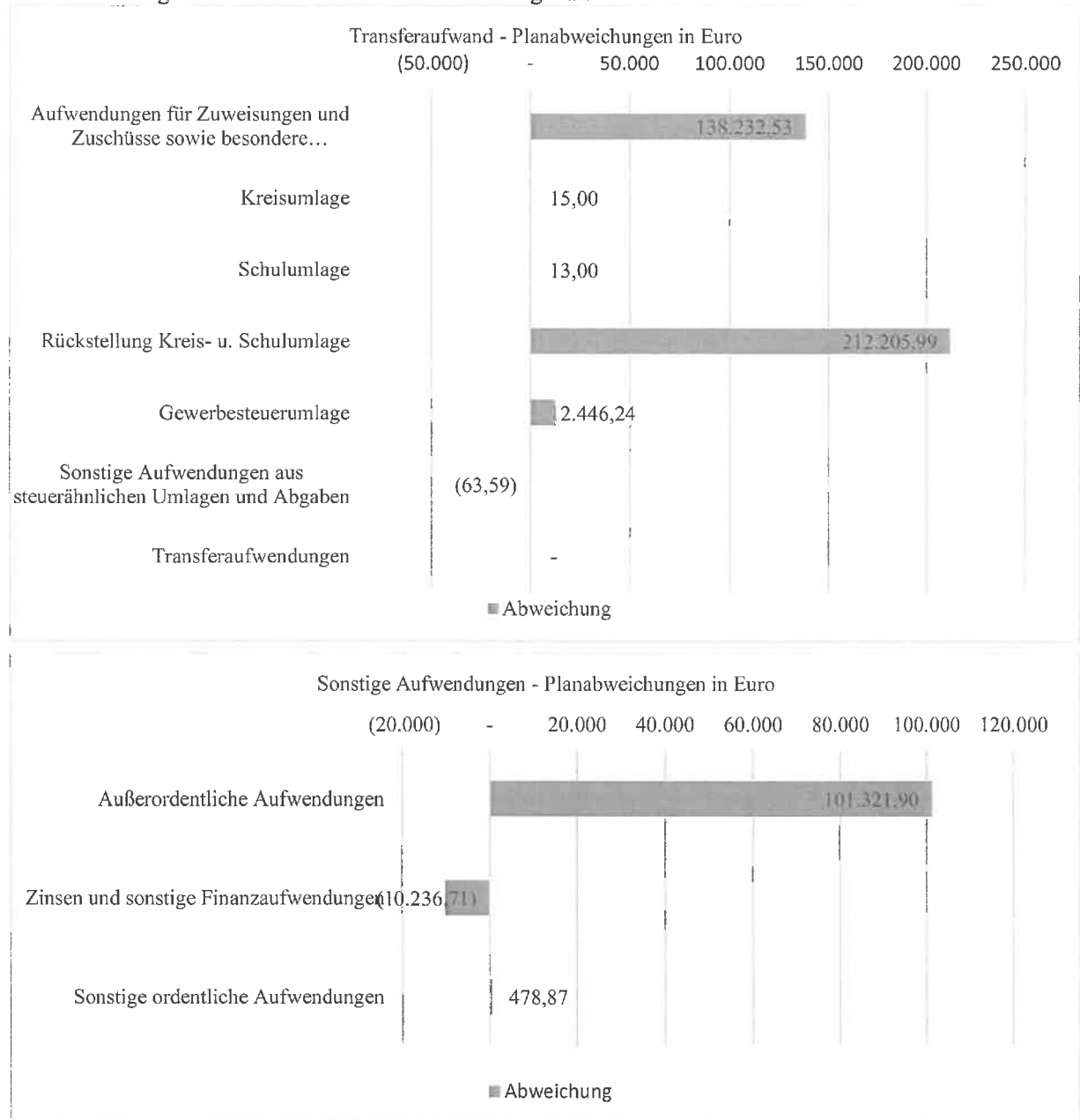
### Sonstige Aufwendungen

Nachfolgend werden die übrigen Aufwandsarten im Vergleich zum Vorjahresergebnis sowie zum Haushaltsplan abgebildet:

	Ergebnis 2016	Plan 2017	Ergebnis 2017	Abweichung 2017	Abweichung 2017 %
Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.831,07	7.840,00	49.701,69	41.861,69	84,23
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	150.009,67	147.840,00	138.192,64	- 9.647,36	- 6,98
Außerordentliche Aufwendungen	251.281,86	-	31.171,89	31.171,89	100,00
<b>Summe</b>	<b>413.122,60</b>	<b>155.680,00</b>	<b>219.066,22</b>	<b>63.386,22</b>	<b>28,93</b>



Die Abweichungen zum Planansatz stellen sich wie folgt dar:



## Entwicklung Kostenrechnende Einrichtungen

### Produkt Wasserversorgung

Im Haushaltsplan wurde mit einem Defizit in Höhe von 31.170,00 € gerechnet. Dieser sollte durch die Entnahme aus der Gebührenausschlagsrücklage gedeckt werden. Das Berichtsjahr schließt mit einem Überschuss in Höhe von 98.935,25 € ab. Dieser Betrag wurde dem Sonderposten für den Gebührenausschlag zugeführt.

Der Rückbau des Tiefbrunnens Detmeke 70.000,00 €, sowie für die Entsandung des Brunnens Bontkirchen 50.000,00 € sind nicht zur Ausführung gekommen, sodass die Instandhaltungsrückstellungen aufgelöst wurden. Der Sonderposten für den Gebührenausschlag beträgt zum Bilanzstichtag 140.150,08 €. Eine Anpassung des Wassergeldes ist von der Entwicklung der nächsten Jahre abhängig.



### Produkt Abwasserbeseitigung

Im Haushaltsplan wurde mit einem Fehlbetrag von 101.335,00 € gerechnet. Das Berichtsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 13.349,52 € ab.

Die Ergebnisverschlechterung ist auf Einsparungen bei den Sach- und Dienstleistungen zurückzuführen. Der Sonderposten für den Gebührenaussgleich beträgt zum Bilanzstichtag 0,00 €.

Bei den Abwassergebühren ist eine Nachkalkulation zum 01.01.2019 erfolgt.

### Produkt Abfallbeseitigung

Im Haushaltsplan wurde mit einem Fehlbetrag von 34.690 € gerechnet. Das Berichtsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 1.909,28 € ab. Die Ergebnisverschlechterung ist auf höhere Aufwendungen für die Fremdentorgung und geringere Erträge bei den Abfallgebühren zurückzuführen.

### Produkt Friedhofswesen

Im Haushaltsplan wurde mit einem Fehlbetrag von 125.120,00 € gerechnet. Das Berichtsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 91.938,70 € ab. Eine Nachkalkulation ist zum 01.01.2019 erfolgt.

## Finanzhaushalt / Finanzrechnung

### Allgemeine Entwicklung

Nachstehend ist der Finanzhaushalt im Vergleich zu den Ergebnissen des Vorjahres sowie zu den Planungen ersichtlich:

### Finanzhaushalt / Finanzrechnung

	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Abweichung	Abweichung
	2017	2018	2018	2018	%
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.282.678,75	10.702.410,00	10.916.973,72	214.563,72	1,97
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 8.953.390,95	- 9.621.830,00	- 9.413.244,45	208.585,55	- 2,22
<b>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>329.287,80</b>	<b>1.080.580,00</b>	<b>1.503.729,27</b>	423.149,27	28,14
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.137.142,98	2.698.900,00	2.545.287,09	- 153.612,91	- 6,04
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 4.153.574,45	- 10.048.750,00	- 3.334.877,71	6.713.872,29	- 201,32
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>- 3.016.431,47</b>	<b>- 7.349.850,00</b>	<b>- 789.590,62</b>	6.560.259,38	- 830,84
<b>Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf (laufende Verwaltungs- und Investitionstätigkeit)</b>	<b>- 2.687.143,67</b>	<b>- 6.269.270,00</b>	<b>714.138,65</b>	6.983.408,65	977,88
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	38.386,73	6.380.390,00	4.002.000,00	- 2.378.390,00	- 59,43
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	- 402.233,66	- 514.500,00	- 484.772,00	29.728,00	- 6,13
<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>- 363.846,93</b>	<b>5.865.890,00</b>	<b>3.517.228,00</b>	- 2.348.662,00	- 66,78
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	-	-	-	-	-
Auszahlungen für die Tilgung von Liquiditätskrediten	-	-	-	-	-
<b>Saldo aus Liquiditätskrediten</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b>	<b>14.020,14</b>	<b>-</b>	<b>- 52.372,32</b>	- 52.372,32	100,00
<b>Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelbedarf des Haushaltsjahres</b>	<b>- 3.036.970,46</b>	<b>- 403.380,00</b>	<b>4.178.994,33</b>	4.582.374,33	109,65



Die Kreditermächtigung i.H.v. 6.380.390,00 € (2018=4.146.390,00 €, 2017=2.234.000,00 €) wurde in Höhe von 4.002.000,00 € beansprucht. Sie bezieht sich auf das Darlehen bei der Investitionsbank Brandenburg 4.000.000,00 €, sowie 2.000,00 € für einen Getränkelieferungsvertrages in Form eines Abschreibungsdarlehens. Die restliche Kreditermächtigung i.H.v. 2.370.000,00 € wurde nach 2019 übertragen.

### Investitionstätigkeit

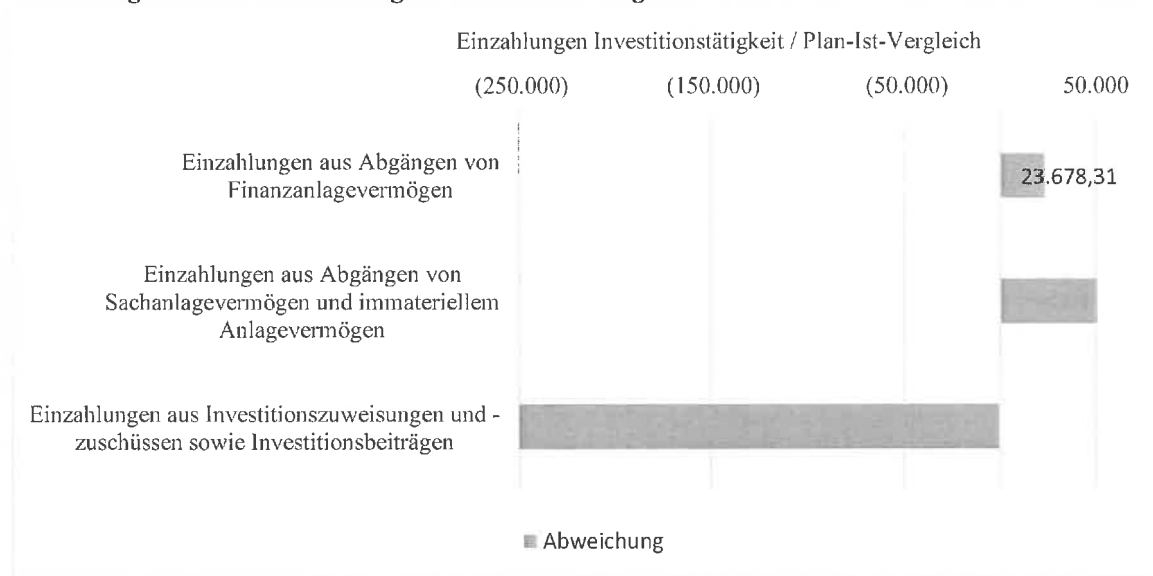
Im Rahmen der Finanzrechnung ist insbesondere die kommunale Investitionstätigkeit von Bedeutung. Im Folgenden wird ersichtlich, wie sich die Ein- und Auszahlungen der Investitionstätigkeit insbesondere im Vergleich zur Haushaltsplanung darstellen.

#### Investitionstätigkeit

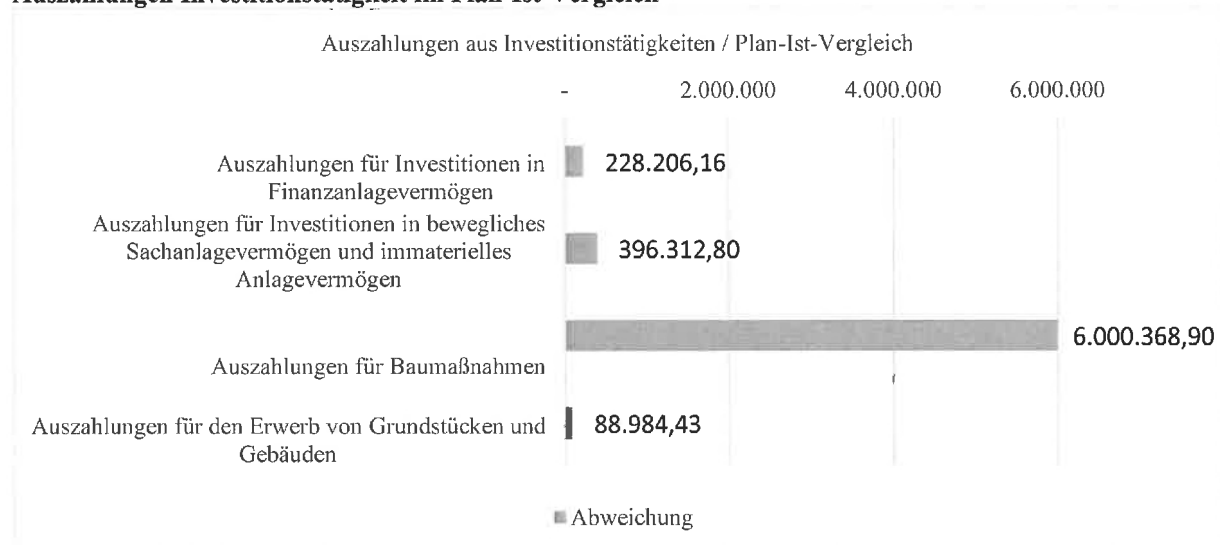
	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Abweichung	Abweichung
	2017	2018	2018	2018	%
					2018
Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	987.233,24	2.178.300,00	1.882.607,65	- 295.692,35	- 15,71
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagevermögen und immateriellem Anlagevermögen	101.964,73	514.500,00	632.901,13	118.401,13	18,71
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagevermögen	47.945,01	6.100,00	29.778,31	23.678,31	79,52
<b>Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.137.142,98</b>	<b>2.698.900,00</b>	<b>2.545.287,09</b>	<b>- 153.612,91</b>	<b>- 6,04</b>
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	- 54.474,34	- 1.068.650,00	- 979.665,57	88.984,43	- 9,08
Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.424.771,93	- 8.348.700,00	-2.348.331,10	6.000.368,90	- 255,52
Auszahlungen für Investitionen in bewegliches Sachanlagevermögen und immaterielles Anlagevermögen	- 373.643,57	- 625.900,00	- 229.587,20	396.312,80	- 172,62
Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagevermögen	- 300.684,61	- 5.500,00	222.706,16	228.206,16	102,47
<b>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-4.153.574,45</b>	<b>-10.048.750,00</b>	<b>-3.334.877,71</b>	<b>6.713.872,29</b>	<b>- 201,32</b>
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-3.016.431,47</b>	<b>- 7.349.850,00</b>	<b>- 789.590,62</b>	<b>6.560.259,38</b>	<b>- 830,84</b>



### Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Plan-Ist-Vergleich



### Auszahlungen Investitionstätigkeit im Plan-Ist-Vergleich







## Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögenssituation einer Kommune zum Stichtag wieder. Aus der folgenden Bilanzabbildung kann die Entwicklung der Bilanzwerte im Vergleich zum Vorjahr sowie die jeweiligen Anteile der Bilanzpositionen an der Bilanzsumme abgelesen werden.

### Bilanz im Jahresvergleich

Bilanzposition	2017	2018	Veränderung absolut
1 Anlagevermögen	46.922.350	48.613.105	1.690.755
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	552.853	615.973	63.120
1.2 Sachanlagevermögen	44.178.853	46.061.990	1.883.137
1.3 Finanzanlagevermögen	2.190.645	1.935.142	-255.502
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	-	-	0
2 Umlaufvermögen	819.103	2.894.641	2.075.538
2.1 Vorräte einschl. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-	-	0
2.2 Fertige u. unfertige Erzeugn., Leistg.u. Waren	-	-	0
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenst.	813.253	930.807	117.554
2.4 Flüssige Mittel	5.850	1.963.834	1.957.984
3 Rechnungsabgrenzungsposten	40.275	36.214	-4.061
4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	-	0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>47.781.728</b>	<b>51.543.960</b>	<b>3.762.233</b>
1 Eigenkapital	17.704.587	18.470.993	766.406
1.1 Netto-Position	16.713.251	16.713.251	0
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital	991.336	1.757.742	766.406
1.3 Ergebnisverwendung	0,00	0,00	0
1.3.1 Ergebnisvortrag	0,00	0,00	0
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0
2 Sonderposten	18.961.889	20.016.375	1.054.486
2.1 Sonderp.f.erh.Inv.Zuw., -zusch. u. -beiträge	18.920.674	19.876.225	955.551
2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	41.215	140.150	98.935
2.3 Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0	0	0
2.4 Sonstige Sonderposten	0	0	0
3 Rückstellungen	2.844.848	2.953.388	108.540
3.1 Rückstellung für Pensionen u. ähnl.Verpflcht	2.081.760	2.155.031	73.271
3.2 Rückst.f.Finanzausgl.u.Steuerschuldverh.	155.481	379.887	224.406
3.3 Rückst.f.d.Rekultivierung u.Nachs.Abfalldep.	0	0	0
3.4 Rückst.f.d.Sanierung von Altlasten	0	0	0
3.5 Sonstige Rückstellungen	607.607	418.470	-189.137
4 Verbindlichkeiten	7.825.144	9.686.475	1.861.331
4.1 Verbindlichkeiten aus Anleihen	0	0	0
4.2 Verbindlichkeiten a. Kreditaufnahmen f.	4.505.004	8.020.232	3.515.228
4.3 Verbindlichkeiten a.Kreditaufnahmen f. d. Liquiditätssicherung	2.221.010	0	-2.221.010
4.4 Verbindlichk.a.kreditähnl.Rechtsgeschäften	8.162,95	8.411,76	249
4.5 Verb.a.Zuw.u.Zusch.,Transf.L.u.Inv.Zuw.,Zusch.	126.249	58.942	-67.307
4.6 Verb.aus Lieferungen und Leistungen	566.452	1.210.613	644.161
4.7 Verb.aus Steuern u.steuerähnl.Abgaben	10.687,57	41.976,96	31.289
4.8 Verb.g.verb.Untern.u.g.Untern.m.Bet.V.u.SV	0	0	0
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten	387.578	346.299	-41.279
5 Rechnungsabgrenzungsposten	445.259	416.730	-28.530
<b>Summe Passiva</b>	<b>47.781.728</b>	<b>51.543.960</b>	<b>3.762.233</b>

### Aufteilung des Sachanlagevermögens

Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Sachanlagen den größten Posten dar. Das Sachanlagevermögen wird nachfolgend in seiner Zusammensetzung und in den jeweiligen Veränderungen zum Vorjahr abgebildet.



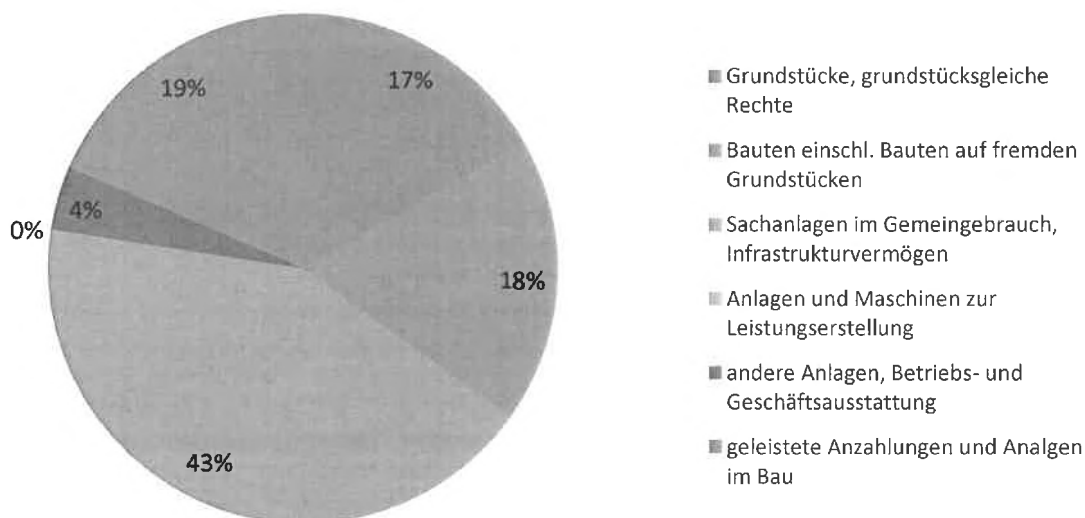
### Sachanlagevermögen

Bilanzposition	2017	2018	Veränderung
<b>1.2 Sachanlagevermögen</b>	<b>44.178.852,65</b>	<b>46.061.990,06</b>	<b>1.883.137,41</b>
1.2.1 Grundstücke, grdstgl. Rechte	6.965.180,97	7.704.758,64	739.577,67
1.2.2 Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstück	8.531.452,00	8.350.671,00	- 180.781,00
1.2.3 Sachanl. im Gemeingebrauch, Infrastrukturverm.	20.415.071,71	19.585.764,32	- 829.307,39
1.2.4 Anlagen und Maschinen z. Leistungserstellung	24.179,00	19.803,00	- 4.376,00
1.2.5 andere Anl., Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.926.307,73	1.877.804,73	- 48.503,00
1.2.6 gel. Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.316.661,24	8.523.188,37	2.206.527,13

### Das Sachanlagevermögen in seiner Struktur und Entwicklung

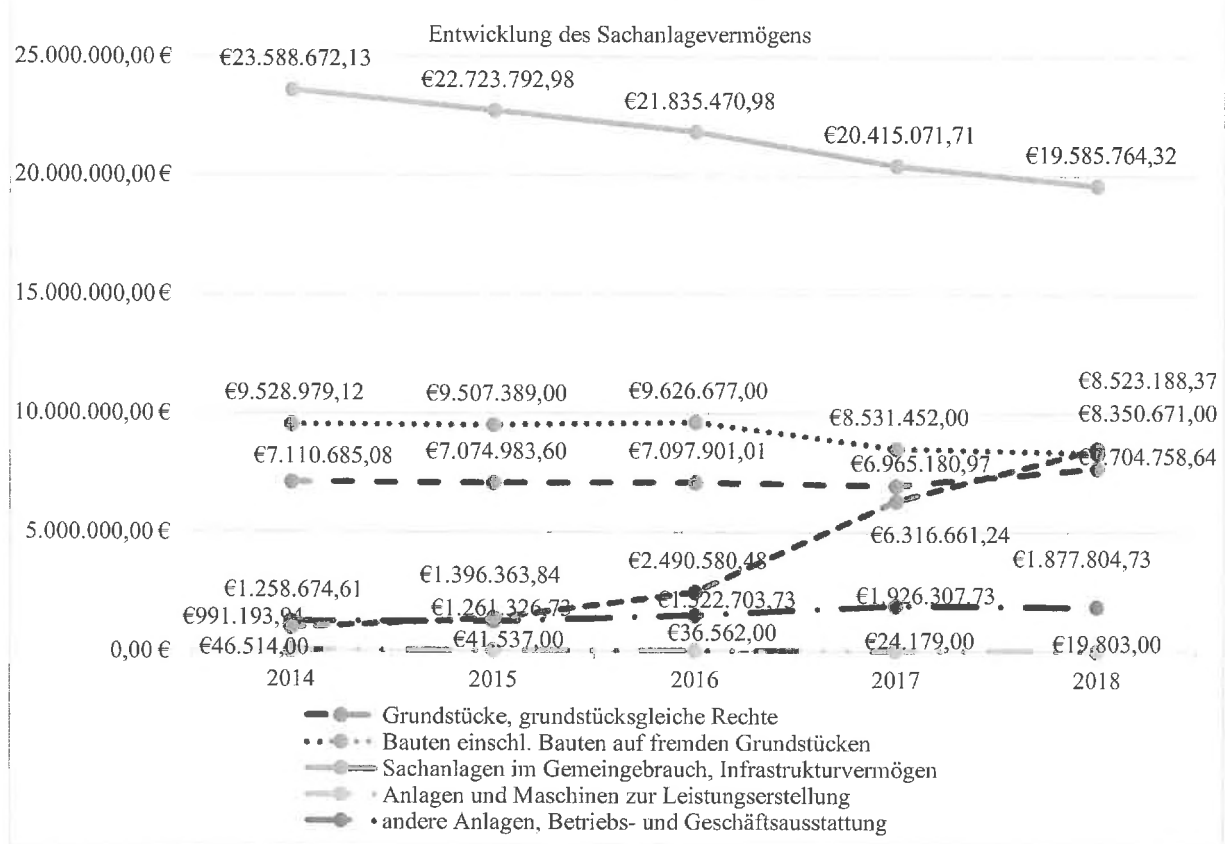
Im Folgenden wird die Struktur des Sachanlagevermögens in seinen wesentlichen Ausprägungen abgebildet:

Struktur des Sachanlagevermögens





Die Entwicklung des Sachanlagevermögens in den letzten 5 Jahren ergibt folgendes Bild:



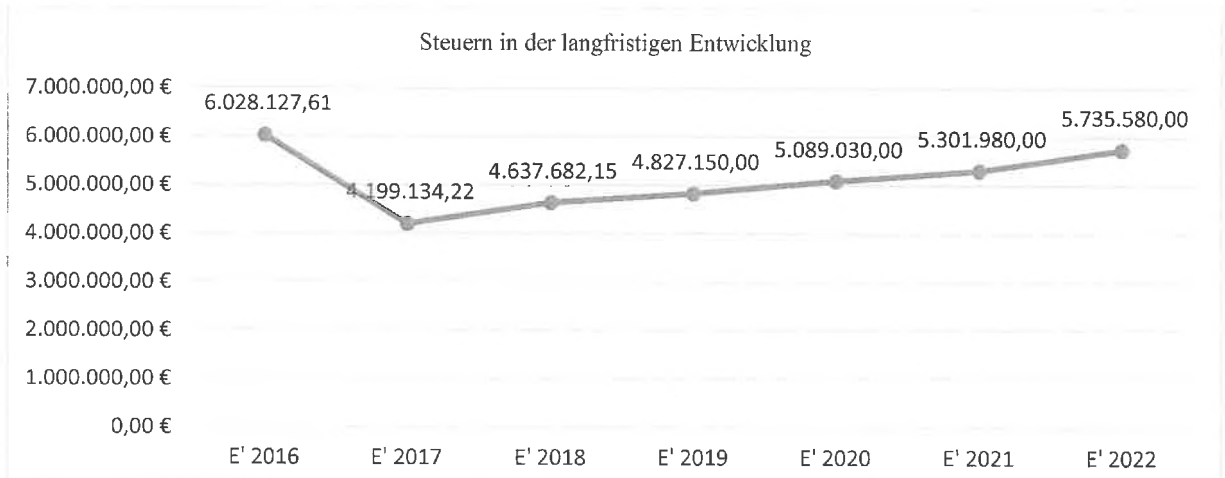
### Kennzahlen

Über Kennzahlen lassen sich komplexe finanzwirtschaftliche Zusammenhänge in komprimierter Form darstellen. Die Betrachtung der Kennzahlenentwicklung im Mehrjahresverlauf ermöglicht eine finanzpolitische Beurteilung der Haushaltsentwicklung in seinen wesentlichen Ausprägungen.

Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis

### Steuern

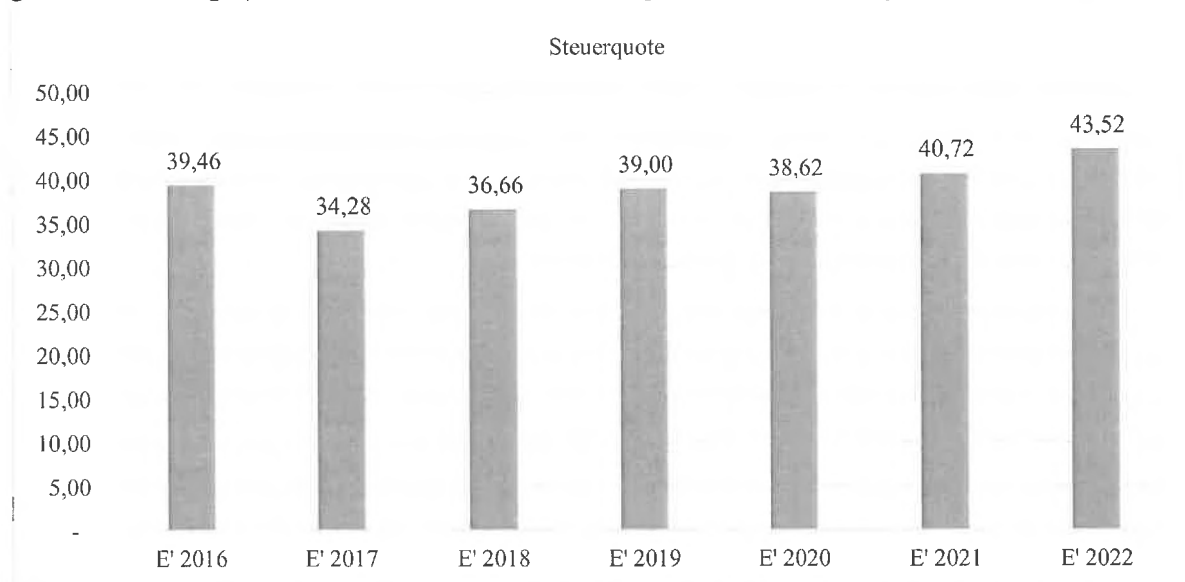
#### Steuern im Zeitverlauf





### Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Die Steuerquote bringt zum Ausdruck, in welchem prozentualen Maße die ordentlichen Erträge der Kommune aus Steuererträgen bestehen. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Diese werden deshalb sowohl von den Steuererträgen (ohne Erträge aus gesetzlichen Umlagen) als auch von den ordentlichen Erträgen bei der Berechnung der Kennzahl abgezogen.



### Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen

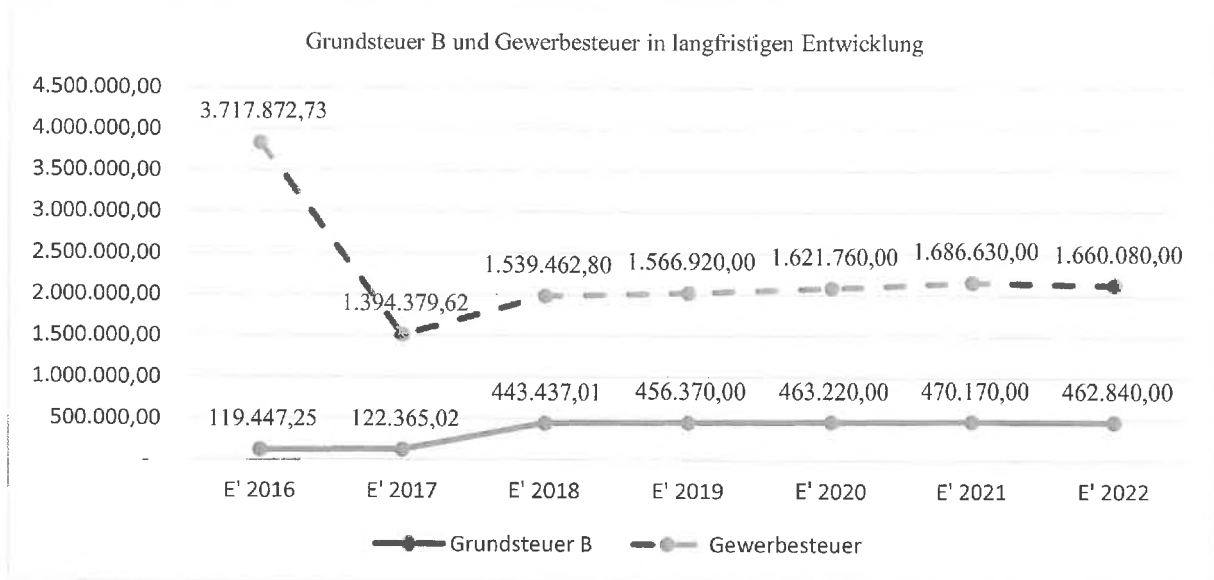
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Hebesätze:

#### Entwicklung der Hebesätze

Steuerart	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Hebesatz Grundsteuer A	320	360	360	360	360	365
Hebesatz Grundsteuer B	320	360	360	360	360	365
Hebesatz Gewerbesteuer	320	360	360	360	360	365

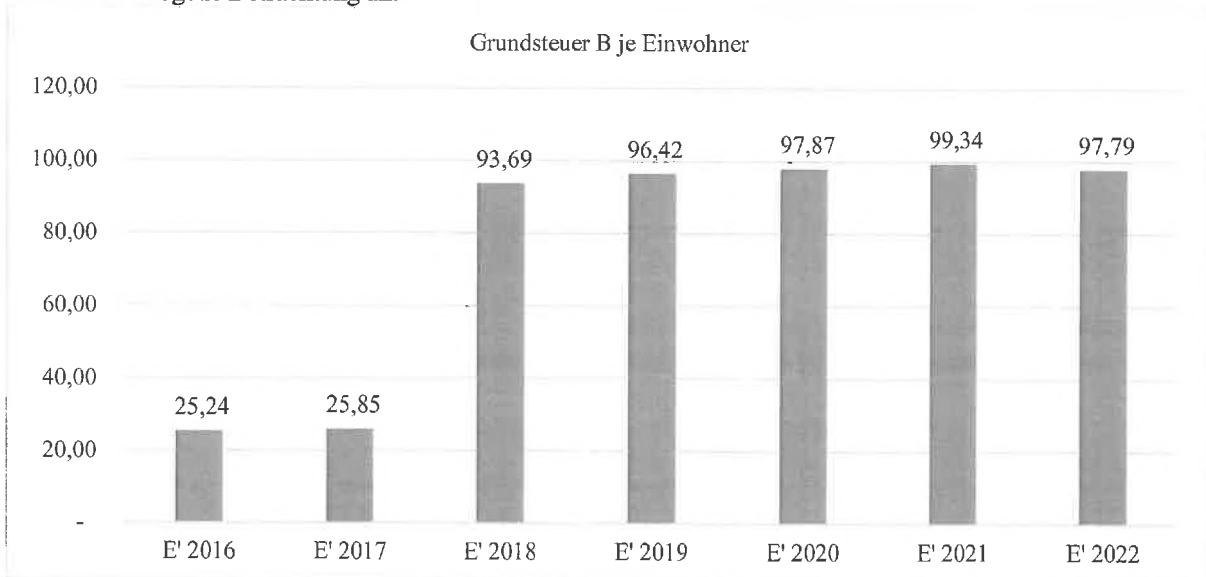
#### Grundsteuer B und Gewerbesteuer in der langfristigen Entwicklung

Aufgrund ihres finanziellen Volumens sind die Grundsteuer B sowie die Gewerbesteuer tragende Säulen auf der Ertragsseite des Haushalts. Die Betrachtung der langfristigen Entwicklung ergibt folgendes Bild:



### Grundsteuer B je Einwohner

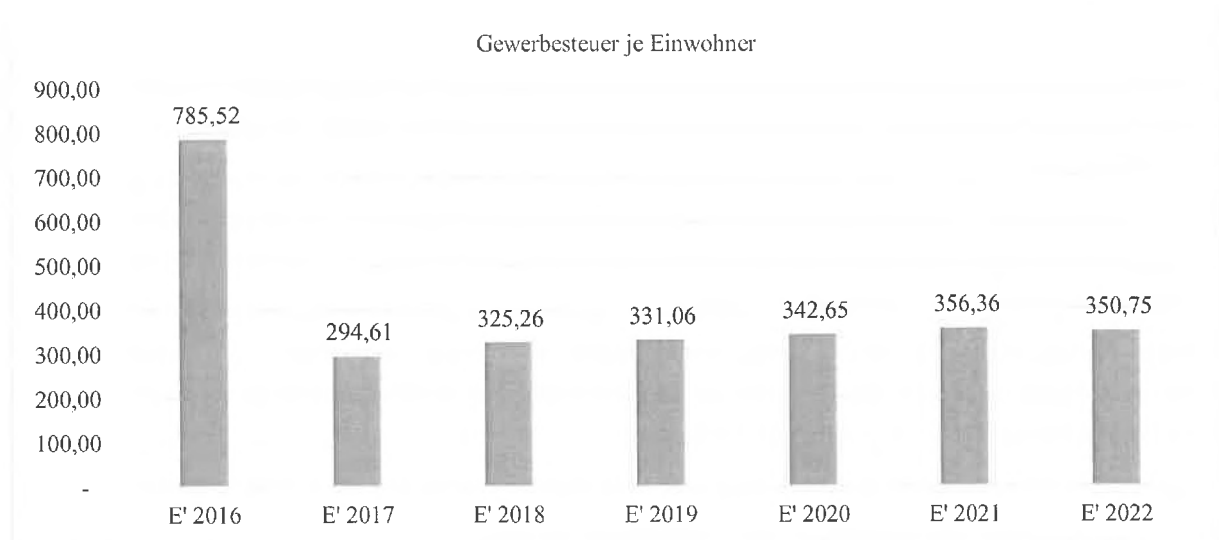
Um das Steueraufkommen der Grundsteuer B in seiner Höhe besser einordnen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an:





### Gewerbesteuer je Einwohner

Nachfolgend wird die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in Relation zur Einwohnerzahl abgebildet:



### Gemeinschaftssteuern

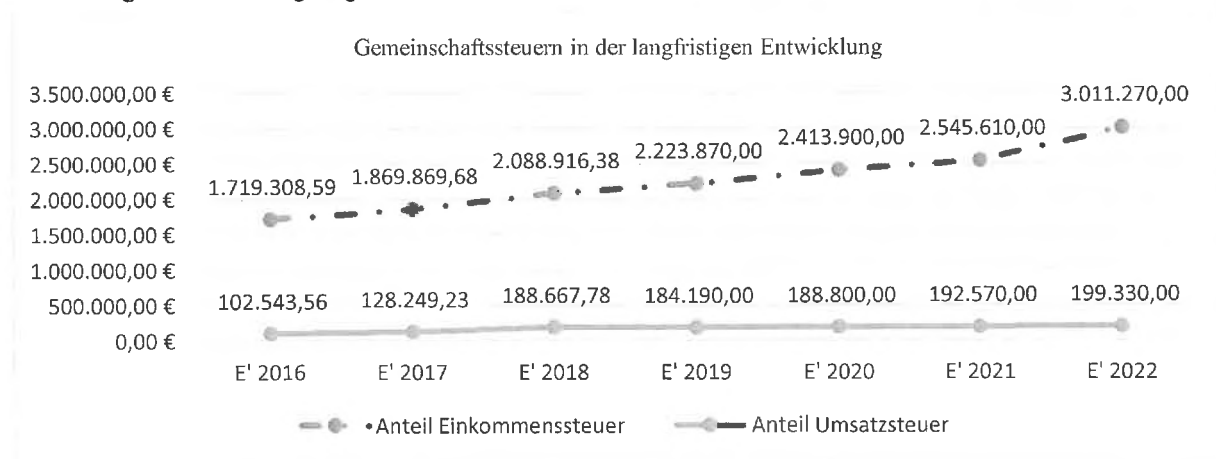
Die Gemeinschaftssteuern setzen sich aus den Anteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer zusammen:

#### Gemeinschaftssteuern

	E' 2016	E' 2017	E' 2018	P' 2019	P' 2020	P' 2021	P' 2022
Anteil Einkommenssteuer	1.719.308,59	1.869.869,68	2.088.916,38	2.223.870,00	2.413.900,00	2.545.610,00	3.011.270,00
Anteil Umsatzsteuer	102.543,56	128.249,23	188.667,78	184.190,00	188.800,00	192.570,00	199.330,00

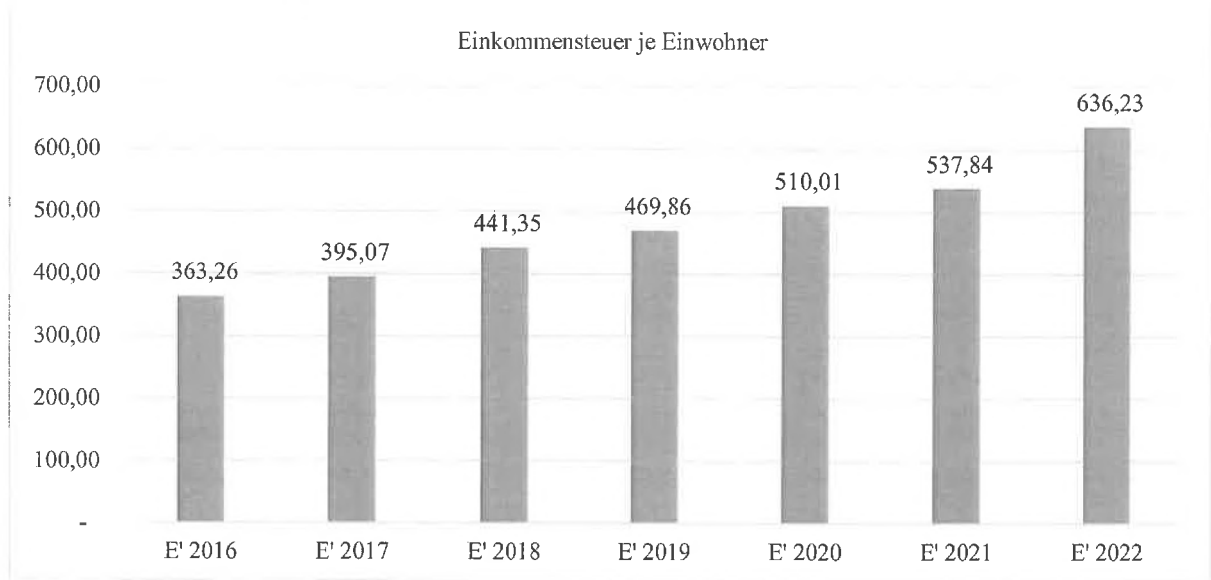
### Gemeinschaftssteuern in der langfristigen Entwicklung

In der Langfristbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Gemeinschaftssteuern folgendes Bild:

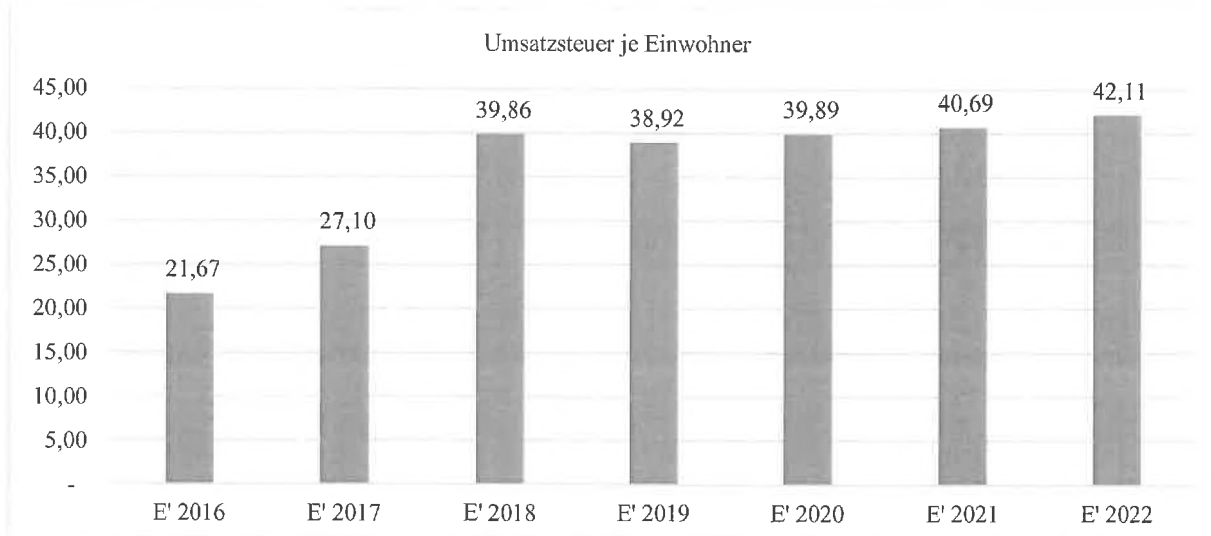




**Anteil Einkommensteuer je Einwohner**



**Anteil Umsatzsteuer je Einwohner**





## Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, wobei die Schlüsselzuweisungen eingehender betrachtet werden:

### Erträge aus Zuwendungen und allgemeine Umlagen

	E' 2016	E' 2017	E' 2018	E' 2019	E' 2020	E' 2021	E' 2022
<b>Zuweisungen, Zuschüsse und allg. Umlagen</b>	<b>2.766.206</b>	<b>1.868.346</b>	<b>3.257.366</b>	<b>2.981.620</b>	<b>3.352.960</b>	<b>2.966.370</b>	<b>3.071.640</b>
davon Schlüsselzuweisungen	1.632.225	660.603	2.122.075	1.715.090	2.102.760	1.736.740	1.794.190
davon Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	123.091	67.329	146.046	159.420	162.580	165.800	169.070
davon Auflösung SoPo für Zuwendungen	948.005	1.112.668	939.216	1.069.930	1.049.700	1.025.160	1.068.940
davon sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	62.885	27.746	50.029	37.180	37.920	38.670	39.440

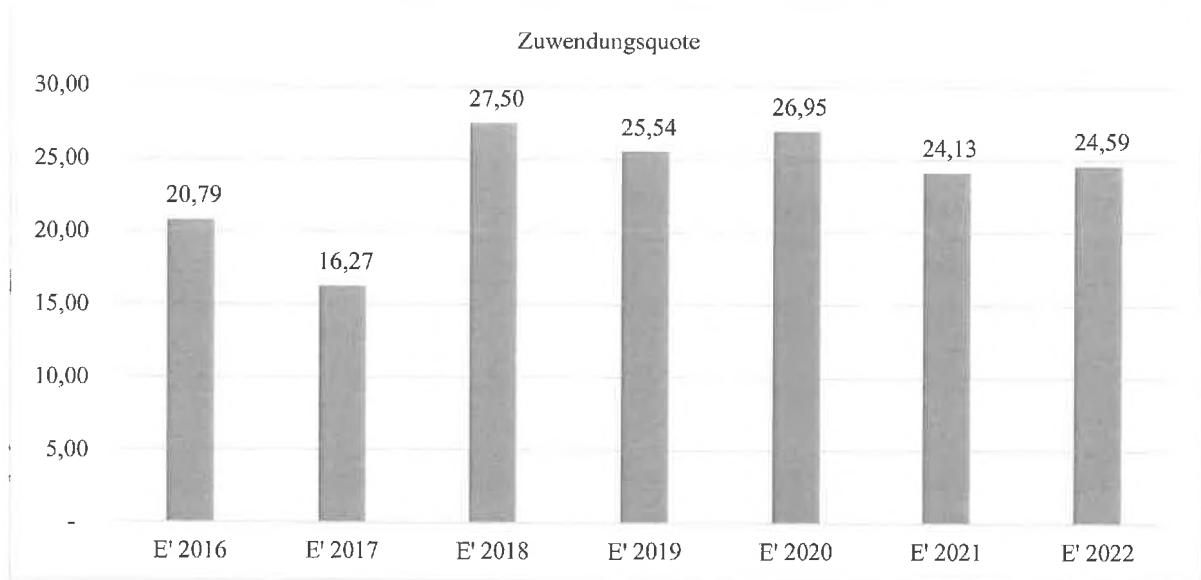
### Schlüsselzuweisungen in der langfristigen Entwicklung



### Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote zeigt auf, wie hoch die Abhängigkeit von Zuweisungen und Zuschüssen ist. Wesentlicher Bestandteil dieser Erträge sind die Schlüsselzuweisungen vom Land. Die Zuwendungsquote errechnet sich als prozentualer Anteil der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen (ohne allgemeine Umlagen und Erträge aus der Leistungsbeteiligung des Bundes) von den ordentlichen Erträgen insgesamt. Die Zuwendungsquote korrespondiert mit der oben bereits dargestellten Steuerquote.





## Personalaufwand

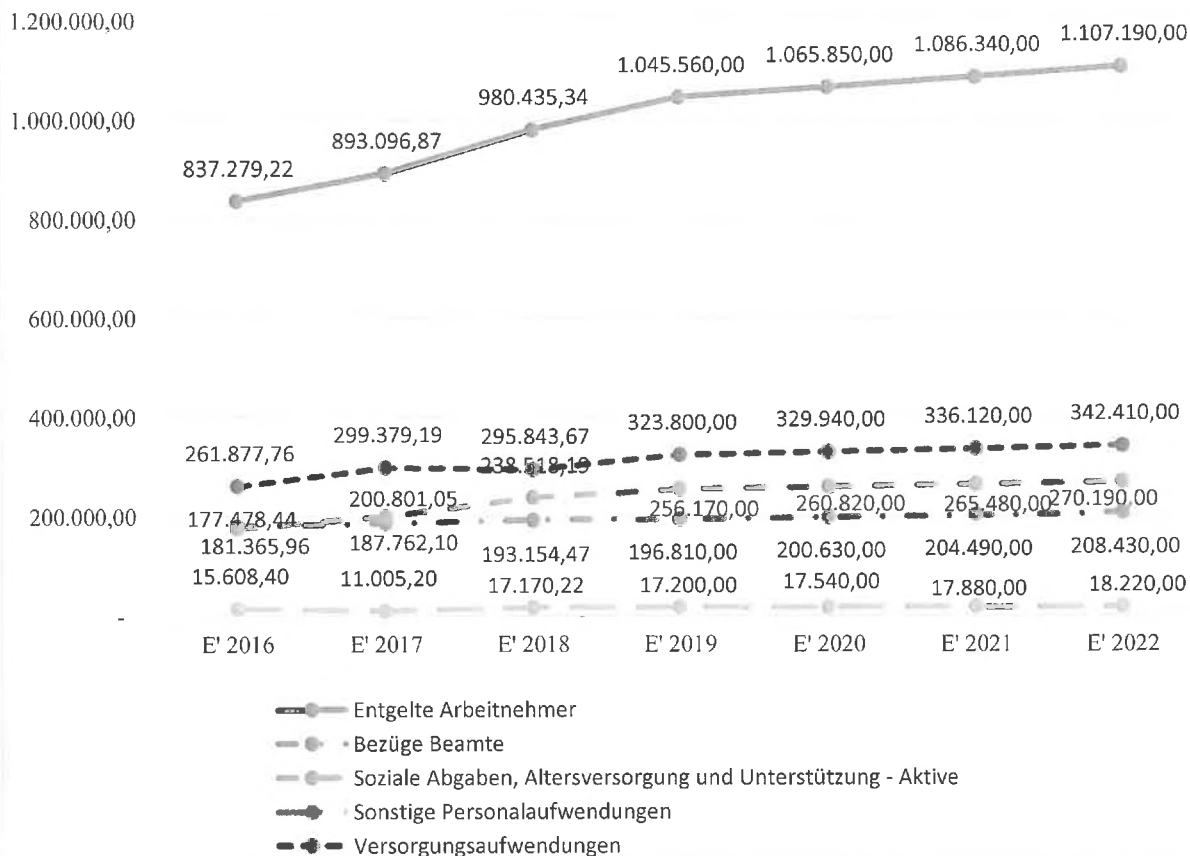
Die Entwicklung der Personalaufwendungen stellt sich im Beobachtungszeitraum wie folgt dar:

### Personalaufwand

	E' 2016	E' 2017	E' 2018	E' 2019	E' 2020	E' 2021	E' 2022
Entgelt Arbeitnehmer	837.279,22	893.096,87	980.435,34	1.045.560,00	1.065.850,00	1.086.340,00	1.107.190,00
Bezüge Beamte	181.365,96	187.762,10	193.154,47	196.810,00	200.630,00	204.490,00	208.430,00
Soziale Abgaben, Altersversorgung und Unterstützung - Aktive	177.478,44	200.801,05	238.518,19	256.170,00	260.820,00	265.480,00	270.190,00
Sonstige Personalaufwendungen	15.608,40	11.005,20	17.170,22	17.200,00	17.540,00	17.880,00	18.220,00
<b>Summe Personalaufwendungen</b>	<b>1.211.732,02</b>	<b>1.292.665,22</b>	<b>1.429.278,22</b>	<b>1.515.740,00</b>	<b>1.544.840,00</b>	<b>1.574.190,00</b>	<b>1.604.030,00</b>
Versorgungsaufwendungen	261.877,76	299.379,19	295.843,67	323.800,00	329.940,00	336.120,00	342.410,00



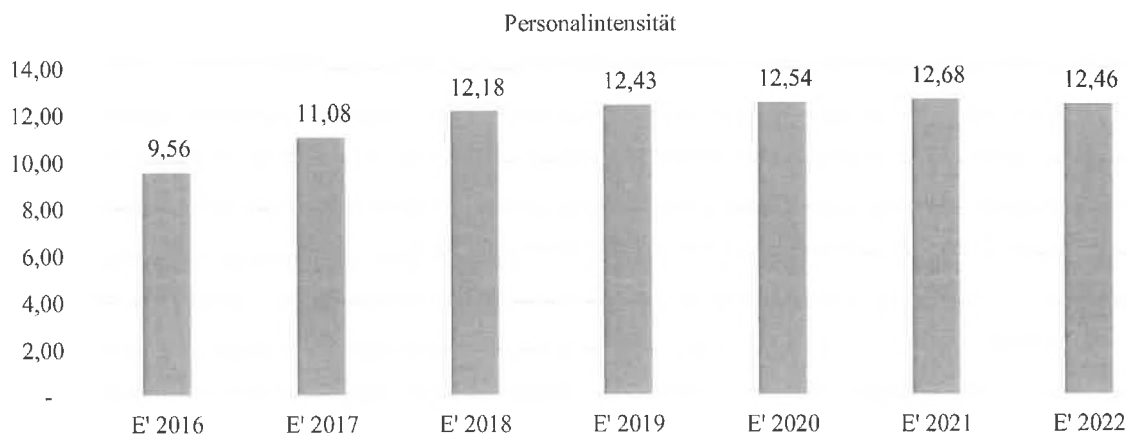
Personalaufwand in der langfristigen Entwicklung



**Personalintensität**

Die Personalintensität bildet den prozentualen Anteil der Personalaufwendungen (ohne sonstige Personalaufwendungen der Kontengruppe 65) an den ordentlichen Aufwendungen insgesamt ab.

Sie ist ein Indikator dafür, welches Gewicht die Personalaufwendungen innerhalb des ordentlichen Aufwandes haben.





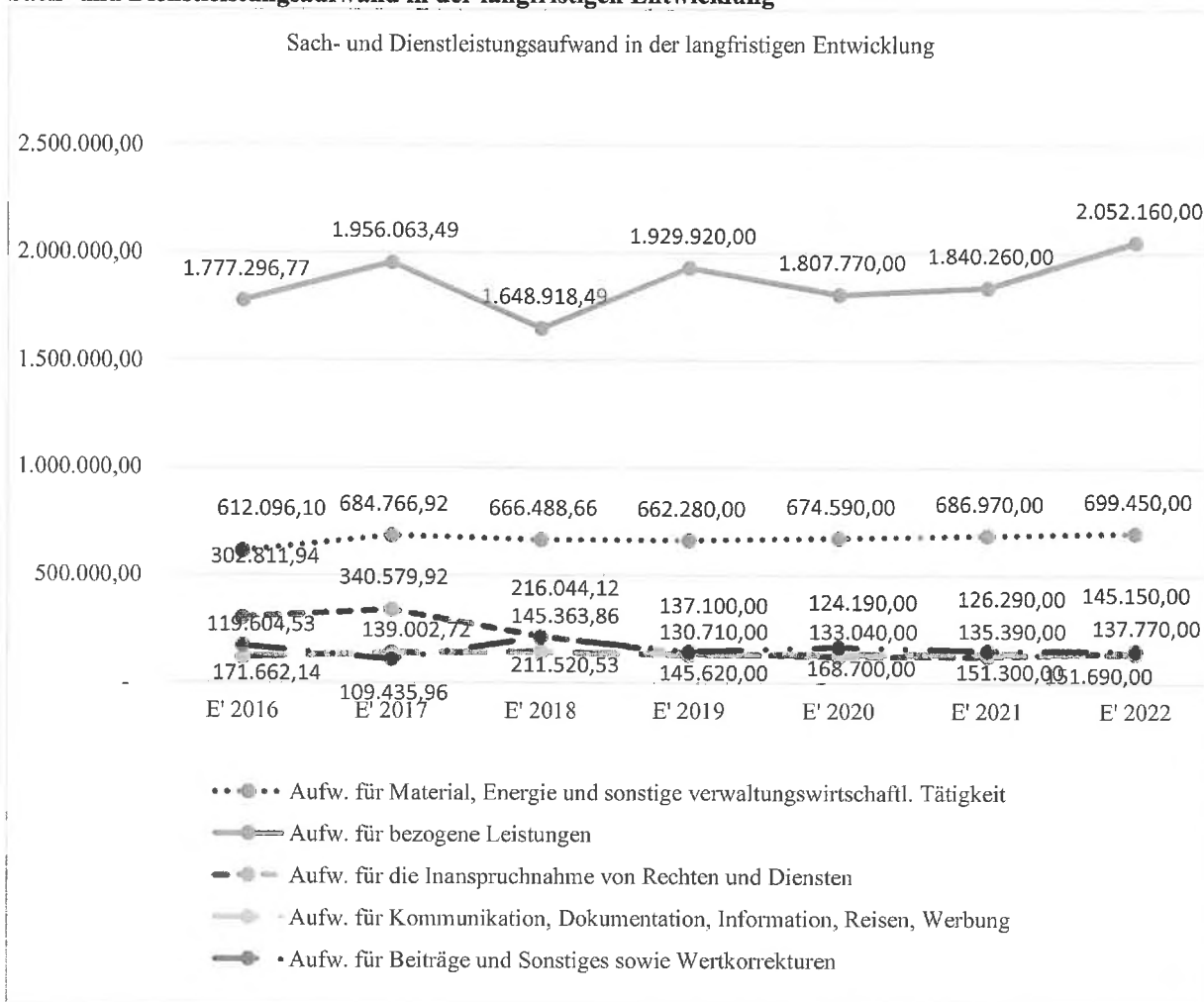
## Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Entwicklung der Sach- und Dienstleistungen im Zeitverlauf ist den folgenden Aufstellungen zu entnehmen:

### Entwicklung des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen

	E' 2016	E' 2017	E' 2018	E' 2019	E' 2020	E' 2021	E' 2022
Aufw. für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftl. Tätigkeit	612.096,10	684.766,92	666.488,66	662.280,00	674.590,00	686.970,00	699.450,00
Aufw. für bezogene Leistungen	1.777.296,77	1.956.063,49	1.648.918,49	1.929.920,00	1.807.770,00	1.840.260,00	2.052.160,00
Aufw. für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	302.811,94	340.579,92	216.044,12	137.100,00	124.190,00	126.290,00	145.150,00
Aufw. für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	119.604,53	139.002,72	145.363,86	130.710,00	133.040,00	135.390,00	137.770,00
Aufw. für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	171.662,14	109.435,96	211.520,53	145.620,00	168.700,00	151.300,00	151.690,00
<b>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gesamt</b>	<b>2.983.471,48</b>	<b>3.229.849,01</b>	<b>2.888.335,66</b>	<b>3.005.630,00</b>	<b>2.908.290,00</b>	<b>2.940.210,00</b>	<b>3.186.220,00</b>

### Sach- und Dienstleistungsaufwand in der langfristigen Entwicklung

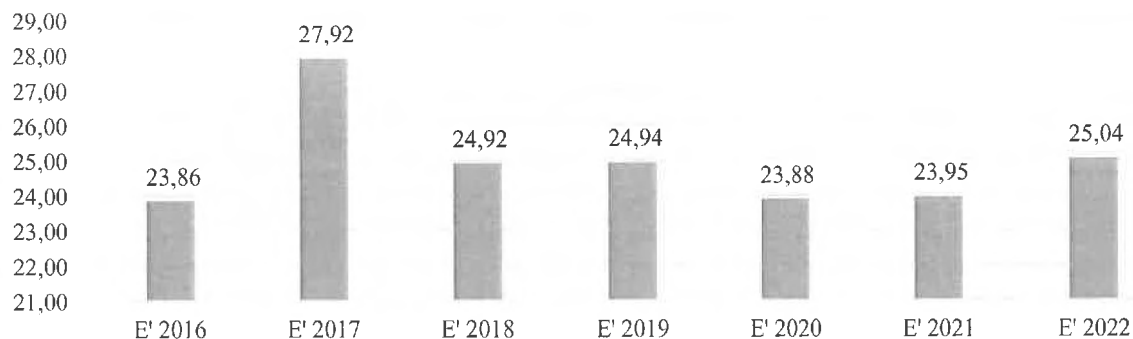


### Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat. Sie ist damit das Gegenstück zur Personalintensität. Die Sach- und Dienstleistungsintensität zeigt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne besondere Aufwendungen für Beschäftigte) vom ordentlichen Aufwand ist.



Sach- und Dienstleistungsintensität



### Transferaufwendungen

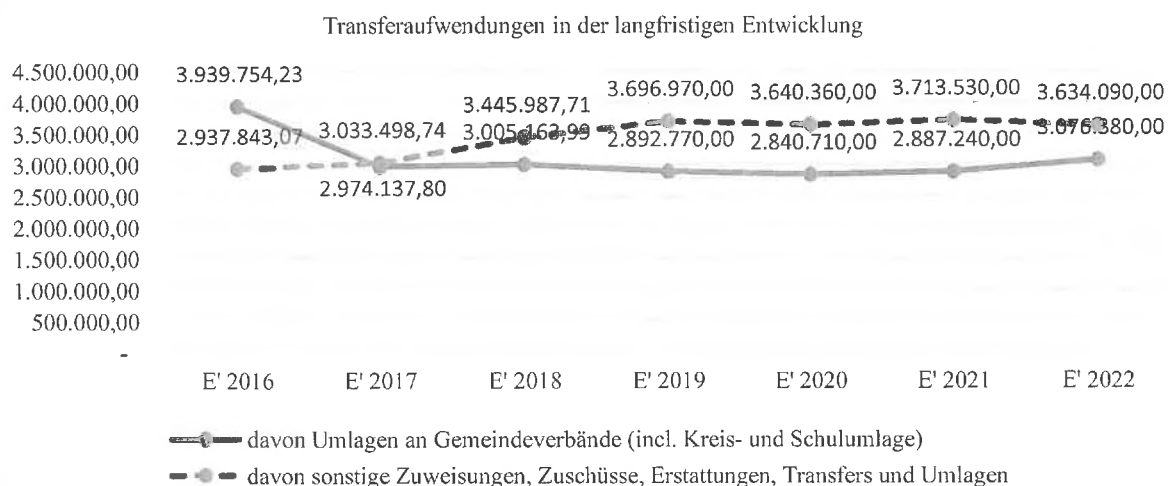
Aufwandsseitig sind neben den Personal- und Sachaufwendungen die Transferaufwendungen von Bedeutung. Von besonderem Interesse sind hier die Entwicklungen bei den Umlagezahlungen an Gemeindeverbände sowie bei den Sozialtransfers. Zu den sonstigen Transferzahlungen zählen u.a. die Steuerbeteiligungen (Gewerbsteuerumlage, Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) sowie die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

Nachfolgend ist die Entwicklung der wichtigsten Positionen abzulesen:

### Entwicklung der Transferaufwendungen

	E' 2016	E' 2017	E' 2018	E' 2019	E' 2020	E' 2021	E' 2022
<b>Zuweisungen, Zuschüsse, Kostenerstattungen, Transferleistungen und Umlagen</b>	<b>6.877.597,30</b>	<b>6.007.636,54</b>	<b>6.451.151,70</b>	<b>6.589.740,00</b>	<b>6.481.070,00</b>	<b>6.600.770,00</b>	<b>6.710.470,00</b>
davon Umlagen an Gemeindeverbände (incl. Kreis- und Schulumlage)	3.939.754,23	2.974.137,80	3.005.163,99	2.892.770,00	2.840.710,00	2.887.240,00	3.076.380,00
davon sonstige Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen, Transfers und Umlagen	2.937.843,07	3.033.498,74	3.445.987,71	3.696.970,00	3.640.360,00	3.713.530,00	3.634.090,00

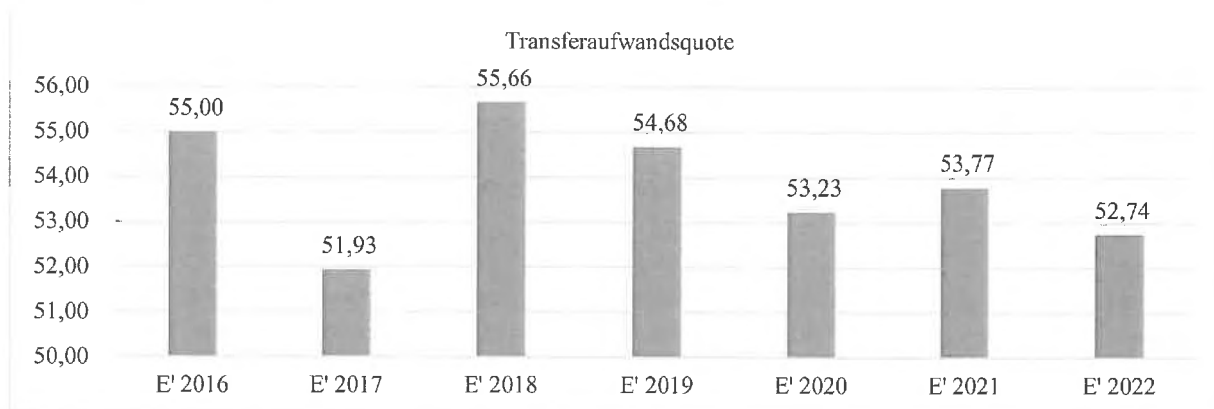
### Transferaufwendungen in der langfristigen Entwicklung





### Transferaufwandsquote

Die Transferaufwandsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen des Haushaltes ist.



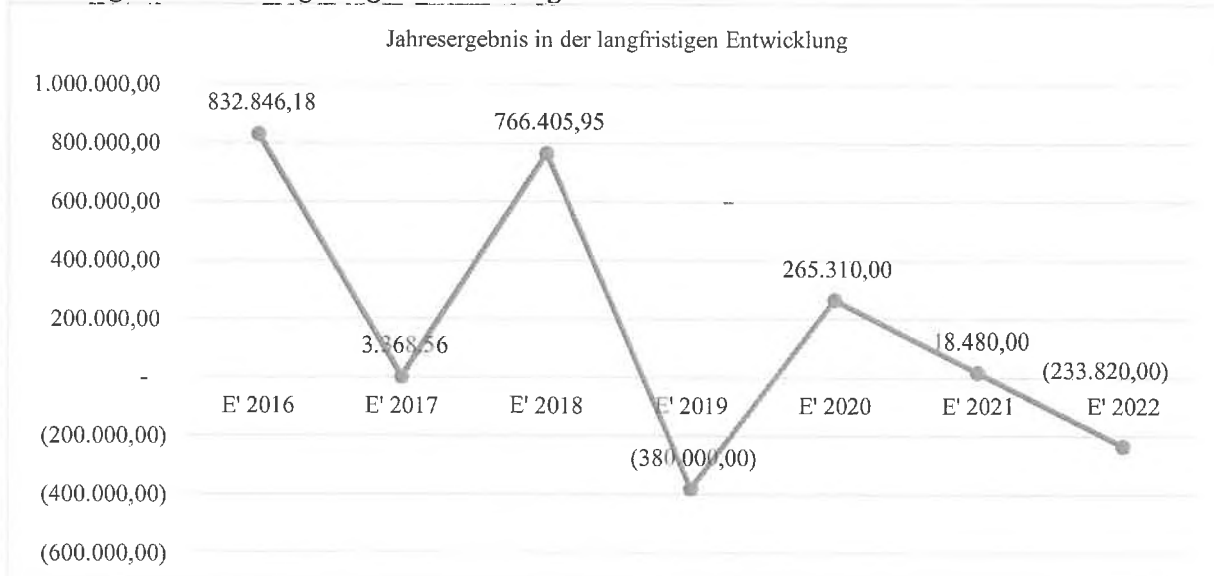
### Haushaltsergebnis

Die Entwicklung des Ergebnisses mit seinen Untergliederungen ist nachfolgend dargestellt:

#### Entwicklung des Ergebnisses

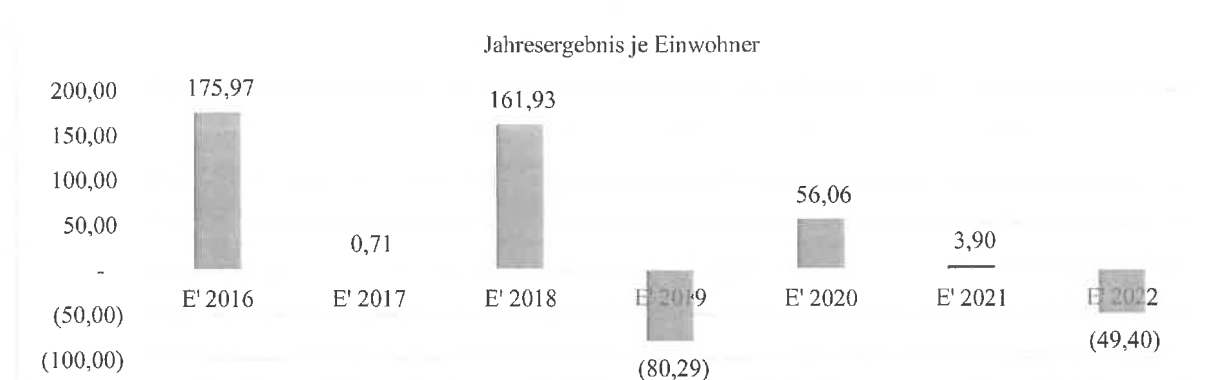
	E' 2016	E' 2017	E' 2018	E' 2019	E' 2020	E' 2021	E' 2022
Verwaltungsergebnis	841.049,81	- 54.950,07	307.078,41	- 260.200,00	405.210,00	151.910,00	- 116.460,00
Finanzergebnis	- 43.803,34	- 29.220,38	- 54.329,00	- 119.800,00	- 139.900,00	- 133.430,00	- 117.360,00
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>797.246,47</b>	<b>- 84.170,45</b>	<b>252.749,41</b>	<b>- 380.000,00</b>	<b>265.310,00</b>	<b>18.480,00</b>	<b>- 233.820,00</b>
Außerordentliches Ergebnis	35.599,71	87.539,01	513.656,54	-	-	-	-
<b>Jahresergebnis</b>	<b>832.846,18</b>	<b>3.368,56</b>	<b>766.405,95</b>	<b>- 380.000,00</b>	<b>265.310,00</b>	<b>18.480,00</b>	<b>- 233.820,00</b>

#### Jahresergebnis in der langfristigen Entwicklung



#### Jahresergebnis je Einwohner

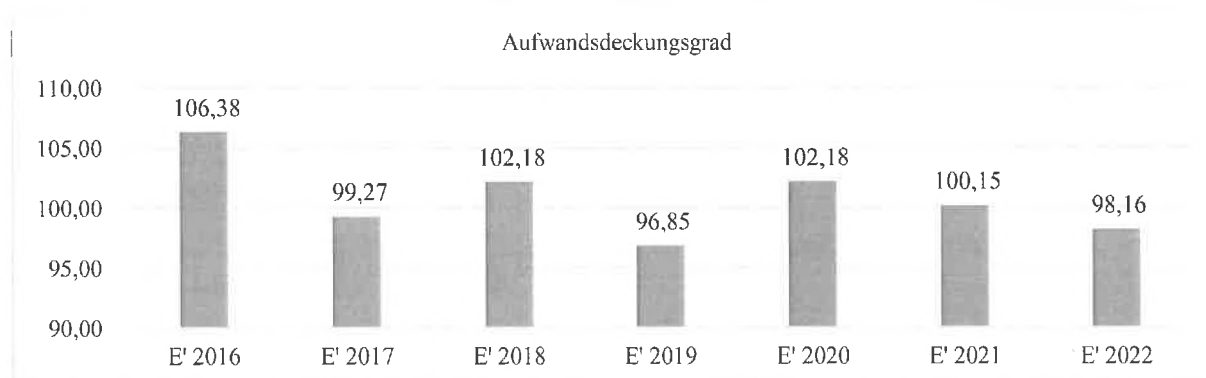
Die Kennzahl bildet das Jahresergebnis als Saldo von Ergebnis aus ordentlichem Ergebnis und außerordentlichem Ergebnis bezogen auf einen Einwohner ab.



Unter Steuerungsgesichtspunkten ist nicht das Außerordentliche Ergebnis sondern das Ordentliche Ergebnis relevant. Da sich dies aus dem Verwaltungsergebnis sowie dem Finanzergebnis zusammensetzt, werden nachfolgend auch Kennzahlen zu diesen Ergebnisgrößen dargestellt.

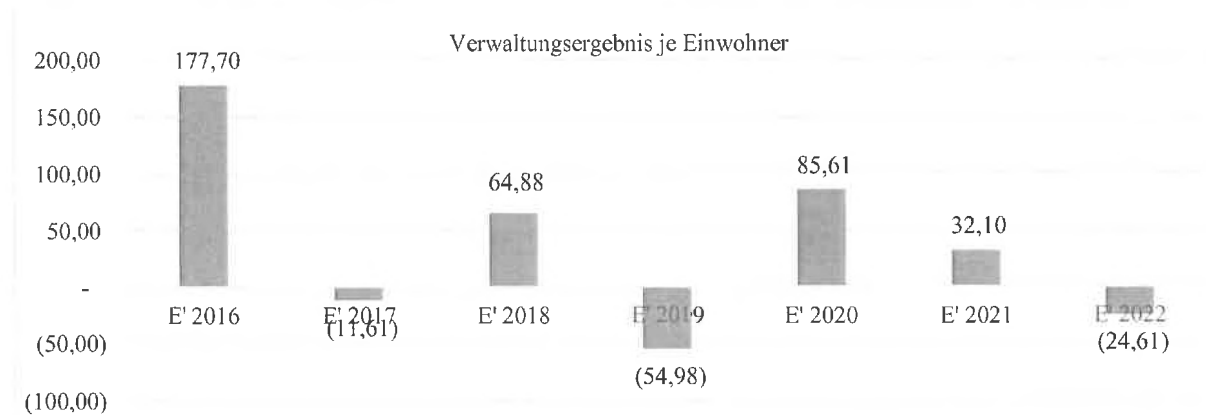
#### Aufwandsdeckungsgrad (Verwaltungsergebnis)

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung, d.h. einen Aufwandsdeckungsgrad von 100 % oder höher, erreicht werden.



#### Verwaltungsergebnis je Einwohner

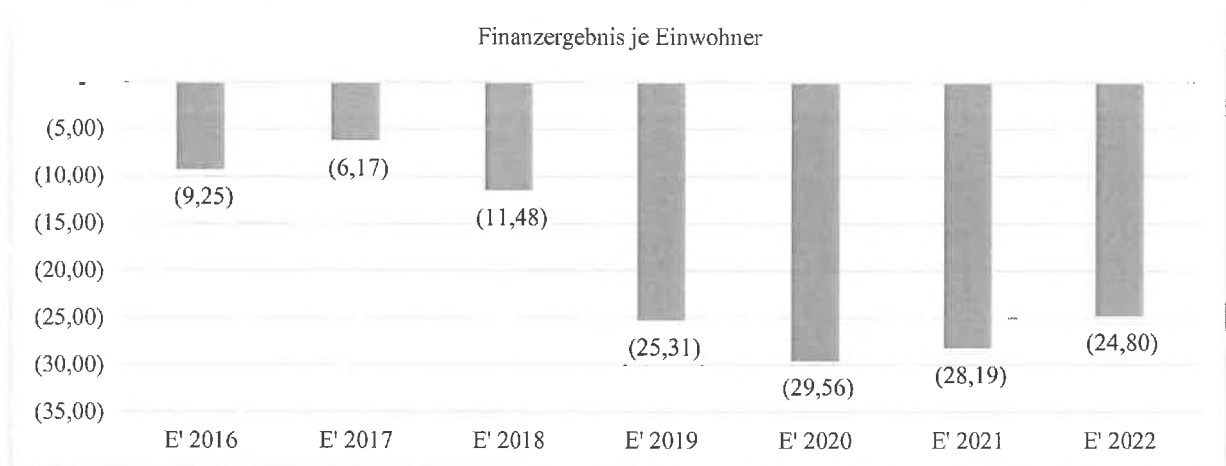
Durch die Kennzahl wird deutlich, welches Ergebnis sich aus den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen bezogen auf einen Einwohner darstellt. Die Kennzahl dient zur Konkretisierung des oben aufgeführten Aufwandsdeckungsgrades.





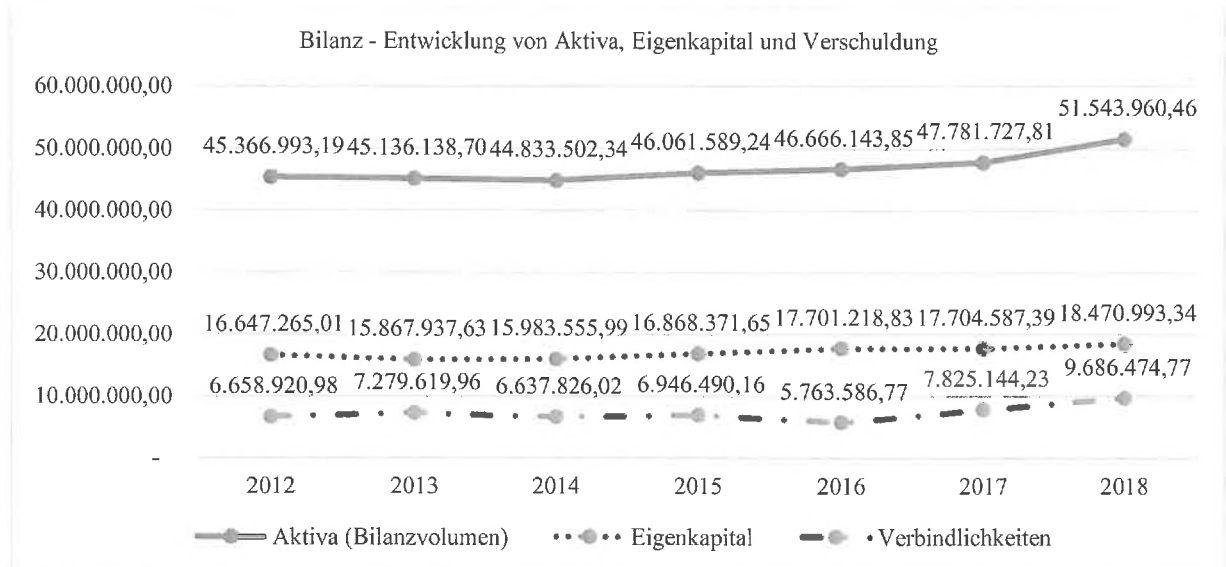
### Finanzergebnis je Einwohner

Die Kennzahl bildet das Finanzergebnis als Saldo aus Finanzerträgen und Finanzaufwendungen bezogen auf einen Einwohner ab.



### Kennzahlen zur Bilanz

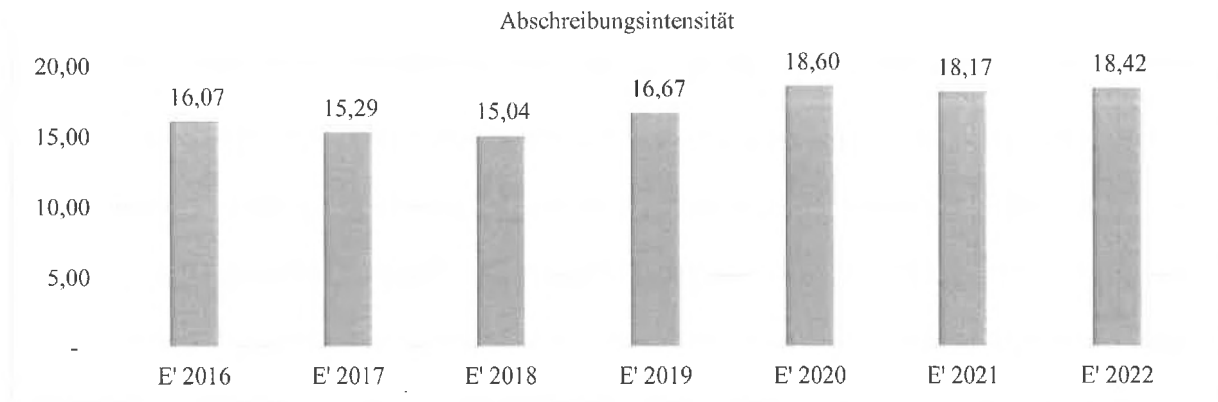
Nachfolgendes Schaubild zeigt die wesentlichsten Entwicklungen innerhalb der Bilanz, nämlich die Entwicklung des Bilanzvolumens und dessen Finanzierung durch Eigenkapital und Verbindlichkeiten.



### Kennzahlen zur Vermögenslage

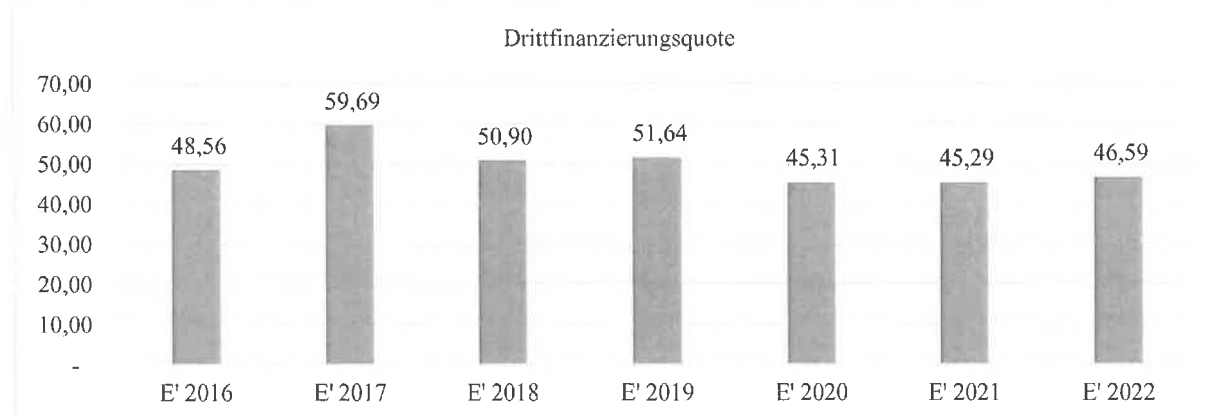
#### Abschreibungsintensität

Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Kommune durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Sie stellt den prozentualen Anteil der Abschreibungen am ordentlichen Aufwand dar.



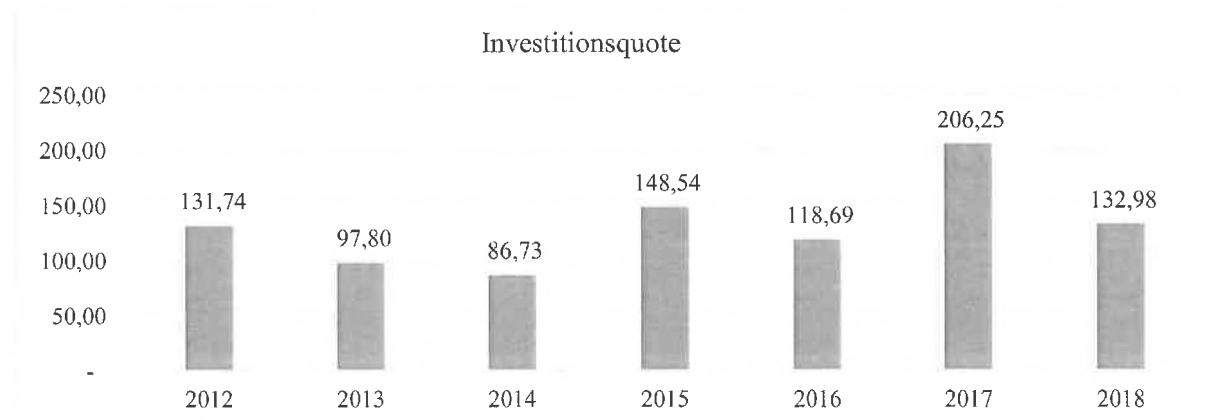
### Drittfinanzierungsquote

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung des Haushaltes durch Abschreibungen abmildern. Damit wird auch deutlich, in welchem Maße Dritte an der Finanzierung des abnutzbaren Vermögens beteiligt waren bzw. werden



### Investitionsquote

Die Investitionsquote bildet den prozentualen Anteil der Brutto-Investitionen (Zugänge und Zuschreibungen) an der Summe aus Abschreibungen und Abgängen des Anlagevermögens ab. Sie gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.





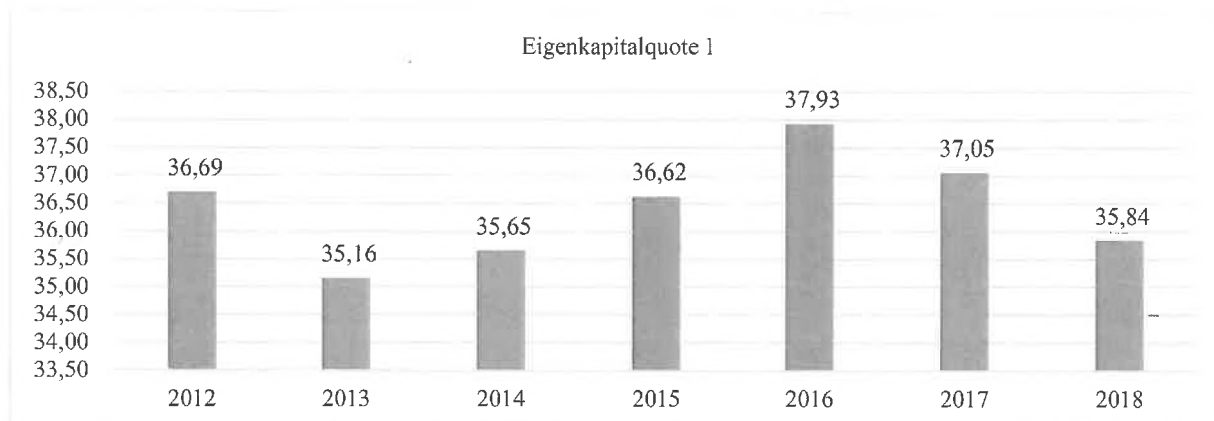


## Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)

Zur Beurteilung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation werden neben dem Aufwandsdeckungsgrad (siehe Gliederungspunkt 4.1.6 Haushaltsergebnis) noch folgende vergangenheitsorientierte Bilanzkennzahlen herangezogen:

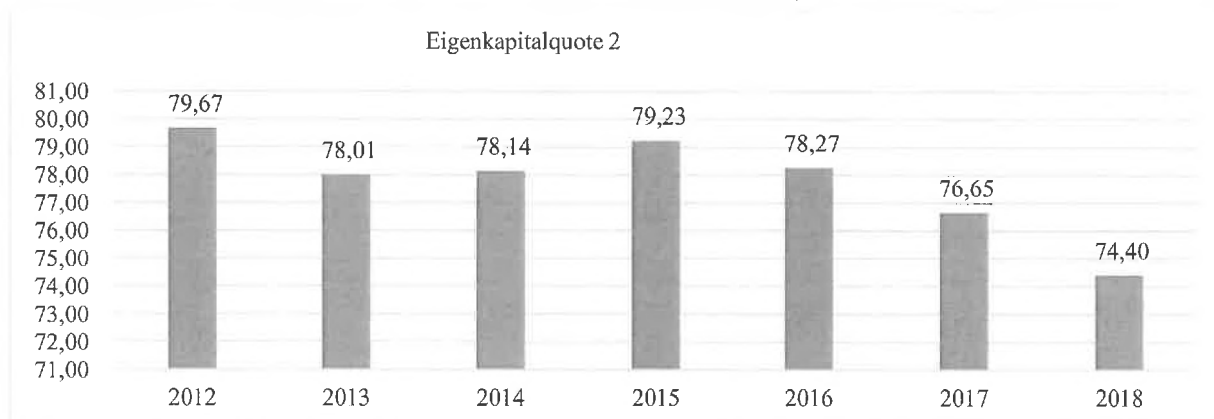
### Eigenkapitalquote 1

Um die Eigenkapitalausstattung beurteilen zu können, bietet sich die Betrachtung der Eigenkapitalquote 1 an. Diese misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) der Passivseite. Die Kennzahl ist ein wichtiger Bonitätsindikator.



### Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird bei dieser Kennzahl die Wertgröße Eigenkapital um die Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge erweitert. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.



## Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung

### Dynamischer Verschuldungsgrad

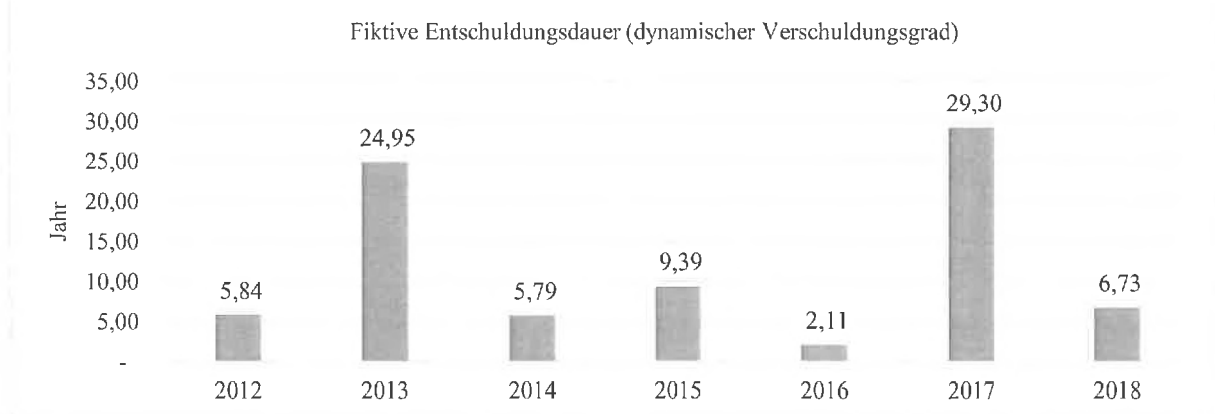
Mit Hilfe des Dynamischen Verschuldungsgrades lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Kommune beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei jeder Kommune an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten.

Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen



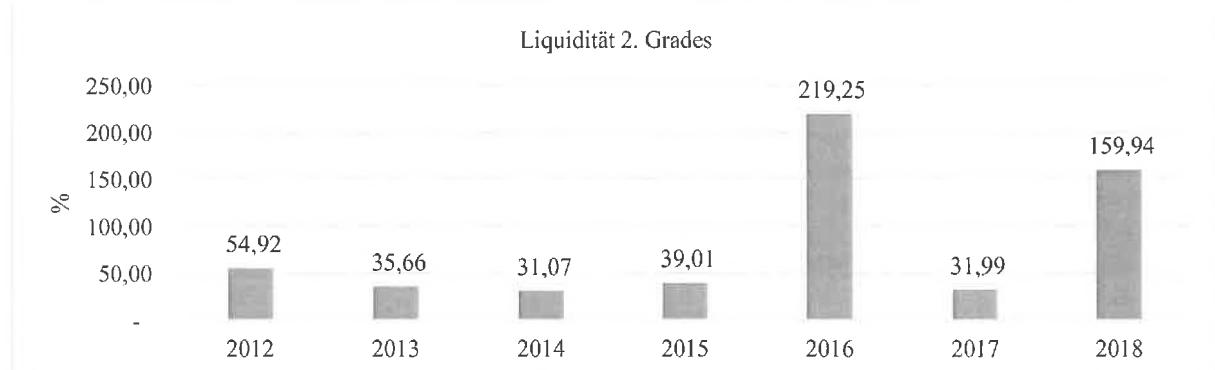
(Entschuldungsdauer). Die Effektivverschuldung ergibt sich aus den Sonderposten für den Gebührenaussgleich zuzüglich Rückstellungen zuzüglich Verbindlichkeiten gem. Bilanz abzüglich liquide Mittel und abzüglich der kurzfristigen Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr gem. Forderungsspiegel.

Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.



### Liquidität 2. Grades

Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Kommune. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.



### Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

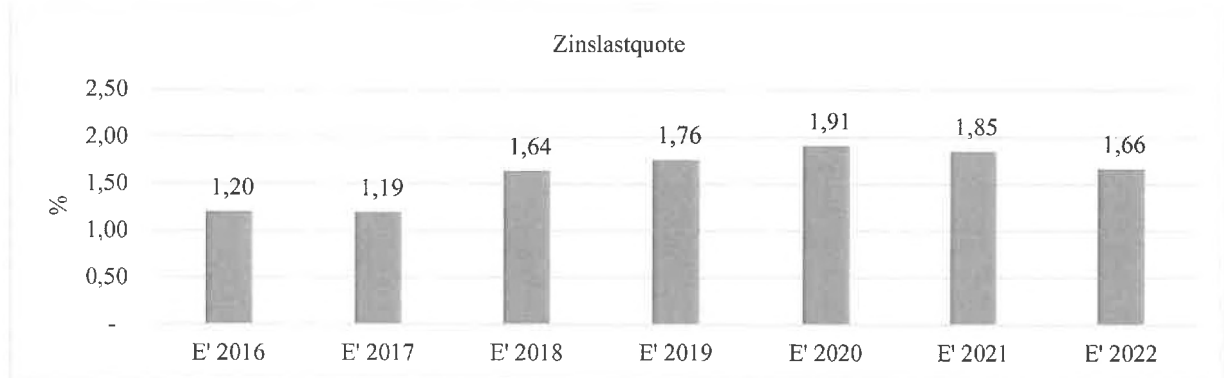
Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital (Restlaufzeit von bis zu einem Jahr) belastet wird, kann mit Hilfe der Kurzfristigen Verbindlichkeitsquote beurteilt werden.





### Zinslastquote

Die Kennzahl stellt die Finanzaufwendungen (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen) ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen. Die Zinslastquote zeigt, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen des operativen Verwaltungsgeschäftes besteht.



### Prognosebericht - Risiken und Chancen

Im Rechenschaftsbericht ist auch auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Kommune einzugehen. Angesprochen werden im Folgenden:

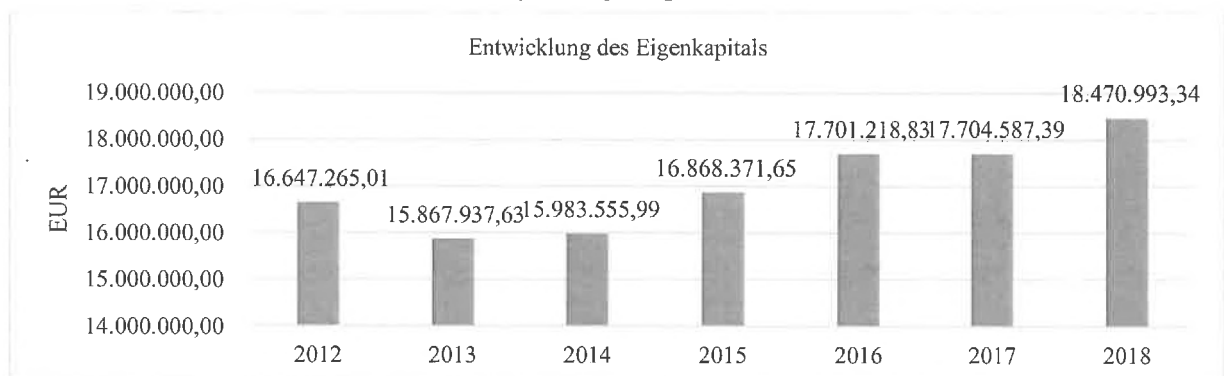
- Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital
- Entwicklung der Verschuldung
- Bevölkerungsentwicklung, Altersstrukturen
- Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

### Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital

Ausgehend von den Jahresergebnissen lassen sich Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals ableiten.

Grundsätzlich gilt: Überschüsse stärken das Eigenkapital und Fehlbeträge gehen zu Lasten des Eigenkapitals.

Nachfolgend wird die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals in den zurückliegenden Jahren dargestellt. Ausgehend von den Jahresergebnissen der Haushaltsplanung im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung lassen sich Prognosen zur weiteren Entwicklung des Eigenkapitals anstellen.



### Jahresergebnisse verändern das Eigenkapital

Die folgende Aufstellung zeigt die nach jetzigem Kenntnisstand geplanten zukünftigen Jahresergebnisse. Aus Ihnen lässt sich ableiten, in welcher Höhe sich in etwa das bilanzielle Eigenkapital pro Jahr (nicht kumulativ) verändern wird.



Prognostizierte Eigenkapitalveränderungen auf Basis der geplanten Jahresergebnisse



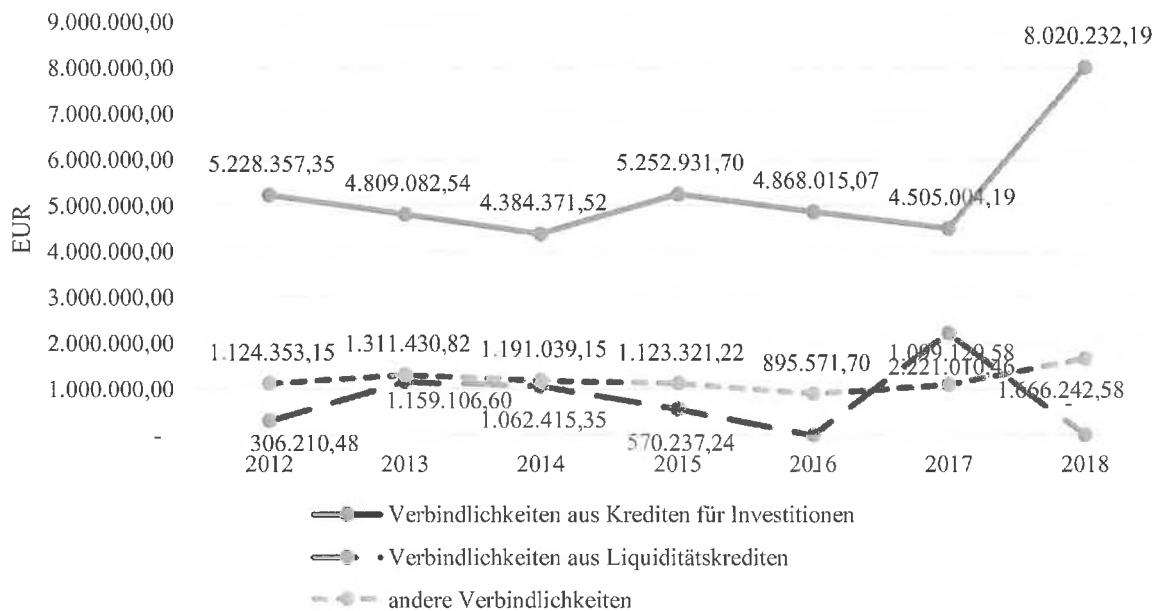
### Entwicklung der Verschuldung

Das Jahresergebnis hat ebenso Auswirkungen auf die Verschuldung. Dargestellt wird die Entwicklung der Verschuldung in den zurückliegenden Perioden, wobei insbesondere nach langfristig finanzierten Investitionskrediten und kurzfristigen Liquiditätskrediten unterschieden wird.

### Entwicklung der Verbindlichkeiten (in Tausend EUR)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	5.228.357,35	4.809.082,54	4.384.371,52	5.252.931,70	4.868.015,07	4.505.004,19	8.020.232,19
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	306.210,48	1.159.106,60	1.062.415,35	570.237,24	-	2.221.010,46	-
andere Verbindlichkeiten	1.124.353,15	1.311.430,82	1.191.039,15	1.123.321,22	895.571,70	1.099.129,58	1.666.242,58
<b>Verbindlichkeiten Gesamt</b>	<b>6.658.920,98</b>	<b>7.279.619,96</b>	<b>6.637.826,02</b>	<b>6.946.490,16</b>	<b>5.763.586,77</b>	<b>7.825.144,23</b>	<b>9.686.474,77</b>

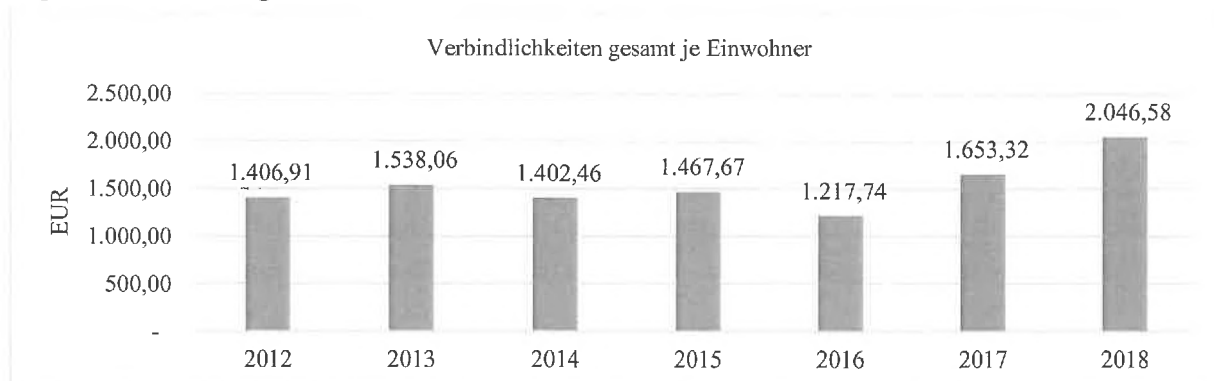
Entwicklung der Verschuldung



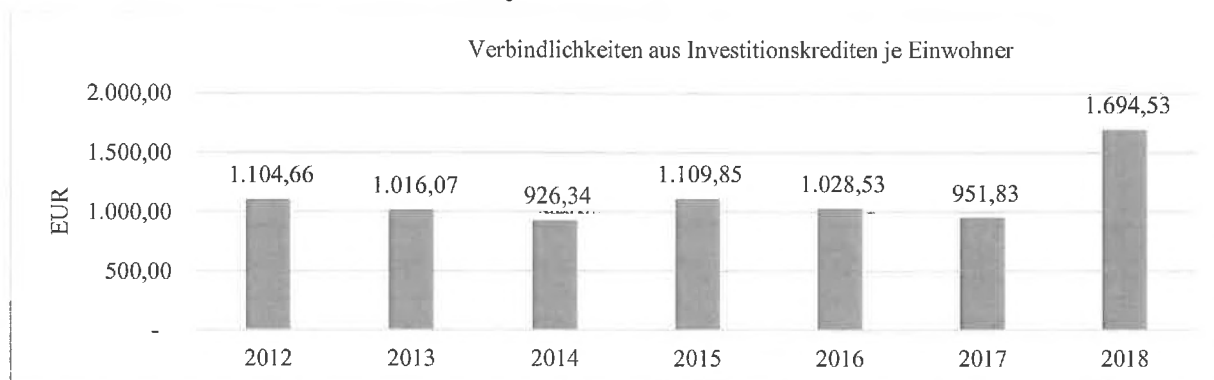


### Verschuldung je Einwohner

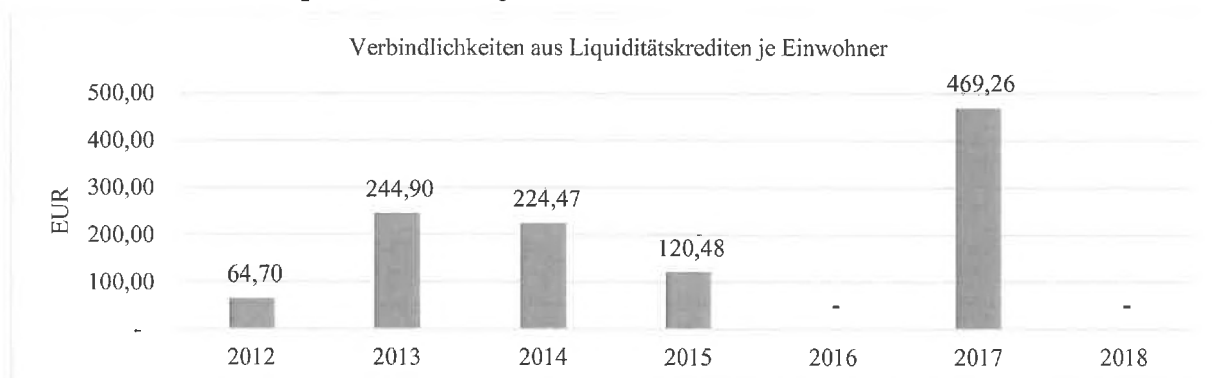
Um die örtliche Situation besser einschätzen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an. Dargestellt werden die Verbindlichkeiten insgesamt sowie die darin enthaltenen Investitions- und Liquiditätskredite bezogen auf einen Einwohner.



### Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten je Einwohner



### Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten je Einwohner



### Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur

Die Einschätzung der weiteren Bevölkerungsentwicklung ist Grundlage für jede Art von strategischer Planung in Kommunalverwaltungen. Bedingt durch den allgemeinen demografischen Trend haben die meisten deutschen Kommunen einen Bevölkerungsrückgang sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung zu verzeichnen. Dies erfordert für die Zukunft eine Anpassung der kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Senioren.



Die Entwicklung der Bevölkerung nach Anzahl und Altersaufbau ist nur bedingt kommunal beeinflussbar. Der gesamtgesellschaftliche Trend zu einer schrumpfenden und immer älter werdenden Gesamtbevölkerung ist heute unumkehrbar, wobei die örtlichen Ausprägungen durchaus stark variieren können.

Die Anzahl derer, die durch Erwerbseinkommen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaften, wird langfristig schrumpfen; der Anteil derer, die auf staatliche Transferleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, wird steigen. Dies wird unweigerlich zu einer weiteren Belastung der staatlichen und kommunalen Finanzsysteme führen.

Die zentrale Frage der örtlichen Politik ist daher nicht, ob der Prozess aufgehalten werden kann. Vielmehr geht es um den hierdurch entstehenden Anpassungs- und Gestaltungsbedarf, d.h. wann und in welchem Maße eine quantitative und inhaltliche Neuausrichtung der kommunalen Dienstleistungspalette erfolgen muss.

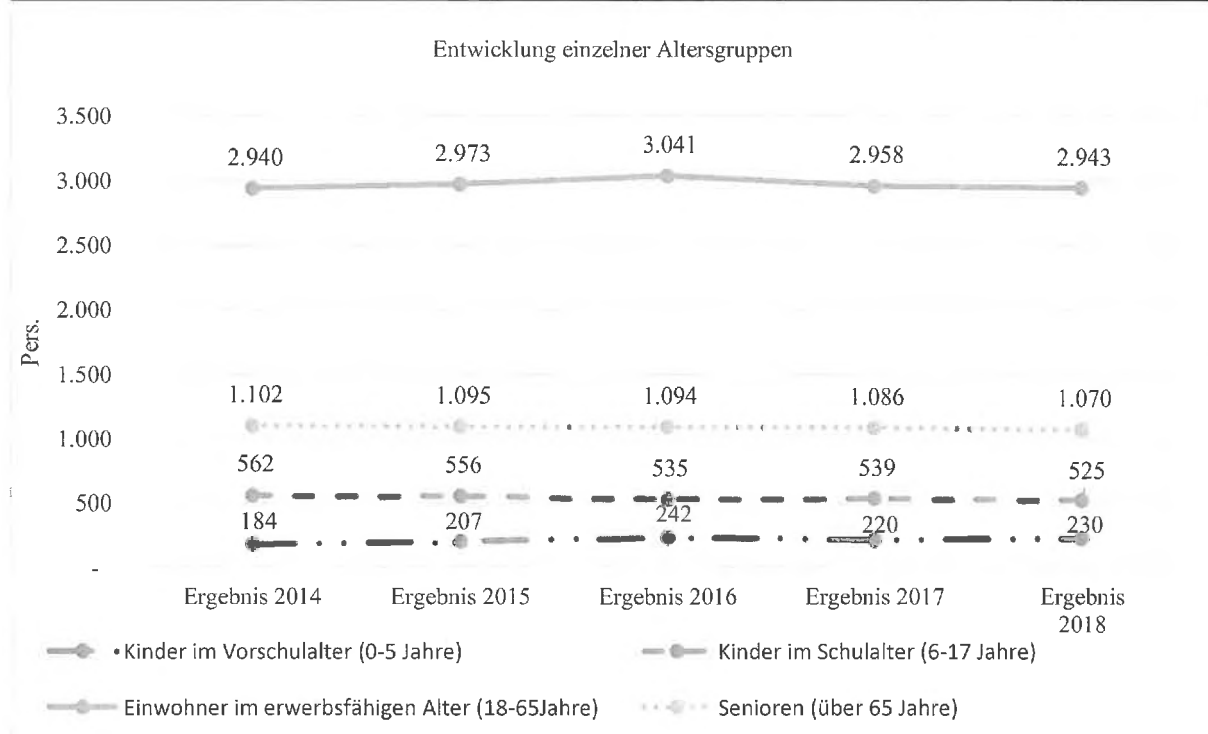
Der Bericht soll eine Orientierung darüber ermöglichen, wie die örtliche Situation mit Blick auf folgende Kriterien einzuschätzen ist:

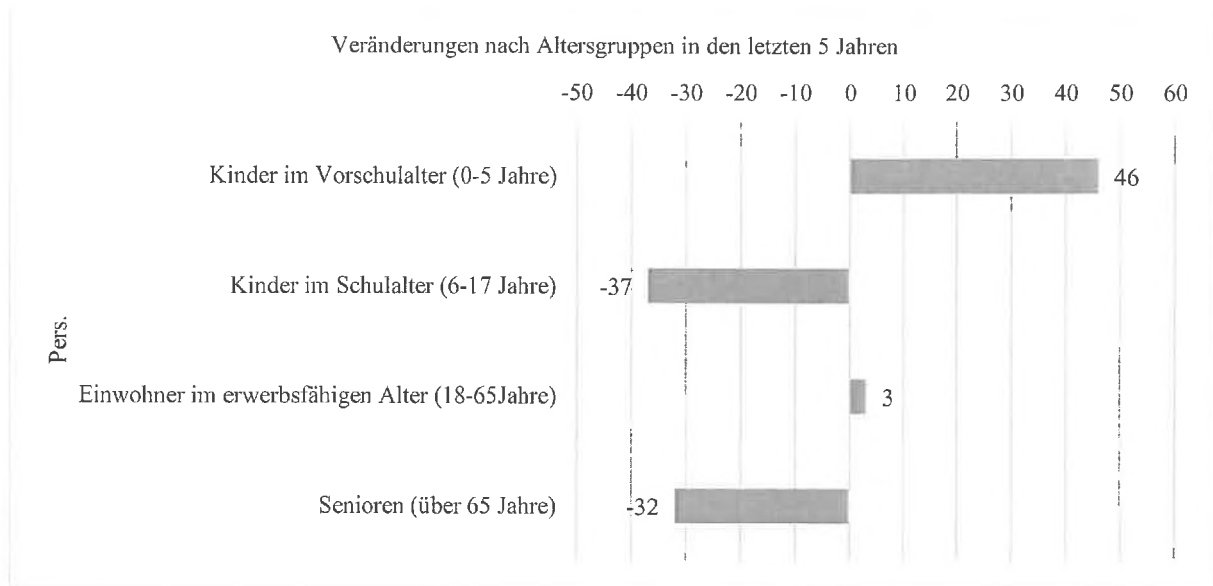
- Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf
- Veränderungen bei einzelnen Altersgruppen (Zielgruppen)

### Einwohnerentwicklung gesamt und nach Altersgruppen

Die Entwicklung der Einwohnerzahl sowie der einzelnen Altersgruppen stellt sich wie folgt dar.

	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018
Einwohner gesamt	4 788	4.831	4.912	4.803	4.768
Kinder im Vorschulalter (0-5 Jahre)	184	207	242	220	230
- davon Kinder im Krippenalter (0-2 Jahre)	86	108	123	109	103
- davon Kinder im Kindergartenalter (3-5 Jahre)	98	99	119	111	127
Kinder im Schulalter (6-17 Jahre)	562	556	535	539	525
Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18-65Jahre)	2.940	2.973	3.041	2.958	2.943
Senioren (über 65 Jahre)	1.102	1.095	1.094	1.086	1.070





### Budgetauswertung / Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Im Haushalt wurden Budgets gebildet. Gemäß § 58 Nr. 9 GemHVO ist ein Budget der vorgegebene Finanzrahmen, der einer Organisationseinheit zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen eines vorgegebenen Leistungsumfanges zugewiesen ist. Jeder Teilhaushalt (= jedes Produkt) bildet ein Budget. Nach § 20 Abs. 1 GemHVO sind die Ansätze der in einem Budget veranschlagten Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Aufwendungen gilt nicht für Personalaufwendungen und Abschreibungen. Diese sind Teilhaushalt übergreifend jeweils für sich gegenseitig deckungsfähig. Von der Deckungsfähigkeit ausgenommen sind ferner die Verfügungsmittel sowie die internen Leistungsverrechnungen. Mehrerträge fließen nicht in das Budget ein.

Nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen, die erst bei Aufstellung des Jahresabschlusses festgestellt werden können und nicht zu Auszahlungen führen, gelten gem. § 100 Abs. 3 HGO nicht als über- und außerplanmäßige Ausgaben.

Beschreibung	Ansatz	Bewegung	Verfügbar
Bau und Liegenschaften	1.135.900,00	1.198.427,56	- 62.527,56
Bürgermeister	31.800,00	81.534,06	- 49.734,06
Brandschutz	171.900,00	156.502,17	15.397,83
Darlehen	514.500,00	484.592,02	29.907,98
Finanz- und Kassenwesen	5.300.010,00	5.118.696,64	181.313,36
Hauptverwaltung	643.670,00	461.920,62	181.749,38
Investitionen	10.048.750,00	3.954.388,84	6.094.361,16
Personalbudget	1.789.220,00	1.774.561,59	14.658,41
Soziales und Jugend	1.036.480,00	1.007.575,36	28.904,64
Tourismus	172.220,00	189.062,85	- 16.842,85
Ver- und Entsorgung	1.358.500,00	1.441.397,83	- 82.897,83

Die Budgets des Ergebnishaushaltes wurden im Berichtsjahr um 212.002,30 € überschritten. Hiervon sind 66.576,91 € zu genehmigen. Mit Beschlüssen vom 01.10.2018, 27.11.2018, 07.12.2018, 13.12.2018 sowie 14.01.2018 wurden diese genehmigt.

Hierbei handelt es sich um die Mehraufwendungen in folgenden Budgets:

- Bürgermeister (Wirtschaftsförderung) (-49.734,06 €)  
Hauptsächlich durch Förderung der Ärzteversorgung.
- Tourismus (-16.842,85 €)



Mehraufwand für Werbemittel.

Die Überschreitungen waren durch Mehrerträge bzw. Einsparungen in dem Budget Hauptverwaltung gedeckt. Im Rahmen des Jahresabschlusses sind noch 145.425,39 € zu genehmigen.

Bei den wesentlichen zu genehmigenden Überschreitungen handelt es sich um folgende Vorgänge:

- Bau und Liegenschaften (-62.527,56 €)  
Für die Betriebsführung des Bades 2018 wurde eine Rückstellung in Höhe von 347.679,52 € gebildet. Die Abrechnung erfolgt im I. Quartal 2020
- Ver- und Entsorgung (-82.897,83 €)  
Die Zuführung zur Gebührenausschüttung im Wasserhaushalt in Höhe von 98.935,25 € führte hier zur Überschreitung des Budgets.

Bisher wurden keine Überschreitungen genehmigt, da diese erst mit der Erstellung des Jahresabschlusses umgebucht wurden.

### Miet- und Pachtverhältnisse

Im Berichtsjahr lagen nachfolgende Miet- und Pachtverträge vor:

#### Miet-, Pacht- und Leasingverträge:

##### Hard- und Software

- ekom21 – KGRZ Hessen

##### Kopierer

- Paul Sonnabend Büro- & Datentechnik GmbH & Co. KG
- BFL Leasing GmbH

##### Dienstwagen

- Volkswagen Leasing GmbH

##### Telefonanlage

- Grenke AG

##### Flächen Anpachtungen

- Heinz Riemann
- Dagmar Bauer
- Karl Heinrich Arnold
- Helga Schultze
- Kirchengemeinde Diemelsee
- Jürgen Pohlmann
- Wilhelm Schäfer
- Hans-Jürgen Becker
- Dirk Pohlmann
- Waldeckische Domänenverwaltung
- Walter Emden
- Antonius Willeke
- Hartmut Becker
- Gisela Fieseler
- Maria Benn
- Helmut Fingerhut
- Marianne Lühmann
- Fritz Weidemann
- Elke Keuling
- Jürgen Pohlmann
- Landschaftsverband
- Bundeskasse Trier





Mietverträge Flüchtlingsunterkünfte

- Kamal Restom
- Sabine von der Beck

Übertragung Haushaltsreste

Invest. Nr.		übernommen HH-Reste
111400-01	EDV	1.400,00 €
111400-02	Verwaltung / DGH Adorf	1.000,00 €
111500-01	Bauhof	17.800,00 €
126003-01	Feuerwehr Deisfeld	10.000,00 €
281100-01	Kloster Flechtdorf	219.900,00 €
365001-01	KiGa Adorf	8.900,00 €
366000-01	Kinderspielplätze	16.300,00 €
366000-04	Multifunktionsplatz Benkhausen	93.400,00 €
424000-02	Zuschüsse an Vereine	1.800,00 €
511001-01	Ankauf und Verkauf von Grundstücken	14.600,00 €
533000-01	Wasserversorgung allgemein	5.000,00 €
533010-14	Wasserleitung Benkhausen	2.000,00 €
533010-15	Wasserleitung Heringhausen	120.400,00 €
533020-05	Hochbehälter Egge	186.300,00 €
538200-02	Kläranlage Adorf	3.500,00 €
538201-01	Kläranlage Heringhausen	3.229.200,00 €
541001-01	Straßenbeleuchtung	44.700,00 €
551000-03	Dorfpark Ottlar	50.000,00 €
551000-05	Minigolfplatz Giebringhausen	25.000,00 €
553006-01	Friedhof Heringhausen	3.000,00 €
555100-01	Feldwegebau	191.000,00 €
571000-01	Leader-Region	30.000,00 €
571000-02	DSL Versorgung	10.000,00 €
573002-01	DGH Benkhausen	1.400,00 €
573005-01	Diemeltalhalle	10.000,00 €
573011-01	DGH Sudeck	16.000,00 €
573012-01	DGH Wirmighausen	46.600,00 €
573013-01	Dansenberghalle	54.400,00 €
575001-02	Besucherbergwerk	35.600,00 €
575101-03	Uferumgestaltung Diemelsee	1.289.000,00 €
575101-05	Parkplatz am Diemelsee	10.900,00 €
	Feldwegemittel	29.260,00 €
		5.778.360,00 €

Diemelsee, 22.08.2019

Volker Becker  
-Bürgermeister-